



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Polit-Profiling - Qualitative Analyse des politischen  
Spektrums in Österreich“

verfasst von / submitted by

Fabio Witzeling, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Soziologie

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe



## **Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe.

Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, 2016

Fabio Witzeling

*Sämtliche in dieser Masterarbeit verwendeten personenbezogenen Begriffe und Funktionsbezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen und in der jeweils geschlechtsspezifischen Form zu verwenden.*



# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung.....</b>	<b>7</b>
<b>2. Theoretische Einbettung.....</b>	<b>11</b>
<b>2.1 Genese der politischen Positionierungen.....</b>	<b>11</b>
2.1.1 Revolution und Reaktion.....	12
2.1.2 Differenzierung und neue Konfliktlinien.....	17
<b>2.2 Parteien als institutionalisierte Konflikte.....</b>	<b>20</b>
2.2.1 Die nationale und die industrielle Revolution.....	24
2.2.2 Österreich: Vom Bürgerkrieg zum Proporz.....	25
<b>2.3 Rechte und linke Kritik am Neoliberalismus.....</b>	<b>28</b>
<b>2.4 Das Ende der Geschichte und die postpolitische Praxis.....</b>	<b>31</b>
<b>2.5 Legitimationsprobleme in der Postdemokratie.....</b>	<b>36</b>
<b>2.6 Entpolitisierung durch fehlende Antagonismen.....</b>	<b>40</b>
<b>2.7 Die Rolle des Rechts-Links-Schemas.....</b>	<b>42</b>
<b>2.8 Demokratie als Simulation.....</b>	<b>45</b>
<b>2.9 Der maskierende Effekt des ideologischen Diskurses.....</b>	<b>47</b>
<b>2.10 Politik in Nullposition: Die Erübrigung des Inhalts.....</b>	<b>49</b>
<b>2.11 Zielsetzung und Fragestellung.....</b>	<b>52</b>
<b>3. Methodisches Design.....</b>	<b>54</b>
<b>3.1 Erhebung.....</b>	<b>54</b>
3.1.1 Feldzugang.....	54
3.1.2 Das Tiefeninterview.....	55
3.1.3 Datenmaterial.....	56
<b>3.2 Auswertung.....</b>	<b>57</b>
3.2.1 Die objektive Hermeneutik.....	57
<b>3.3 Polit-Profiling.....</b>	<b>61</b>
3.3.1 Zum Begriff.....	61

<b>4. Ergebnisse.....</b>	<b>63</b>
<b>4.1 Exemplarische Interpretationen.....</b>	<b>63</b>
4.1.1 Interview 1 (FPÖ).....	64
4.1.2 Interview 2 (ÖVP).....	70
4.1.3 Interview 3 (SPÖ).....	76
4.1.4 Interview 4 (NEOS).....	82
<b>4.2 Strukturhypothesen.....</b>	<b>88</b>
4.2.1 Personalisierung als Prothese.....	88
4.2.2 Gesinnungsethik ohne Gesinnung.....	90
4.2.3 Verengung des Meinungskorridors.....	92
4.2.4 Ideologische Präparate.....	94
<b>4.3 Zusammenfassung der Ergebnisse und Rückführung in die Theorie.....</b>	<b>96</b>
<b>4.4 Konklusion, Limitationen und Ausblick.....</b>	<b>100</b>
<b>5. Literaturverzeichnis.....</b>	<b>102</b>
5.1 Internetquellen.....	111
5.2 Abbildungen.....	112
<b>6. Anhang.....</b>	<b>113</b>
<b>6.1 Transkripte.....</b>	<b>113</b>
6.1.1 Interview 1.....	113
6.1.2 Interview 2.....	122
6.1.3 Interview 3.....	128
6.1.4 Interview 4.....	134
6.2 Abstract.....	141
6.3 Curriculum Vitae.....	142

## 1. Einleitung

Beim Verfolgen der aktuellen politischen Diskussionen zu sämtlichen relevanten Themengebieten drängt sich dem Beobachter der Eindruck einer tiefgreifenden Ziel- und Orientierungslosigkeit auf. Die Versuche, große politische Visionen, die in langen Traditionen gesellschaftlicher Bewegungen wurzeln, zu verwirklichen, scheinen zu Gunsten eines rein pragmatischen Reagierens auf anstehende Problemstellungen, des Dauerzustandes des „muddling through“ (Dörre 2012: 62, Sloterdijk 2015: 221), aus dem politischen Alltag verschwunden zu sein. Wird nach den dahinterstehenden, handlungsleitenden Grundsätzen und Werten gefragt, die politische Parteien ihrer Definition nach zu eigen haben sollten bzw. diese erst unterscheidbar machen, so ist das Resultat meist ein „Schwadronieren in fröhlicher Konfusion“ (vgl. Böckelmann 2014: 16) ohne wirkliche Bezugspunkte und mit beliebig angesetzten Maßstäben. „Wir wohnen abgekarteten Sprachspielen bei, die so angelegt sind, daß jemand der ihren offenkundigen Widersinn benennt, alle Gesprächsteilnehmer gegen sich aufbringt.“ (ebd. 91) Manche Theoretiker gehen sogar so weit zu konstatieren, die Politik an sich sei gegenwärtig nicht mehr existent bzw. aufgelöst in einer postmodernen Hegemonie des Konsumismus und Individualismus, was eine wirkliche Opposition und Versuche der Umgestaltung mit den klassischen, demokratischen Mitteln unmöglich mache. „Wie kann man Politik betreiben, wenn es keine Politik mehr gibt?“ (Dugin 2013: 10) In der Literatur werden die gegenwärtigen politischen Verhältnisse auch als „postdemokratisch“ beschrieben (vgl. Crouch 2011). Die bisherige Konstellation sei geprägt gewesen von einem „Spannungsverhältnis zwischen den Erfordernissen der Freiheit und denen der Gleichheit – eine Spannung, die bis jetzt für Dynamik in der Konfrontation zwischen der politischen Linken und der politischen Rechten sorgt. [...] Unter der derzeitigen Hegemonie des Neoliberalismus allerdings ist die liberale Komponente so dominant geworden, dass die demokratische fast verschwunden ist.“ (Mouffe 2011: 4) Der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt betonte bereits die unverzichtbare Bedeutung des ideologischen Feindes für die Herausarbeitung des eigenen politischen Standpunktes. (vgl. Schmitt 1991: 217)

Mit der im Kontext der Globalisierung einhergehenden scheinbaren Entideologisierung bzw. Entpolitisierung der Politik (vgl. Mouffe 2008) geht jedoch auch eine Landnahme früher autonomer Lebensbereiche durch die postmodernen, scheinpolitischen Begrifflichkeiten einher.

Schon der Dichter Gottfried Benn warf den Künstlern und Intellektuellen der Nachkriegszeit verächtlich ein „hündisches Kriechen [...] vor den politischen Begriffen“ (Benn 1957: 119) vor.

Die „Gesinnungsethik“, die Max Weber noch vornehmlich der Berufsgruppe der Politiker attestierte (vgl. Weber 1999) hat sich nun auch auf andere Gesellschaftsbereiche und Subsysteme, wie Wirtschaft, Familie, Kunst etc. ausgeweitet. So analysierte bereits Arnold Gehlen 1969 die zur Schau getragene „Hypermoral“ (vgl. Gehlen 2004) und Helmut Schelsky konstatierte (polemisch) eine „Priesterherrschaft der Intellektuellen“ (vgl. Schelsky 1977), in der den Medien eine äußerst bedeutende Wirkungsmacht zukommt (vgl. Schelsky 1983). Die Annahme liegt nahe, dass die in der Postmoderne in allen Lebensbereichen vielfach konstatierte Orientierungslosigkeit auch das politische System erfasst hat, trotz ständig vorexerzierter Selbstvergewisserung, dass zumindest die Richtung stimme, bzw. wenigstens die moralischen Bezugspunkte (Begriffe, wie Toleranz, Selbstbestimmung, Vielfalt und Gleichheit) (vgl. Böckelmann 2014: 124) feststehen. Dies geschieht in der politischen Interaktion oftmals über die Selbst- und Fremdpositionierung im traditionellen Rechts-Links-Schema des politischen Spektrums.

Breite Diskurse über elementare Richtungsentscheidungen, wie sie noch das 20. Jahrhundert bestimmten, scheinen obsolet, wenn man sich im globalen Westen am „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992: 380) angekommen sieht und die große weltpolitische Aufgabe unserer Zeit darin besteht, diesen vermeintlichen oder tatsächlichen Endstatus menschlicher Entwicklung nun in andere Regionen dieser Welt zu exportieren. Der postmoderne Glaube, das Projekt der Aufklärung „den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen“ (Adorno/Horkheimer 2008: 9) sei bereits abgeschlossen, impliziert, dass alle politischen Konkurrenzprojekte eine Bedrohung für den erreichten Status der Emanzipation des Menschen darstellen und somit als rückständig und/oder totalitär zu gelten haben. Dem deutschen Geschichtsphilosophen Oswald Spengler fiel schon Anfang des vergangenen Jahrhunderts auf: „Augenscheinlich ist es eine Forderung des westeuropäischen Selbstgefühls, mit der eignen Erscheinung eine Art Abschluß zu statuieren.“ (Spengler 2014: 27) Dieses Dogma führt zu einer grundsätzlichen Einengung des Raumes für einnehmbare Positionen in allen politischen Bereichen. In der Außenpolitik wird dies ersichtlich durch die phasenweise mehr oder weniger konsistente Einteilung in Freund und Feind.

Innenpolitisch manifestiert es sich durch die moralisch aufgeladene Etikettierung anhand des klassischen Links-Rechts-Schemas, das ein bipolares Spektrum von politischen Positionen suggeriert und trotz, oder möglicherweise gerade wegen seiner starken Vereinfachung, eine enorme soziale Wirkmächtigkeit besitzt.

Die Bedeutung des Schemas, als politischer Code (Fuchs/Klingemann 1989: 484), ist jedoch nicht nur dem historischen Wandel unterworfen (es existiert seit der Zusammenkunft der französischen Nationalversammlung 1789), sondern variiert in seinen Inhalten auch orts- bzw. staatsabhängig, was unter anderem dessen auffällige Vagheit bewirkt.

Sind die Etiketten „links“ und „rechts“ jedoch zu Attributen der postmodernen Lifestyle-Kultur geworden, ist gerade diese Vagheit notwendig, um sie für die Erhöhung des Marktwertes der eigenen Person oder Gruppe anwenden zu können und die dementsprechenden Zielgruppen anzusprechen (vgl. Böckelmann 2014: 67). Ulrich Beck stellte 1993 eine durchaus weite Verbreitung des Schemas im öffentlichen Diskurs fest, führte diese jedoch auf einen Mangel an Alternativen zurück. „Die empirische Politikwissenschaft bestätigt die Relevanz und Signifikanz des Rechts-Links-Schemas in der Wahrnehmung der Bevölkerung. Aber vielleicht geht es den Befragten wie den sozialwissenschaftlichen Befragern: Sie haben keine Alternativen. In ihrer Ratlosigkeit behelfen sie sich mit den Begriffskrücken der Vergangenheit, deren Unangemessenheit und Antiquiertheit sie selbst schon deutlich spüren.“ (Beck 1993: 231) Befürworter des Schemas argumentieren hingegen, dass lediglich neue Weltanschauungen an die Stelle der alten Ideologien getreten sind und die grundsätzlichen Gegensätze weiter erhalten bleiben. „‘Linke‘ und ‚Rechte‘ bleiben als ‚Linke‘ und ‚Rechte‘ zu erkennen, weil sie eine jeweils andere Auffassung vom Menschen, ein jeweils anderes Verständnis von den Aufgaben des Menschen in der Welt und für die Welt haben“ (Hoff 1992: 115)

Die Einteilung des politischen Spektrums in Rechts und Links steht in dieser Arbeit jedoch nur exemplarisch als eines der wirkmächtigsten Schemata, die den Rahmen zur politischen Positionsbestimmung vorgeben. In der vorliegenden Arbeit soll weder dessen Gültigkeit, noch dessen Verbreitung überprüft werden, sondern die Möglichkeiten der politischen Positionierung an sich, anhand qualitativer Methoden ausgeleuchtet werden.

Der Frage, in welcher Form politische Positionierungen heute im österreichischen Kontext vorgenommen werden (können), soll hier anhand von Tiefeninterviews, die mit politischen Repräsentanten der österreichischen Parlamentsparteien durchgeführt wurden, nachgegangen werden. Die Auswirkungen der Wandlung des Politischen an sich und der Formen der gegenwärtigen Ausdrucksmöglichkeiten politischer Standpunkte auf die für die ausgewählten Einzelfälle alltägliche Praxis der politischen Positionierung, spielt hier eine entscheidende Rolle.

Zur Beantwortung dieser Fragestellungen soll zunächst in der theoretischen Einbettung (Kap. 2.1 bis Kap. 2.2.2) ein historischer Abriss die Entwicklungen der politischen Richtungen nachzeichnen. Einerseits um die Herkunft der zentralen Begrifflichkeiten darzustellen und andererseits um Referenzmöglichkeiten für die gegenwärtigen, politisch-diskursiven Prozesse herzustellen und mögliche Parallelen aufzuzeigen. Dabei wird auch auf politikwissenschaftliche Modelle zurückgegriffen, um die Genese der parteipolitischen Positionierungen nachvollziehbar zu machen (Kap. 2.2), wobei auch im speziellen auf die parteipolitische Entwicklungsgeschichte Österreichs eingegangen wird. (Kap. 2.2.2) Aufbauend auf den polithistorischen Grundlagen sollen für die Fragestellung relevante Zeitdiagnosen von sich inhaltlich stark unterscheidenden Theoretikern eingegangen werden, da je nach paradigmatischer Perspektive, dieselben Phänomene unterschiedliche Deutungen erfahren und in verschiedene Kontexte bzw. Begründungszusammenhänge gestellt werden. (Kap 2.3 bis Kap. 2.9) Die verschiedenen Ansätze werden komplementär dargestellt und in einer Synthese auf die für diese Arbeit ausschlaggebenden Aspekte reduziert. (Kap. 2.9) Am Ende der theoretischen Auseinandersetzung werden schließlich die daraus abgeleiteten forschungsleitenden Fragestellungen formuliert, welche vor allem auf die gegenwärtige Praxis der politischen Positionierung in Österreich abzielen. (Kap. 2.10) Im methodologischen Teil (Kap. 3) soll die verwendete Form der Erhebung und der Auswertung, so wie ihre spezifische Kombination unter dem titelgebenden Begriff „Polit-Profiling“, dargelegt werden. Darauf folgen zum Zwecke der Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Analyseprozesses im Ergebnisteil (Kap. 4) exemplarische Interpretationen der Interaktionstexte, um zu den Endergebnissen und deren Rückbindung in die Theorie hinzuführen. Darin werden schließlich vier Strukturmerkmale herausgearbeitet, welche den österreichischen politischen Diskurs charakterisieren und die vorliegenden Interviews kontextualisieren sollen.

# 1. Theoretische Einbettung

## 2.1 Genese der politischen Positionierungen

Um die Funktionsweisen des Rechts-Links-Schemas, so wie die generellen Möglichkeiten der politischen Positionierung im aktuellen österreichischen Kontext sinnvoll nachzuvollziehen, reicht es nicht aus sich auf eine forschungspragmatisch räumlich und zeitlich eingegrenzte Momentaufnahme zu beschränken. Die erhobenen Daten stellen lediglich einen aktuellen Ausdruck der überzweihundertjährigen Entwicklungsgeschichte dieses „räumlichen Archetypus“ (Sartori 1976: 334) dar. Deren Inhalte wurden von den Akteuren durch zeit- und ortsspezifische Prozesse der politischen Sozialisation inkorporiert und finden durch diese ihren wiederum von der individuellen Sozialisation bestimmten Ausdruck, in den für diese Arbeit aufgezeichneten Sprechakten. Da die Form der politischen Positionsbestimmung keine außerhalb der Akteure feststehende Tatsache ist, sondern durch diese aktiv reproduziert und damit verändert wird, ist sie abhängig von den vorherrschenden Wahrnehmungsarten und Denkweisen, die ebenfalls dem gesellschaftlichen Wandel unterworfen sind. Deshalb sollen in diese Arbeit sowohl die historische Entwicklungsprozesse der politischen Richtungen und Positionen, als auch relevante Zeit- und Gesellschaftsdiagnosen einfließen, um die für die Gültigkeit, Interpretation und Funktionsform ausschlaggebenden Rahmenbedingungen zu beschreiben und schließlich die aktuellen Formen der Positionsbestimmung besser zu verstehen bzw. deren generelle Anwendbarkeit auf die gegenwärtigen politischen Antagonismen zu prüfen.

Da der explizit historischer Charakter des Rechts-Links-Schemas und anderer Schemata sehr stark zu ihrer Verbreitung und Halbwertszeit in der wissenschaftlichen so wie in der alltäglichen Anwendung beiträgt, kann ein zumindest rudimentärer geschichtlicher Abriss für das vorliegende Projekt nicht ausgespart werden. Vor allem auch für die Illustration des wandlungsfähigen von den Rahmenbedingungen abhängigen Charakters des (in der Verwendung als überindividuell und zeitlos fixiertes Spektrum angesehenen) Schemas ist der Blick in dessen Entwicklungsgeschichte unverzichtbar.

### **2.1.1 Revolution und Reaktion**

Die für diese Arbeit notwendige Betrachtung der politischen Ideengeschichte beginnt bei der Französischen Revolution, in welcher die Grundlagen für die heute noch verwendete politische Topographie von „Rechts“, „Mitte“ und „Links“ gelegt wurden. Ihre Entstehung setzt voraus, dass sie die damaligen sozialen Umstände und die daraus resultierenden politischen Antagonismen adäquat abbildeten, um den Rezipienten und Akteuren als ein für die neuen Rahmenbedingungen notwendiges Instrument zur Orientierung zu dienen. Warum es sich, trotz der massiven Veränderungen der politischen Landschaft schon wenige Jahre nach dessen Etablierung, bis heute als wirkmächtiger Code erhalten konnte, soll gegen Ende der theoretischen Auseinandersetzung (Kap. 2.8) erklärt werden.

Gewöhnlich wird die Entwicklung der politischen Weltanschauungen als ein Prozess verstanden, der im 19. Jahrhundert begann und notwendig zur Herausbildung liberaler, konservativer und sozialistischer Parteien führte. Diese Entwicklung vollzog sich allerdings nicht in Form eines bruchlosen Kontinuums. (vgl. Mohler 2005: 9) „Nimmt man die Betrachtung mit der Französischen Revolution auf und setzt sie bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs fort, so zeigt sich, daß Konservatismus, Liberalismus, Demokratie und Sozialismus durch die Beseitigung oder wirksame Infragestellung der absolutistischen Regierungsform, den Aufbau konstitutioneller Monarchien (ausnahmsweise Republiken), die Industrialisierung, den Übergang von der ständischen zu Klassen- und dann zur Massengesellschaft, den Siegeszug der Naturwissenschaften und die überseeische Ausdehnung Europas – um nur die wichtigsten Faktoren zu nennen – in ihren Vorstellungen mehr oder weniger verändert wurden.“ (ebd.) Mehrere historische Umwälzungen und Ereignisse erzeugten unterschiedliche gesellschaftliche Konfliktlinien innerhalb der europäischen Staaten, die sich schließlich in den verschiedenen Parteiensystemen niederschlugen.

Lipset und Rokkan (1990) nannten als relevanteste Ereignisse für die den Entstehungsprozess der europäischen parteipolitischen Strukturen die Industrielle Revolution ausgehend von Großbritannien und die Nationale Revolution in Frankreich. Auf dieses politikwissenschaftliche Erklärungsmodell, in dessen Fokus die gesellschaftlichen und politischen Bruchlinien („cleavages“) als Grundlage für die Parteienbildung stehen, soll später (Kap. 2.2) näher eingegangen werden.

Die einfachste Form der politischen Positionierung stammt, wie bereits erwähnt, aus den Jahren der Französischen Revolution. Die Verfechter des monarchistischen Status Quo nahmen dabei auf der (vom Redner aus) rechten Seite der Kammer der Französischen Nationalversammlung Platz, während die Befürworter von revolutionären bzw. republikanischen Reformen sich links platzierten. (vgl. Laponce 1981) Diese auf Ideologien basierende Sitzordnung unterschied sich von früheren Versammlungen der feudalen Generalstände dadurch, dass sie nicht mehr die festgefügtten gesellschaftlichen Hierarchien widerspiegeln, sondern nun ein Abbild der politisch-ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb des französischen Staates darstellten. Die Etablierung dieser Sitzordnung führte in weiterer Folge dazu, dass die Begriffe „Links“ und „Rechts“ („la gauche“, „la droite“) schließlich in der öffentlichen Diskussion als Codes für die Ideologien, der auf den jeweiligen Seiten platzierten Abgeordneten fungierten.

Die Tatsache, dass sich die zu diesem historischen Zeitabschnitt als „konservativ“ geltenden Akteure rechts platzierten und die damaligen „Progressiven“ bzw. Reformen links, hat Ursachen, die im außerpolitischen Bereich liegen. Den beiden Richtungsbezeichnungen wurden schon früh menschliche Charakterzüge zugeschrieben: So wurden dem Rechten durchwegs positive Eigenschaften, wie Aufrichtigkeit, Gerechtigkeit und Redlichkeit zugeordnet, während der Linke sinnbildlich für negative Eigenschaften, wie Falschheit („linkisch“), Verlogenheit und Unrecht stand. (vgl. Kaltenbrunner 1975) Die Ursprünge dieses Volksglaubens können bereits in der Bibel nachgewiesen werden: „Zu meiner Rechten setze dich! Ich mache deine Feinde zum Schemel deiner Füße“ – bezogen war dies auf den verheißenen Messias. Und Matthäus wußte über den Menschensohn Jesus zu berichten, „daß er am Tage des Gerichtes die vor ihm versammelten Menschen aus allen Völkern wie der Hirt die Schafe von den Böcken sondern werde; die Schafe, das heißt, die auserwählten Gerechten und Liebevollen wird er zu seiner Rechten stellen, die Böcke, das heißt: die verfluchten Ungerechten und Lieblosen zu seiner Linken.“ (ebd.: 54) Der biblische Ursprung dieser zweipoligen Aufteilung weist bereits auf eine moralische Aufladung der Richtungsbestimmungen hin, die heute wieder ein vergleichsweise hohes Ausmaß erreicht hat, jedoch unter umgekehrten Vorzeichen.

Der massive Wandel, der sich bezüglich der Wertung der beiden Begriffe vollzogen hat, hängt stark mit den kollektiv traumatisierenden Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zusammen und mit der Tatsache, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus im größten Teil des öffentlichen Diskurses der politischen Rechten zugeordnet werden, auch wenn einzelne Experten und Gruppierungen den Einwand erheben, die nationalsozialistische Ideologie hätte viele sozialistische bzw. kollektivistische Merkmale aufgewiesen und wäre deshalb eher der Linken zuzuordnen. (vgl. Hoff: 1992)

Vorwiegend herrscht jedoch aufgrund der negativen Konnotation des Begriffes „Rechts“ im politischen Zusammenhang, die Tendenz vor, dass „Linke“ sich gerne als „Linke“ bezeichnen, während „Rechte“ sich eher der „Mitte“ zugehörig fühlen, oder sich gänzlich einer Einordnung in diesem Schema verweigern. „Warum das so ist, wird aus der Begründung für den linken Stolz deutlich: den „Rechten“ fehlt die Möglichkeit, sich einer stolzen Tradition zu rühmen. Da war viel Unrühmliches. Tradition bemühen hieße ungute Erinnerungen wecken. Wenn man sich auch legitimerweise weigert, alle historischen Schandflecke in die eigene Vorgeschichte aufzunehmen, so geriete man doch in ständige Rechtfertigungszwänge. Der Begriff „Rechts“ ist auf deutschem Boden im gleichen Maße mehr belastet als der Begriff „Links“, wie die als „rechte“ klassifizierten Torheiten und Verbrechen ihre „linken“ Vergleichsfälle überragen.“ (Puntsch 1994: 11) Auf diesen Bedeutungswandel, die Mechanismen, die dessen Reproduktion bedingen und den heutigen Bedeutungsgehalt der bipolaren Positionsbestimmungen soll im weiteren Verlauf der Arbeit näher eingegangen werden.

Die verschiedenen politischen Weltanschauungen sind laut Armin Mohler nicht plötzlich während der Französischen Revolution aufgetreten, sondern wurzeln alle in gewissen Traditionen. Die Bewegungen des Liberalismus, der Demokratie und des Sozialismus nahmen ihr Ideengut seit dem 18. Jahrhundert aus der Aufklärung auf und formten dieses für ihre Zwecke um. (vgl. Mohler 2005) Diese Bewegungen werden grundsätzlich der „Linken“ zugeordnet. Der Konservatismus, der die ursprüngliche „Rechte“ konstituierte, hatte zwei verschiedene Wurzeln: „Die eine erwuchs aus der weiter zurückreichenden Verteidigung der *societas christiana* nicht nur gegen die intellektuellen Neuerer, sondern auch gegen die uniformierenden Tendenzen des Absolutismus, die zweite entstand aus der Aufklärung selbst und brachte jene *antiphilosophes* hervor, die „Gegen-Aufklärung“ trieben, indem sie mit den Mitteln der Aufklärung eben die Gefahren dieser geistigen Strömung aufwiesen und einzudämmen suchten.“ (ebd.: 9f.)

Als bekanntestes Beispiel hierfür ist Joseph de Maistre, als erster „moderner Reaktionär“ anzuführen. (vgl. Solterdijk 2015: 58f.)

Die Französische Revolution, so erklärt Mohler weiter, erzeugte also nicht von sich aus politische Doktrinen, sondern hatte für die bereits vorhandenen weltanschaulichen Tendenzen eine „katalytische Wirkung“. (vgl. ebd.) Sie nötigte also zu deutlicheren Positionierungen, Entscheidungen und zur Bildung von Parteien, um im neuen System handlungsfähig zu sein, mit dem Ziel ein möglichst hohes Maß an Einfluss und Gestaltungsmacht zu erlangen.

Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde das neue Parteiensystem mit Hilfe der Bezeichnungen „Rechts“ und „Links“ geordnet, auch wenn diese Sitzordnung – die Verteidiger des Status Quo rechts, dessen Verächter links vom Präsidium – nur für kurze Zeit bestand. Diese Einteilung setzte sich wegen seiner Einfachheit in der Öffentlichkeit derart schnell durch, dass eine Änderung der Sitzordnung nichts mehr daran ändern konnte. Mohler (2005) charakterisiert die weltanschaulichen Strömungen, die sich unter den beiden Richtungsbezeichnungen subsummierten folgendermaßen: 1789 bestand die Linke vor allem aus gemäßigt-liberalen Kräften, welche das Ancien Régime durch Beschneidungen der königlichen Macht, Einschränkung der Privilegien und parlamentarische Mitsprache reformieren wollten. Dazu kamen weitere klassisch liberale Forderungen wie die Gleichheit vor dem Gesetz und die Freiheit des Warenverkehrs. Ihre Basis hatte die Linke größtenteils im Bürgertum, wobei sich jedoch auch die urbanen und bäuerlichen Unterschichten anschlossen. Die Rechte war im Vergleich zur Linken weit weniger homogen in den ihr zuzurechnenden Weltanschauungen. Hinter den Konservativen versammelten sich Befürworter einer Theokratie, Anhänger einer Wiederherstellung des Absolutismus so wie einer ständisch geordneten Monarchie und eine Minderheit, die sich für eine Übernahme des englischen Verfassungsmodells aussprach. Genauso vielschichtig wie die ideologische Ausrichtung der Rechten war auch die Zusammensetzung ihrer Basis, welche neben Aristokratie und Klerus auch aus Bauern und Teilen des städtischen Bürgertums bestand. (vgl. Mohler 2005)

Eine wirklich einige Rechte entstand in den 1790er Jahren im Zuge einer breiten konterrevolutionären Bewegung, die sich gegen den „Despotismus der Konstituante“ richtete, welcher in ihren Augen die Überlieferung Frankreichs zerstörte.

Deren Scheitern im Parlament entfesselte einen langwierigen Bürgerkrieg im Westen und Süden des Landes (Aufstand der Vendée).

Schon bald verkomplizierten sich jedoch die Frontenstellungen und eine bipolare Einteilung der Konfliktparteien wies die ersten Defizite auf. Die siegreiche Stellung der Liberalen wurde nicht mehr nur durch eine konterrevolutionäre Rechte bedroht, sondern auch durch eine neue demokratische Bewegung, der die erreichten Reformen nicht genügten. Die Partei der Jakobiner sprach den bürgerlich Liberalen ab, die Nation zu vertreten bzw. mißtraute sie generell jeder Form der politischen Repräsentation. Sie orientierte sich radikal an den Ideen Jean-Jacques Rousseaus und strebten nach einer „volonté générale“, einer direkten Form der demokratischen Machtausübung durch das Volk. (vgl. Rousseau 2012) Somit erschienen die Liberalen nun ihrerseits als Konservative bzw. „Rechte“ in der defensiven Position den erreichten Status Quo zu verteidigen. Der Konflikt endete bekanntermaßen im sogenannten „Großen Terror“ und dem paradoxen politischen Experiment der „totalitären Demokratie“ (vgl. Talmon 1961), da die Jakobiner in einer Diktatur die besseren Möglichkeiten fanden, ihre revolutionären Vorstellungen zu verwirklichen. Eine weitere Charakterisierung dieser Zeit findet sich im Begriff des „Tugendterrors“, der, wie weiter unten festgestellt wird, in den letzten Jahren eine Renaissance erlebt.

Schon damals gab es unter den Demokraten eine Minderheit, die nicht nur auf die Egalisierung der Gesellschaft und die direkte Einflussnahme des Volkes auf die Macht bestand, sondern auch eine Beseitigung der bestehenden Eigentumsordnung forderte. (vgl. Mohler 2005) Doch erst nach der Industriellen Revolution entwickelte sich die Weltanschauung des Sozialismus bzw. Kommunismus. Vorher bestimmten der Konflikt der „parti de la résistance“ (die Konservativen) und der „parti de mouvement“ (die Liberalen) von 1789 bis 1848 das Geschehen. In Folge der Industrialisierung trat nun eine neue Klasse auf, die sich nicht in die alten Parteien und die bürgerliche Gesellschaft eingliedern ließ. Das Proletariat, oder die „classes dangereuses“ (Mohler 2005: 11) waren, wie der Verlauf der Revolution von 1848 zeigte, zu einem relevanten politischen Faktor geworden. Die Liberalen, die sich der Loyalität der unteren Schichten gewiss waren, mussten feststellen, dass es diesen nicht nur um Verfassungsreformen ging, sondern um eine Infragestellung der Eigentumsverhältnisse als solchen.

## 2.1.2 Differenzierung und neue Konfliktlinien

1848 wurde das Rechts-Links-Schema auch in Deutschland populär, wo es sich auf die Sitzordnung in der Frankfurter Paulskirche bezog. (vgl. Puntsch 1994) Der Hintergrund war ähnlich dem der französischen Nationalversammlung. „Vom Podium aus links saßen die Demokraten, in der Mitte die Konstitutionellen und rechts die Monarchisten. Das Verlangen nach einer demokratischen Republik nahm kontinuierlich von links nach rechts ab.“ (Puntsch 1994: 17). Doch auch in Deutschland wurde das Schema schnell wieder obsolet, da sich neue Parteien bildeten, die nicht nach den Paulskirchen-Kriterien einzuordnen waren und andere Kriterien (nationale, religiöse, soziale, wirtschaftliche) in den Vordergrund traten. (vgl. ebd.)

„Die Zielsetzungen der politischen Gruppierungen hatten sich vermehrt und differenziert. (...) Republikaner und Monarchisten hatten gemeinsame wirtschaftliche Interessen entdeckt. Konservative waren liberal geworden, weil die Realität mit dem Wandel ihrer Rechts- und Freiheitsvorstellungen nicht schritt hielt. Das Verlangen nach Einheit und nationaler Größe hatte Abkömmlinge aus allen Lagern erfasst.“ (ebd.) So zeichneten sich die drei Hauptströmungen der modernen europäischen Demokratien ab: Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus. Nicht nur in Deutschland bewegten sich nun Konservative und Liberale aufeinander zu, wobei Großbritannien hier eine Vorreiterrolle zukam. So stammte der als geistiger Vater des Konservatismus geltende Staatsphilosoph Edmund Burke aus den Reihen der Whigs. (vgl. Mohler 2005) Auch die Liberalen interessierten sich nun mehr für eine Verhinderung der proletarischen Revolution, als für eine Bekämpfung der monarchistischen Ordnung und feudaler Privilegien, so wie die Verwirklichung ihrer Utopie einer „klassenlosen Bürgerschaft“. Mohler bezeichnet dies als die „realistische Kehre“ des Liberalismus, die zu immer größeren Überschneidungen in konservativen und liberalen Programmen führte, auch wenn grundsätzliche Vorbehalte bestehen blieben. Doch auch die Konservativen sahen sich nach harten politischen Niederlagen gezwungen, essentielle liberale Forderungen, wie Freihandel, religiöse Toleranz und Ausdehnung des Wahlrechts aufzunehmen. Sie akzeptierten weitgehend die Beschneidung ihrer Privilegien und ließen von ihrer Zielvorstellung der Wiederherstellung einer korporativen Verfassung ab, verteidigten aber weiter die Vorrechte der Krone, so wie eine starke Stellung von Armee und Kirche. (vgl. ebd.)

Aufgrund dieser Annäherungsprozesse betrachteten Sozialisten meistens Konservative und Liberale als denselben Gegner. Wegen der Hürden, die den sozialistischen Bewegungen von den etablierten Parteien in den Weg gelegt wurden, schafften sie es erst sich in den 1880er Jahren erfolgreich zu organisieren, indem sie kleinere demokratische Parteien inkorporierten und somit in den Parlamenten die unbestrittene Linke bildeten. Die Liberalen waren damit in die Mitte gerückt und Konservative stellten nach wie vor die Rechte dar. Welchen Einfluss der Umgang der etablierten Parteien mit den aufstrebenden Sozialisten auf die weitere Entwicklung der Parteienstruktur in Europa hatte, wird im nächsten Kapitel (Kap. 2.2) genauer analysiert. Die sich hier ergebende Konstellation bezeichnete Giovanni Sartori (1966) als „zentrifugalen Pluralismus“:

Die alten Parteien, zum Beispiel in Deutschland und Frankreich, hielten die Hürden für den Einstieg der Sozialisten möglichst hoch, was einerseits zu einer Unterrepräsentation der Sozialisten in den Parlamenten und einer Entfremdung der Arbeiterklasse von der politischen Ordnung führte und andererseits die Etablierten nicht dazu zwang, sich gegen den neuen Gegner zusammenzuschließen. Das Ergebnis war eine große Bewegung weitgehend ausgeschlossen von der politischen Arena und mehrere kleine, verfeindete Parteien innerhalb des Machtapparates. (vgl. Sartori 1966) Die Sozialisten wurden zu einer Massenbewegung vor allem wegen der sozioökonomischen Lage der Gesellschaft nach der Industriellen Revolution. Die bürgerlichen Parteien waren nun mit der Problematik konfrontiert, selbst eine Massenbewegung ins Leben zu rufen, um sich der neuen Linken entgegenstellen zu können. Schon damals wurden als Grundlage für eine solche Bewegung ein „integraler Nationalismus“ so wie die Orientierung an nationalem Prestige und charismatischem Führertum diskutiert. (vgl. Mohler 2005)

Eine weitere wichtige Tendenz, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts einstellte ist weniger sozioökonomisch oder politisch zu begründen, sondern betrifft viel mehr einen vielfach festgestellten Wandel der geistigen „Atmosphäre“, basierend auf einer massiven „Erwartungsenttäuschung“ unter den europäischen Intellektuellen. (vgl. Lübke 1986) „Es mag angesichts der Erfolge in der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung und angesichts des ungeheuren Machtzuwachses, den viele Staaten der alten Welt in jener Zeit erlebten, widersinnig erscheinen, daß sich unter den Gebildeten ein Gefühl des Verfalls ausbreitete, aber die Feststellung selbst ist unbestreitbar.“ (Mohler 2005: 14)

Diese Sorge vor der Dekadenz ergriff nicht nur konservative Denker, sondern etablierte sich auch in den Reihen der Liberalen und Sozialisten. So konstatierte der Schriftsteller und Politiker Max Nordau in seiner Zeitdiagnose „Entartung“ (1892): „Der `Fin-de-siècle`-Zustand der Geister ist heute überall anzutreffen (...)“ (Nordau 1892: 3) Laut Mohler (2005) war Deutschland aufgrund seiner geistigen Tradition besonders empfänglich für jene Kulturkritik und Wahrnehmung der Dekadenz, welche sich besonders auf die problematischen Aspekte der Moderne fokussierte. Deutschland weise eine eher idealistische Disposition auf, wogegen in Frankreich oder England eher eine positivistische Denkweise vorherrsche. Bertrand Russel schreibt in einem Aufsatz von 1935 mit dem Titel „Die geistigen Väter des Faschismus“ bezüglich dieser Tendenzen von einem „Kult der Unvernunft“ und einer von der Philosophie Fichtes ausgelösten Bewegung des Irrationalismus, die in Verbindung mit prekären sozialen und politischen Umständen später im Nationalsozialismus kulminierte. (vgl. Russel 1971: 117)

„...und der hitlerische Wahnsinn unserer Zeit ist ein aus Götter- und Heldensagen gewobener Mantel, in den sich das deutsche Ich hüllt, um nicht im eisigen Wind von Versailles zu erstarren. Wer in seiner Selbstachtung tödlich getroffen ist, denkt nicht mehr wie ein geistig gesunder, vernünftiger Mensch; und diejenigen, die eine Nation vorsätzlich demütigen, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn daraus eine Nation von Irren wird.“ (Russel 1971: 127 f.)

Auch die aktuelle politische und geistige Lage der europäischen Gesellschaften nach den Weltkriegen und dem Ende des Kalten Krieges provoziert zu kulturpessimistischen Analysen. So schrieb der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß 1993 in seinem vielbeachteten Aufsatz „Anschwellender Bocksgesang“ in der Zeitschrift „Spiegel“: „Es ziehen aber Konflikte herauf, die sich nicht mehr ökonomisch befrieden lassen; bei denen es eine nachteilige Rolle spielen könnte, daß der reiche Westeuropäer sozusagen auch sittlich über seine Verhältnisse gelebt hat, da hier das "Machbare" am wenigsten an eine Grenze stieß. Es ist gleichgültig, wie wir es bewerten, es wird schwer zu bekämpfen sein: daß die alten Dinge nicht einfach überlebt und tot sind, daß der Mensch, der einzelne wie der Volkszugehörige, nicht einfach nur von heute ist. Zwischen den Kräften des Hergebrachten und denen des ständigen Fortbringens, Abservierens und Auslöschens wird es Krieg geben.“ (Strauß 1993) Die Analyse und Kritik der Dekadenz, war, wie erwähnt, ursprünglich auf beiden Seiten des politischen Spektrums angesiedelt (George Lukács, Oswald Spengler).

Heute, unter dem Begriff „Werteverfall“ behandelt, findet sie sich eher bei Denkern und Theoretikern, die der politischen Rechten zugeordnet werden, da sie oftmals mit Themenkomplexen wie Migration und Sexualpolitik verbunden wird. Hier hindert, wie später dargelegt wird (Kap. 2.8), das ideologisch geprägte Denken in Kategorien des sozialen Fortschritts, und Sprach- und Denkregelungen die von gegnerischen Kräften als „politische Korrektheit“ bezeichnet werden, die politische Linke den Verfall als Teil der gesellschaftlichen Entwicklungsgeschichte überhaupt als einen solchen wahrzunehmen.

An diesem Punkt entstehen neue Konfliktlinien, an denen sich die politischen Parteien und ihre Programme orientieren. Diese gesellschaftlichen Konfliktlinien prägten die Geschichte der Demokratie vom Beginn an und in funktionierenden Demokratien stellt es eine Systemleistung dar, dass diese Konflikte in den politischen Prozess integriert werden können und somit sogar zur Stabilität der vorhandenen Ordnung beitragen. Dabei spielt die Ausdrucksfreiheit für die Ansichten und Forderungen der verschiedenen Konfliktparteien eine essentielle Rolle. Wird diese beschnitten, können existierende Gruppen bzw. Gesinnungsgemeinschaften in das gesellschaftliche Abseits gedrängt werden, was häufig zur Radikalisierung dieser Gruppen beiträgt und somit zu systemgefährdenden Extremismus führen kann

## **2.2 Parteien als institutionalisierte Konflikte**

Die Geschichte der politischen Parteien ist eng verbunden mit der Geschichte der modernen Nationalstaaten. Parteien erfüllten in diesen, vor allem in den Gründungszeiten, eine wichtige Konsolidierungsfunktion und in durch Krisen geprägten Zeiten können sie gesellschaftliche Konflikte abfedern, indem diese innerhalb des bestehenden politischen Systems nach den festgeschriebenen, demokratischen Regelwerken ausgetragen werden, womit die staatliche Ordnung an sich bis zu einem gewissen Grad geschützt bleibt. Laut Lipset und Rokkan (1990) wirken sie dabei als Instanz der Integration lokaler Kommunen in den Nationalstaat. So waren in den USA die Demokratisch-Republikanische und die Föderalistische Partei die ersten wirklichen nationalstaatlich ausgerichteten Organisationen, welche über Kommunen- und Bundesstaatsgrenzen hinweg agierten. (vgl. Chambers 1963)

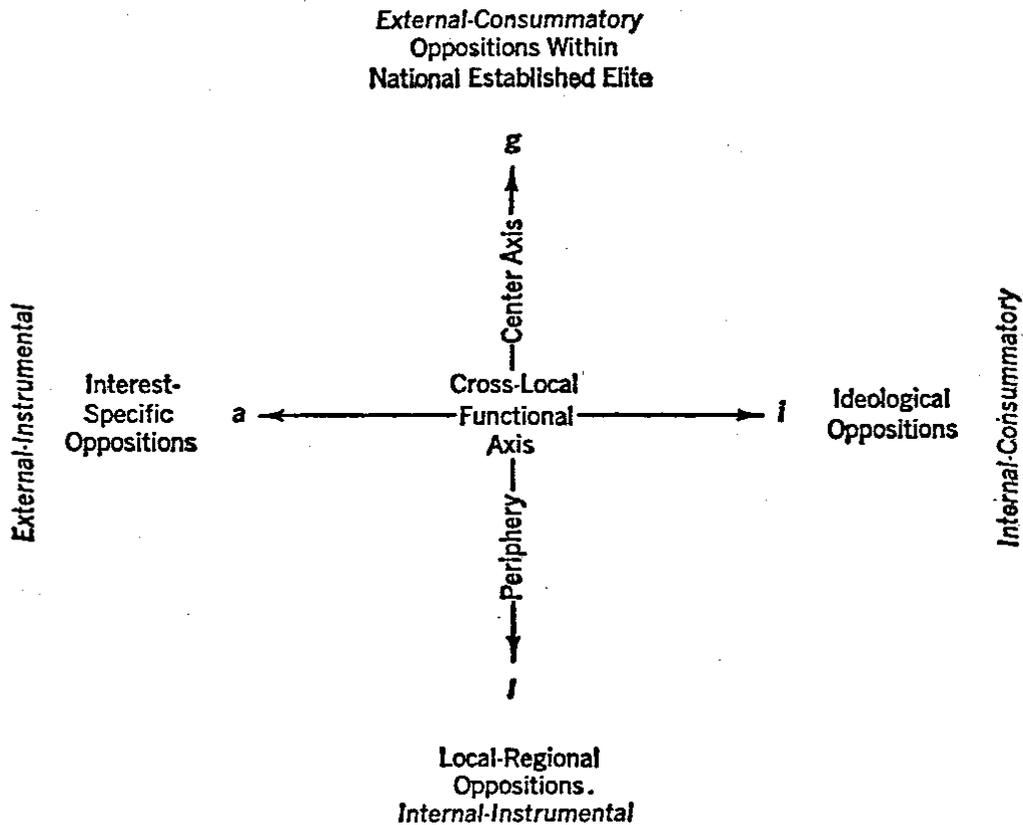
Auch in Afrika stellten sie für die politischen Führer nach der Kolonialzeit ein essentielles Mittel dar, um ein territorien- und ethnienübergreifendes Nationalbewusstsein zu schaffen. (vgl. Schachter 1961)

Neben der förderlichen Wirkung für die nationale Einheit durch die überregionale Orientierung der Parteiorganisationen, ruft der Wettbewerbscharakter von Mehrparteiensystemen in der Vorstellung der Bürger auch eine Trennung des grundsätzlichen nationalen Systems von der aktuellen Regierung hervor. „This cuts both ways: the citizens are encouraged to distinguish between their loyalty to the total political system and their attitudes to the sets of competing politicians, and the contenders for power will, at least if they have some chance of gaining office, have some interest in maintaining this attachment of all citizens to the polity and its rules of alternation. (...) A competitive party system protects the nation against the discontents of its citizens: grievances and attacks are deflected from the overall system and directed towards the current set of power-holders“ (Lipset/Rokkan 1990: 92)

Schon Georg Simmel hat die stabilisierende Rolle von politischen Parteien als institutionalisierte Konflikte hervorgehoben. (vgl. Simmel 1908) In dieser dialektischen Position übersetzen sie Konflikte in der sozialen und kulturellen Struktur in politische Forderungen. Laut Lipset und Rokkan (1990) erfüllen sie neben expressiven auch eine instrumentelle und repräsentative Funktion. Um entscheidenden Einfluss zu gewinnen, müssen die Führungspersonen Kompromisse eingehen und Allianzen mit potentiellen Gegnern schließen. Vor allem für Großparteien ist eine solche Vorgehensweise essentiell. Diese stellen in den meisten westlichen Demokratien immer ein Konglomerat aus divergierenden Interessensgruppen dar. Gewisse Bruchlinien können also überwunden werden, wobei andere unter gewissen Umständen ein stärkeres Polarisierungspotential aufweisen. Es gibt also eine „hierarchy of cleavage bases“ (Lipset/Rokkan 1990: 94) Der Druck auf das System, so nehmen Lipset und Rokkan an, ist umso größer, je eher die Bruchlinien grundsätzliche und moralische Fragen betreffen, und eher vermindert, wenn wirtschaftliche oder verhandelbare Fragen im Fokus stehen. Ihre Hauptfragestellung betrifft jedoch die Umstände, wann ein bestimmter Typus von Konflikt oder Bruchlinie mehr hervortritt als andere, welche Allianzen dadurch produziert werden und welche Konsequenzen diese Machtkonstellationen für die Konsensbildung innerhalb von Nationalstaaten aufweisen.

Lipset und Rokkan konzipierten zur Illustration eine Darstellung der wesentlichen „cleavages“ im zweidimensionalen Raum. (Abb. 1)

Abbildung 1: Zweidimensionale Darstellung der wesentliche „cleavages“



Quelle: Lipset/Rokkan 1967: 10

Sie transformierten hierfür die Dichotomien des A-G-I-L-Schemas von Talcott Parsons in ein Kontinuum von Koordinaten, wobei die l-g-Achse die territoriale und die a-i-Achse die funktionale Dimension repräsentiert. Die meisten historischen und gegenwärtigen Konflikte sind hierbei nicht an den vier Polen einzuordnen, sondern weisen sowohl territoriale als auch funktionale Aspekte auf. Da die Achsen in diesem Koordinatensystem nicht eindeutig quantifizierbar sind, stellt es vor allem ein heuristisch nützliches Instrument, für den Versuch politische Konflikte in ein standardisiertes Schema einzuordnen, dar. (vgl. Lipset/Rokkan 1990: 96)

Besonders von Interesse ist unter anderem auch, dass durch diese Einordnung strukturelle Ähnlichkeiten von Konfliktkonstellationen sichtbar werden. So können im historischen Vergleich Parallelen zwischen den politischen Konfliktlinien zu Zeiten der Demokratisierung territorial inhomogener Staaten wie Norwegen oder Schweden, und der heutigen Situation innerhalb der Europäischen Union gezogen werden. In beiden Kontexten finden wir eine Kumulation von territorialen und kulturellen bzw. funktionalen Konfliktlinien. Jedoch zeigen gerade in der Geschichte vollzogene Prozesse der Staatenbildung, dass zunächst territoriale Oppositionen bis zu einem gewissen Grad konsolidiert werden müssen, damit schließlich Konflikte auf der funktionalen Ebene überhaupt in den Fokus rücken.

Diese können erst wirksam werden, wenn eine ausreichende überregionale Interaktion und Kommunikation etabliert ist. Doch die wachsende Bürokratie auf nationalstaatlicher Ebene produzierte meist oppositionelle Bewegungen auf lokaler Ebene, welche die territoriale Einheit der Nationen bedrohte. (vgl. ebd. 99 f.) Auch hier finden wir Parallelen zum gegenwärtigen Prozess der Konsolidierung der Europäischen Union. Diese Widerstände konnten in einigen Staaten erfolgreich überwunden werden (Schweden, Norwegen), in anderen Ländern blieb trotz staatlicher Einheit ein wirkungsvolles Erbe an territorial-kulturellen Konflikten (Spanien, Belgien, Kanada) und wieder andere Länder zerbrachen an der fehlgeschlagenen Konsolidierung (Habsburger-Reich).

Auseinandersetzungen, die sich im Schema von Lipset und Rokkan auf der territorialen Achse einordnen lassen, spielen auch heute noch sowohl in Europa als auch in Österreich eine Rolle, die sich bei weitem nicht auf die latente Ebene beschränken lassen. Doch während in manchen europäischen Regionen, wie Schottland oder Katalonien, diese Konflikte die nationale Einheit der betreffenden Staaten bedrohen, beschränkt sich der Konflikt in Österreich auf Zuständigkeits- und Kompetenzdiskussionen zwischen Bund und Ländern, welche seit Jahren unter dem Begriff der „Föderalismusdebatte“ im öffentlichen Diskurs geführt werden.

## 2.2.1 Die nationale und die industrielle Revolution

Lipset und Rokkan sehen den Ursprung der „cleavages“ in zwei grundsätzlichen gesellschaftlichen Umwälzungen der europäischen Geschichte. Die beiden Pole auf der territorialen Achse - das heißt die Konflikte zwischen der zentralistischen Kultur (National-)Staatsbildung und dem Widerstand der Peripherien, Minderheiten etc. - sind direkte Produkte der nationalen Revolution, ausgehend von Frankreich und die beiden Pole der funktionalen Achse - zum Beispiel der Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern – entspringen der Industriellen Revolution, ausgehend von Großbritannien. „Much of the history of Europe since the beginning of the nineteenth century can be described in terms of the interaction between these two processes of revolutionary change: the one triggered in France and the other originating in Britain.“ (Lipset/Rokkan 1990: 101) Beide Revolutionen hatten entscheidenden Einfluss auf die gesellschaftlichen Konfliktlinien in den verschiedenen europäischen Ländern, auf deren Grund sich die jeweiligen Parteistrukturen herausbildeten. Die Unterschiede zwischen den Staaten betreffend dieser Strukturen, lassen sich laut Lipset und Rokkan unter anderem auf die Effekte der soziodemographischen Lage, wie die Verteilung der Bevölkerung in ländliche und städtische Gebiete, konfessionelle Zugehörigkeit, oder dem Grad der Industrialisierung zum Zeitpunkt der Ausweitung des Wahlrechtes, zurückführen.

Die tiefgreifendste und folgenreichste der Auseinandersetzungen, die über Jahrhunderte hinweg die europäische Geschichte prägte, entstand in Folge der Französischen Revolution und ist am i-Pol der funktionalen Achse des beschriebenen Schemas anzusiedeln: Der Konflikt zwischen dem aufstrebenden Nationalstaat und der Vormachtstellung der Kirche. Dieser betraf nicht nur materielle Verteilungsfragen oder den gesellschaftlichen Status der Organisationen, sondern zielte auf die moralischen Fundamente des sozialen Lebens und spielte sich vor allem auf dem Gebiet der Ausbildung und Erziehung ab. (vgl. ebd. 102 ff.) Selbstverständlich ging es auch um andere Fragen, in denen die Kirche eine traditionell gewichtige Rolle spielte, wie Eheschließungen, organisierte Wohltätigkeit und der Umgang mit deviantem Verhalten. In mehrheitlich protestantisch geprägten Ländern versöhnte sich die Kirche relativ früh mit den staatlichen Organisationen.

In konfessionell gemischten bzw. mehrheitlich katholischen Ländern stieß der staatliche Versuch direkt Einfluss auf die Individuen, im speziellen auf die Kinder zu nehmen, ohne deren Eltern oder spirituelle Autoritäten hinzuzuziehen jedoch auf massiven Widerstand und Wellen der Massenmobilisierung, aus denen sich starke Parteien des religiösen Widerstandes formierten.

Der Konflikt zwischen Staat und Kirche scheint heute überwunden. Die traditionellen Kirchen scheinen auf allen beschriebenen Gebieten in der Defensive und beschränken unter dem Druck der Säkularisierung ihren Tätigkeitsbereich vornehmlich auf nicht-politische Bereiche. Doch wie in einem der folgenden Kapitel (Kap. 2.8), das sich unter anderem mit den Ausführungen von Helmut Schelsky beschäftigt, dargelegt wird, hat eine neue „intellektuelle Priesterkaste“, die einer „gesellschaftlichen Heilslehre“ anhängt, eine ähnliche Rolle eingenommen, wie zur damaligen Zeit die traditionellen Kirchen. (vgl. Schelsky 1977: 15)

### **2.2.2 Österreich: Vom Bürgerkrieg zum Proporz**

Die Entwicklung der sozialistischen Parteien, die eng mit der Geschichte der Industrialisierung zusammenhängt, wurde, wie bereits erwähnt, stark bestimmt vom Umgang der etablierten Parteien mit der neuen Massenbewegung und der generellen Stellung der Arbeiterklasse zur Zeit der Massendemokratisierung. In Großbritannien und den skandinavischen Ländern kann die Haltung der Eliten als offen und pragmatisch bezeichnet werden. Trotz aktivem Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiterbewegung wurde nur wenig oder keine politische Repression gegen diese verhängt. Durch die weniger starke Entfremdung dieser Bevölkerungsschichten entstanden dort die größten und systemisch integriertesten Arbeiterparteien. In Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien und Spanien waren, laut Lipset und Rokkan, die „cleavages“ weit tiefgreifender. „A number of attempts were made to repress the unions and the Socialists, and the working-class organizations consequently tended to isolate themselves from the national culture and to develop *soziale Ghettoparteien*, strongly ideological movements seeking to isolate their members and their supporters from influences from the encompassing social environments.“ (Lipset/Rokkan 1990: 109 f.) Diese Parteien sind, ähnlich wie die vorher beschriebenen Parteien des religiösen Widerstandes am i-Pol des Schemas von Lipset und Rokkan anzusiedeln.

Die Isolation der Arbeiterbewegung und deren daraus resultierende grundsätzliche Systemfeindschaft erreichten ihren Höhepunkt in den Folgejahren der Russischen Revolution. Sie wurden nun nicht nur als ein Sprachrohr der unteren Schichten einer Gesellschaft angesehen, sondern als externe Bedrohung der Nation, was in mehreren europäischen Ländern, wie Deutschland, Österreich und Spanien zu bewaffneten Konflikten und Aufständen, bis hin zu Bürgerkriegen führte. Der Historiker und Philosoph Ernst Nolte argumentierte 1986 in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sogar, dass der Holocaust als Reaktion der Nationalsozialisten auf das Gulag-System der Bolschewiken anzusehen ist. Der „Rassenmord“ der Nationalsozialisten sei ein Produkt der Furcht vor dem vorangegangenen „Klassenmord“ in der Sowjetunion. (vgl. Piper 1987) Diese Interpretation der deutschen Geschichte löste den Historikerstreit von 1986/87 aus.

Die traumatisierenden Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges führten schließlich zu einer Aufweichung der ideologischen Spannungen. Lipset und Rokkan sprechen von einer Bewegung vom i-Pol zum a-Pol ihres Schemas. Österreich stellt für diese Entwicklung ein Musterbeispiel dar. Die extrem ideologisch aufgeladenen Konflikte zwischen Sozialisten und Christdemokraten, die 1934 in den Februarkämpfen ihren gewalttätigen Niederschlag fanden, wurden durch das gemeinsame Leiden unter der Herrschaft der Nationalsozialisten zwar nicht zur Gänze aufgelöst, aber doch auf eine Ebene gebracht, die eine produktive Zusammenarbeit erlaubten. Der steigende ökonomische Wohlstand und das Heranwachsen einer breiten Mittelschicht leisteten ebenfalls einen essenziellen Beitrag zur Entschärfung des historischen Konfliktpotentials. „ (...) the two parties settled down to share government responsibilities under a *Proporz* system, a settlement still based on mutual distrust between the two camps but at least one that recognized the necessity for coexistence.“ (Lipset/Rokkan 1990: 110)

Die anfänglich wichtige Stabilisierungsfunktion dieses Systems stieß jedoch relativ schnell auf Kritik von reformorientierten Kräften, die den Stillstand und die „Verkrustung“ des politischen Prozesses beklagten. Alle wichtigen Fragen schienen nun nicht im offenen politischen Diskurs entschieden zu werden, sondern von den vier Hauptorganisationen der Sozialpartnerschaft – der von der ÖVP dominierten Wirtschaftskammer und Landwirtschaftskammer und der SPÖ-geführten Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund ausgehandelt zu werden. „Die Konversion von solidarischem in individuelles Handeln bringt einen Abzug von Energie vom Schlachtfeld und Marktplatz der Politik mit sich.“ (Dahrendorf 1972: 90)

Diese Entwicklung stellt jedoch kein österreichisches Unikum dar, sondern folgte einer Gesetzmäßigkeit der Demokratieentwicklung, die schon 1911 vom deutsch-italienischen Soziologen Robert Michels untersucht wurde. Das „Eherne Gesetz der Oligarchie“ (vgl. Michels 1911) beschreibt die Tendenz von Organisationen - im speziellen von politischen Parteien – Machteliten herauszubilden, welche vermehrt ihren persönlichen Nutzen, abgesichert durch den Erhalt der Organisation, in den Vordergrund stellen, wobei die eigentlichen Ziele der Gruppe vernachlässigt werden. (vgl. ebd.) Diese Form der Korrumpierung führte in Österreich zu einem fest verankerten System von Abhängigkeiten, das nur sehr schwer zu durchbrechen war. An diesen Entwicklungen lässt sich auch der Unterschied zwischen „Wertkonservatismus“ und „Strukturkonservatismus“ illustrieren. So können „wertliberale“ Parteien, wie die SPÖ durchaus sehr stark „strukturkonservativ“ agieren, wogegen die damalige oppositionelle, „wertkonservative“ FPÖ „struktureliberal“ argumentierte.

Das Proporzsystem mit seinen Auswüchsen wie Parteibuchwirtschaft und parteipolitisch motivierte Interventionen in staatlichen und staatsnahen Betrieben wurde später vom führenden freiheitlichen Politiker Jörg Haider massiv attackiert (vgl. Haider 1993), womit er unter anderem große Teile der Wählerschaft für sich gewinnen konnte und 1999 die FPÖ zur zweitstärksten Partei machte. Er kann, trotz teils großer inhaltlicher Abweichungen, als Modell für den heute in ganz Europa verbreiteten Typus des sogenannten „rechtspopulistischen“ Politikers betrachtet werden, der gerade in den letzten, durch die Finanzkrise geprägten Jahren wieder sehr große Erfolge feiern konnte, da Politiker dieses Zuschnitts sich oft als die einzige „wirkliche“ Opposition zu den etablierten Parteien präsentieren. Die Frage, wie viel tatsächlicher Substanz hinter diesem Anspruch steckt bzw. wie viel Platz für „wirkliche“ Opposition in der gegenwärtigen politischen Konstellation überhaupt besteht, wird auch in der methodischen Auseinandersetzung mit dem erhobenen Datenmaterial in dieser Arbeit behandelt werden.

## 2.3 Rechte und linke Kritik am Neoliberalismus

In den letzten zwei Jahrzehnten schien die Parteibuchwirtschaft zu einem großen Teil zurückgegangen zu sein. Dies ist unter anderem auf die abnehmende Zustimmung der Bevölkerung für die beiden (ehemaligen) Großparteien SPÖ und ÖVP zurückzuführen, deren Potential zur Bindung politischer Loyalität stark nachließ. Der „Parteienstaat“ Österreich „verwestlichte“ (passte sich an westeuropäische Standards an), was auch die politische Berechenbarkeit enorm reduzierte. (vgl. Pelinka 2005) Man könnte in dieser Analyse jedoch auch weitergehen, wie viele aktuelle Gesellschaftsdiagnosen, und eine sinkende Relevanz der Politik an sich konstatieren. Unter derartigen Umständen wären die Auseinandersetzungen zwischen „Links“ und „Rechts“ oder anderen politischen Positionsbestimmungen zu substanzlosen Scheingefechten degradiert, da die historischen Grundlagen, auf denen sie basieren, durch eine Wesensänderung der Politik an sich obsolet geworden wären.

Gerade in der Soziologie hat die Sozial- und Gesellschaftskritik meist in Form von Zeitdiagnosen eine lange Tradition. Vor allem in Zeiten, die von einem Großteil der Bevölkerung als krisenhaft wahrgenommen werden, finden Positionen aus dieser Tradition auch ihren Weg in den Mainstream. So ist der Begriff des Neoliberalismus zum geflügelten Wort im öffentlichen Diskurs geworden, wenn es darum geht, diejenige wirtschaftliche und politische Ordnung zu bezeichnen, welche ca. seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion den gesellschaftlichen Status Quo, aber auch dessen Wandlungsprozesse beschreibt.

Verschiedene nationale wie internationale Missstände, von der Ausbreitung atypischer Arbeitsverhältnisse bis zur Ausbeutung natürlicher Ressourcen in der sog. Dritten Welt mit einhergehender Schädigung der Umwelt, werden auf die neoliberale Ordnung zurückgeführt. Deren Kritiker finden sich sowohl bei Denkern, die der politischen Linken nahestehen, als auch bei jenen, die der Rechten zugeordnet werden. Wobei die Rechte oftmals dem Liberalismus an sich, ohne den Präfix „Neo“, ablehnend gegenübersteht und die meisten heutigen Linken eine liberale Gesellschaft als erstrebenswert erachten, jedoch unter der Bedingung, dass die Folgen des wirtschaftlichen Liberalismus vom Staat korrigiert werden, bzw. (abhängig von der Radikalität der Forderungen) dieser auf ein Minimum beschränkt wird.

So schreibt der sich selbst als „konservativ“ einordnende und als Vordenker der „Neuen Rechten“ geltende schweizerische Publizist und Schriftsteller Armin Mohler in seinem Werk „Gegen die Liberalen“ von 1990: „Mit einem Linken kann ich mich unter Umständen verständigen, denn nur zu oft hat er eine Teilwahrheit für sich. Mit dem Liberalen jedoch kann es keine Verständigung geben.“ (Mohler 2013: 8) Er hebt sich damit von den „von Grund harmlosen Menschen“ ab, die als Rechte ihre ideologischen Hauptfeinde in den Kommunisten sehen, da diese in der Wirkungszeit Mohlers lediglich in außenpolitischen Fragen zur Gefahr werden können, während der Liberalismus „bereits innerhalb der Burg agiert und unsere Abwehr so weich macht, daß der äußere Feind eindringen kann.“ (ebd.)

Auch Arthur Moeller van den Bruck, ein völkisch-nationalistischer Kulturhistoriker war überzeugt von der kulturzersetzenden Wirkung des Liberalismus. „Liberalismus hat Kulturen untergraben. Er hat Religionen vernichtet. Er hat Vaterländer zerstört. Er war die Selbstaflösung der Menschheit.“ (Moeller van den Bruck 1923: 64) Der Liberalismus wurde also von der historischen Rechten bezichtigt die kulturellen Fundamente der Nation, oder was die Konservativen als diese erachteten, im Namen einer abstrakten individuellen Freiheit zu untergraben. In diesem Zusammenhang spielt der Begriff der Dekadenz eine Schlüsselrolle. Ein besonders prominenter Denker dieser Richtung, Oswald Spengler trieb das konservative Denken am Beginn des 20. Jahrhunderts in seinem vielrezipierten Werk „Der Untergang des Abendlandes“ an die Spitze, indem er den unausweichlichen Niedergang der westlichen Kultur durch solche Aufweichungserscheinungen prognostizierte. (vgl. Spengler 2014)

Auch heute hat die Sorge um das kulturelle Erbe Europas wieder Hochkonjunktur, wenn man beispielsweise an Bewegungen wie „PEGIDA“ (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) in Deutschland denkt. (Grau 2015) Der französische Philosoph und Schriftsteller Alain Finkielkraut erklärte in einer Diskussion für die Zeitung „Le Monde“, dass Europa auf die Schrecken des 20. Jahrhunderts mit der Universalisierung der Idee des Gleichen und der Verurteilung all dessen, was die Menschen unterscheidet und trennt, geantwortet hat. „Das heißt, damit niemand mehr „ausgeschlossen“ wird, mußte Europa aus seiner Haut schlüpfen, seiner Herkunft entsagen und von seinem kulturellen Erbe lediglich die universalen „Menschenrechte“ beibehalten. Das ist [...] das Geheimnis Europas. Wir sind nichts“. (Finkielkraut 2007, zit. nach Venner 2014: 30)

Das Verhältnis der Begriffe „Gleichheit“, „Gleichwertigkeit“ und „Gleichberechtigung“ wird dabei selten einer eingehenden Analyse unterzogen und die Begriffe im öffentlichen Diskurs nahezu synonym verwendet, da sie heute als Schlüsselworte der politischen Positionierung über alle politischen Parteien hinweg als „Universal-Maximen“ wirken. (vgl. Böckelmann 2014: 61; Hepp 1988: 151) Böckelmann sieht das, was sich nach einem berechtigten Schrei nach Gerechtigkeit anhört, als „(...) die konzeptionslose Neigung zu ständiger Umverteilung in einer Gesellschaft ohne politische Perspektive. Die Parteien und Verbände mobilisieren die Zustimmung ihrer Anhänger nicht mit einer gemeinsamen Vision, an welcher alle Gruppen auf unterschiedliche Weise Anteil nehmen (daraus ließe sich ein Maß für Gerechtigkeit ableiten), sondern mit Polemik gegen Ungleichbehandlung. Das Maß der Gleichberechtigung und Gleichheit ist leer, abstrakt, rein anteilmäßig. Das unablässige Vergleichen nach diesem Maß kann nur dazu führen, daß alle, die sich ihren Anteil holen, einander gleich und gleichgültig werden.“ (Böckelmann 2014: 62)

Generell kann gesagt werden, dass die politische Linke, so wie der Liberalismus, den Unterschieden zwischen Individuen und Gruppen eher indifferent gegenübersteht, auch wenn der Begriff der „Vielfalt“ wie später (Kap. 2.9) dargelegt wird, heute einen hohen Stellenwert nicht nur unter Linken hat. Die Rechte hingegen möchte generell historisch gewachsenen Unterschiede und auch Hierarchien konservieren, da sie diese als Teil des kulturellen Erbes betrachten. Deshalb wird der Gegenseite oft „Gleichmacherei“ vorgeworfen. Auch der Liberalismus steht Unterschieden auf der kulturellen Ebene ablehnend gegenüber, während finanzielle Ungleichheit als unvermeidlich bzw. gesellschaftlich förderlich anzusehen ist. Für die Marktmechanismen sind kulturelle Unterschiede unerheblich bzw. hinderlich. Aus der Sicht rechter Kritiker vernichtet der Liberalismus eine organisch gewachsene und lebendige Kultur. Der französische Historiker Dominique Venner schreibt in seinem Brevier „Ein Samurai aus Europa“, das nach seinem politisch motivierten Suizid in der Kathedrale Notre Dame de Paris veröffentlicht wurde: „Wir leben gesund und bequem wie noch nie. Wir verfügen über Wissen, Kenntnisse und Freiheiten ohnegleichen. Dennoch steht ein trübes Gefühl des Niedergangs im Raum, eine Art schlaffer Nihilismus, der vor allem in der sogenannten offiziellen Kunst oder Literatur spürbar ist.“ (Venner 2014: 67) Hier werden eindeutige Parallelen zur oben (Kap. 2.1.2) beschriebenen „Sorge vor der Dekadenz“, dem „Gefühl des Verfalls“ oder dem „Fin-de-siècle“-Zustand der Geister“ offensichtlich.

Innerhalb der politischen Linken wird weniger der Liberalismus an sich kritisiert, da dieser allgemein als erstrebenswert gilt und an sich bereits als Tugend wahrgenommen wird. Die Kritik richtet sich vor allem gegen den Neoliberalismus, der als Inbegriff von Ausbeutung und Regression sozialen Fortschritts fungiert. Gemeint ist hier der wirtschaftliche Liberalismus, der mit dem sozialen Liberalismus historisch zwar eng verbunden ist, jedoch von der klassischen Linken abgelehnt wird. Die marxistisch inspirierte Kritik am Liberalismus orientiert sich meist am historischen Materialismus und sieht die Produktionsbedingungen als Ausgangspunkt jeder gesellschaftlichen Veränderung im Gegensatz zu konservativen Kritikern, die an jenen gesellschaftlichen Tatsachen ansetzen, die die Marxisten als „Überbau“ bezeichnen. Damit sind der Marxismus und die meisten sich politisch links einordnenden Theoretiker tief vom modernen Fortschrittsglauben geprägt, denn für sie ist jede große geschichtliche Entwicklungsphase besser zu bewerten als die vorherige. „Wir sprechen über Kritik „von links“, und in gewisser Hinsicht von einem Standpunkt der Zukunft aus, (...) Das ist ein typisches Merkmal des Marxismus.“ (Dugin 2013: 33) Für einen typisch rechten Standpunkt „sind weder die Überlegenheit des Liberalismus über frühere Gesellschaftsformen noch die Vorteile einer kommunistischen Zukunft selbstverständlich.“ (ebd.)

## **2.4 Das Ende der Geschichte und die postpolitische Praxis**

Der russische Soziologe Alexander Dugin sieht den Liberalismus nicht mehr als Ideologie oder politische Theorie, sondern als „postpolitische Praxis“, die die Welt nur noch durch Marktgesetze und die universelle Moral der Menschenrechte steuert, da sämtliche politische Entscheidungen durch technische ersetzt werden (vgl. Dugin 2013: 17 f.) In der Postmoderne bewege sich der Liberalismus von der Subjektsphäre auf die Objektsphäre, was für ihn den „Postliberalismus“ konstituiert, in der dieser nicht mehr eine Ideologie, sondern eine existenzielle Tatsache darstellt. Diese Wesensänderung der vorherrschenden Form der Politik verändert auch die Möglichkeit, einen oppositionellen Standpunkt dazu einzunehmen. „Rechts und Links im Bezug zum Postliberalismus lassen sich unmöglich orten. Es gibt nur zwei Positionen: Unterwerfung (das Zentrum) und Widerstand (die Peripherie); beide sind global.“ (Dugin 2013: 20)

Auch die Opposition ist im Konsumismus und Liberalismus Systembestandteil, für den abweichende Positionen nur in einem gewissen Rahmen von „Sprachspielen“ (vgl. Habermas 1975) vertretbar sind, wo systemrelevante Bereiche unangetastet bleiben. Wird dieser überschritten, folgen soziale, wirtschaftliche oder gar rechtliche Repressionen. Das ist kein Alleinstellungsmerkmal der Postmoderne, oder des Postliberalismus, jedoch scheint dieser Rahmen heute bedeutend enger geworden zu sein.

Laut Dugin waren drei politische Theorien für das 20. Jahrhundert bestimmend: Liberalismus, Kommunismus und Faschismus. Jede besitzt ein klar definiertes historisches Subjekt (Individuum, Klasse, Staat/Rasse) und jede sah sich als Verfechter der Moderne. Der Untergang von Kommunismus und Faschismus zeigte aber deren Differenzen mit der Moderne auf, da sie, so Dugin, bewusst oder unbewusst „auf der Seite der Tradition standen“ (Dugin 2013: 22) und nicht kompatibel waren mit der Entwicklung zur Postmoderne. Der Liberalismus setzte sich durch und wurde zur Selbstverständlichkeit. Jede Opposition wird als rückwärtsgewandt (Rechte) oder realitätsfern (Linke) gebrandmarkt und das Subjekt wandelt sich vom Individuum zum Postindividuum oder „Dividuum“, das von Entwurzelung und „Seinsvergessenheit“ geprägt ist.

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise zeige eindrucksvoll, wie träge die nun postliberale Politik in Wahrheit ist, denn ein Kurswechsel sei nicht mehr möglich. Die entfesselte „faustische Technik“ (vgl. Spengler 2014) sucht nach effizienteren Mitteln gegen die krisenhaften Erscheinungen, die jedoch immer nur auf technischer Ebene bleiben. „Dies ist eine neue Phase im Einsatz des „Gestells“ [nach Heidegger], um den nihilistischen Schandfleck des Weltmarkts über die ganze Welt zu verbreiten. Von Krise zu Krise und von einer Blase zur anderen springend, machen die Weltwirtschaft und die Strukturen der postindustriellen Gesellschaft die Nacht für die Menschheit schwärzer und schwärzer.“ (Dugin 2013: 29) Den Ursprung für eine solche selbstzerstörerische Entwicklung sieht Dugin auch in der „unipolaren Weltordnung“, die Oppositionen nicht nur in der westlichen Hemisphäre unterdrückt bzw. immer mehr verunmöglicht, sondern auch Kulturen, die dem westlichen Liberalismus widerstreben, versucht aufzulösen, wie die weltpolitischen Ereignisse seit dem 11. September 2001 veranschaulichen. Wenn dies nicht mit medialen oder wirtschaftlichen Mitteln gelingt, so werden kriegerische Gewaltakte zur Lösung herangezogen, wobei meist die „Menschenrechtsideologie“ zu deren Rechtfertigung dient.

Für ihn ist der Gedanke einer unipolaren Gesellschaft als rassistisch zu bewerten, da versucht wird auf eigentlich zeit- und ortsgebundene Wertgrundlagen des Westens (speziell der USA), wie Demokratie, Parlamentarismus, Kapitalismus, Individualismus, Menschenrechte und unbegrenzte technische Entwicklung, künstlich eine Weltgesellschaft zu konstruieren. (vgl. ebd. 45) Wie der amerikanische Politik- und Militärexperte Steven R. Mann (1992) bestätigt, kann die Demokratieförderung als Waffe gesehen werden, die „bestehende und historisch reife demokratische Gesellschaften verstärkt, aber traditionelle, unvorbereitete Gesellschaften zerreißt und ins Chaos stürzt.“ (Dugin 2013: 80) Dieser Vorgang kann exemplarisch am sogenannten „Arabischen Frhling“ und dessen Nachwirkungen beobachtet werden.

Besonders der Kulturbetrieb ist bei der Erhaltung der Hegemonie des Westens und des Liberalismus von essenzieller Bedeutung. Dugin hebt bei dessen Analyse die Aktualität der Thesen des marxistischen Philosophen Antonio Gramsci hervor, nach dem eine politische Gruppe sich nur an der Macht halten kann, wenn sie die Mitglieder einer Gesellschaft davon überzeugen, dass ihre Ideen dem Normalzustand entsprechen und sich dadurch legitimieren. (vgl. Wimmer 1984) Das Kontrollieren des Kulturbetriebes einer Gesellschaft ist also Voraussetzung für die Machterhaltung und nicht etwa eine Folge der Revolution. (vgl. Gramsci 1991) Hier ist anzumerken, dass heute mehr denn je auch die Möglichkeiten der Partizipation am politischen Prozess und die Möglichkeiten der politischen Positionierung vom Kulturbetrieb, speziell den großen Medien mitbestimmt werden. Schon Rousseau bezeichnete die Presse, als die „vierte Säule des Staates“. (vgl. Rousseau 2012) In einem der folgenden Kapitel (Kap. 2.8) wird die These Helmut Schelskys behandelt, dass eine Klasse von Intellektuellen den Kulturbetrieb für sich vereinnahmt, um den öffentlichen Diskurs zu kontrollieren.

Der klassische Liberalismus legte Wert darauf, dass die von ihnen vertretene Freiheit eine strikt negative ist. Dessen Vordenker (Mill, Locke, Smith) trennten die „Freiheit wovon“ (liberty) von der „Freiheit wofür“ (freedom). Während es Erstere zu erstreiten gilt, stellt die Letztere eine reine Privatsache der jeweiligen Individuen dar, die weder ideologischen noch politischen Wert besitzt. (Dugin 2013: 153) Zur freien Entfaltung sei es notwendig, einschränkende Instanzen, wie die Kirche, das Klassensystem, ethnische Bindungen und jegliche kollektive Identität in ihrem Einfluss zurückzudrängen.

Im 20. Jahrhundert begannen Teile der Liberalen, im Angesicht des steigenden Erfolges der Marxisten, gewisse „moralische“ Thesen von diesem anzuerkennen, um sein revolutionäres Potential zu entschärfen und damit die beiden grundlegenden Ideologien dieser Zeit zusammenzuführen. Daraus entstanden die „sozial-liberalen“ Strömungen, die heute noch besonders einflussreich sind. (vgl. ebd. 157) Die radikalere neoliberale Schule (von Mises und Hayek etc.) entwickelte sich später unter dem Eindruck des totalitären Sowjet-Kommunismus und sah den Liberalismus als eigenständige Gesamtideologie und nicht nur als Übergangsphase zwischen Feudalismus und Sozialismus. „Alle Ausprägungen und Schulen dieser Theorie sind sich in einem Punkt einig: der Überzeugung, daß ein freier Markt, der individuelles Profitstreben ermöglicht, das beste Mittel zur Befriedigung unserer Bedürfnisse sei“ (Crouch 2013: 11). Dem Marxismus gegenüber galt es nun nicht mehr Konzessionen zu machen, denn aus neoliberaler Sicht hatte der Liberalismus alleinigen Anspruch auf das Erbe der Aufklärung und der Moderne, und der Marxismus stellte aus dieser Sicht eine regressive Rückwendung dar, die sich lediglich moderner Parolen bediente. (vgl. ebd.) Die neoliberale Theorie entwickelte sich zwar in Europa, doch wurde aber vor allem in den Vereinigten Staaten umgesetzt. Mit dem Untergang der Sowjetunion und des real existierenden Sozialismus war der Konflikt um das Erbe der Aufklärung und Moderne endgültig geklärt. Die sozialistischen Gesellschaften erwiesen sich laut Dugin als sorgfältig getarnte Varianten archaischer Strukturen, geprägt von einem „mystisch“ oder „religiös“ verstandenen Marxismus. (vgl. Dugin 2013: 158)

Der Philosoph Alexandre Kojève sagte bereits Mitte des 20. Jahrhunderts das Ende der Geschichte in Form einer kommunistischen Weltrevolution voraus. Ähnlich sahen die traditionalistischen und metaphysischen Theoretiker René Guénon (2007) und Julius Evola (1995) das Weltende im Sieg der „vierten Kaste“, also der Proletarier. (vgl. ebd.) Die Auflösung der Sowjetunion machte aber klar, dass das „Ende der Geschichte“ nicht von marxistischer, sondern von liberaler Gestalt war, wie es auch sehr schnell vom amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama (1992) verkündet wurde. „Mit dem Sieg der liberalen Ideologie, die ein Monopol auf die Steuerung und Richtung geschichtlicher Entwicklung erlangte, war der gewaltige Zyklus der Moderne abgeschlossen. (...) Alles, was der liberalen Ideologie noch widerstand, entpuppte sich als ein chaotischer Haufen simpler Störungen und Fehler, in anderen Worten „Nebengeräusche“, die durch Trägheit den Bauherrn der „neuen liberalen Weltordnung“ opponieren.“ (Dugin 2013: 159)

Diese Hegemonialstellung des Liberalismus manifestiert sich natürlich nicht nur auf weltpolitischer Ebene, sondern durchdringt auch die inneren Strukturen der Nationalstaaten und hält hier das Monopol auf ideologisches Denken. Er wurde zur Selbstverständlichkeit bzw. transzendierte sich von der Programm- zur Betriebsebene. (vgl. ebd. 162)

„Der Inhalt des Liberalismus verändert sich, vom Ausdrucks- auf das Sprachniveau umschaltend. Liberalismus wird kein richtiger Liberalismus, sondern die Wahrnehmung des Ungesagten, schweigende Zustimmung, Konsens. Dies entspricht der Umschaltung von der Epoche der Moderne zur Postmoderne.“ (Dugin 2013: 162) Der Liberalismus wird von einer Ideologie, die sich gegen Konkurrenzprojekte zu behaupten und ihre Legitimität zu rechtfertigen hat zu einer instinktiven Selbstverständlichkeit. Er verwandelt sich als Postliberalismus laut Dugin in die gewöhnlich unbewusste „Matrix der Zeitgemäßheit“, wird zum „Leitunterbewusstsein“. (vgl. ebd.) Diese Entwicklung führe zum Werte- und Identitätsverlust auf nationaler, kultureller, sexueller und bald auch auf menschlicher Ebene (Transhumanismus). Da der Mensch in seinem Mensch-Sein von der Politik geformt ist, wandelt sich mit dem Systemwechsel auch seine anthropologische Struktur.

Die Thesen Dugins sind deshalb relevant für diese Arbeit, da er als russischer Soziologe das westliche politische System, dem sich auch Österreich immer mehr angleicht (vgl. Pelinka 2005) von einer Beobachterposition aus analysiert, und die hier gebräuchlichen Begrifflichkeiten und Positionsbestimmungen nicht als selbstverständlich verwendet. „Rechts“ und „Links“ haben aufgrund der historischen Entwicklung in Russland unterschiedliche Bedeutungsinhalte als in Westeuropa. Außerdem erlebte er den Wandlungsprozess von der Sowjetunion zum heutigen Russland mit allen gravierenden sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Folgen. Nicht zuletzt sind seine Thesen auch deshalb von Bedeutung, da er sich selbst in früheren Jahren sowohl in links- als auch rechtsextremistischen, oppositionellen Kreisen betätigte und heute besonders durch seine Kreml-Nähe und seinen Einfluss auf die russische Führung auffällt. Durch seine Erfahrungen in den verschiedenen politischen Lagern kann er eine andere Sichtweise auf solche Kategorien zum Ausdruck bringen. (vgl. Tolstoy/ McCaffray 2015)

Für diese Arbeit ist vor allem die These ausschlaggebend, dass sich die liberale Hegemonie nunmehr als Selbstverständlichkeit, seit dem Untergang aller Konkurrenzideologien derart im Bewusstsein der Menschen verankert hat, dass jede wirkliche Opposition dagegen vollkommen abwegig bzw. nicht zeitgemäß und rückwärtsgewandt erscheint.

## **2.5 Legitimationsprobleme in der Postdemokratie**

Ein weiterer Begriff, der vor allem die neuere Gesellschaftskritik kennzeichnet, ist die „Postdemokratie“. Dieser steht mehr noch als der Neoliberalismus für die oben beschriebene Wesensänderung der Politik an sich. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch definiert Postdemokratie als „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben“ (Crouch 2008: 10)

Besonders in den letzten von der Finanzkrise geprägten Jahren wurden vielfach gewisse Auflösungserscheinungen der Demokratie konstatiert. Demirovic spricht von einer „Vielfachkrise“ im neoliberalen Kapitalismus, da diese Krise des Finanz- und Wirtschaftssektors auch auf andere Subsysteme übergreift. (vgl. Demirovic 2011: 14ff.) Gerade die von der Politik gesetzten Maßnahmen zur Krisenbewältigung leisten dabei den Entdemokratisierungstendenzen Vorschub, womit sie die Grundlagen ihrer Legitimation selbst gefährden. Es findet eine Machtverschiebung weg von der Politik, hin zu großen (finanz)wirtschaftlichen Akteuren unter dem Stichwort „regime shopping“ statt. (vgl. Crouch 2013: 13) Symptome dieser Prozesse sind unter anderem die Unterordnung nationalstaatlicher Politik unter finanzpolitische Instanzen wie IWF oder EZB bis hin zur Einsetzung von demokratisch kaum legitimierten sogenannten „ExpertInnenregierungen“ wie in Griechenland oder Italien, die nur mehr streng technokratische Maßnahmen verfolgen, die scheinbar in keiner Form auf politischen Weltanschauungen basieren. Im Gegensatz dazu erscheinen in den meisten europäischen Ländern auch charismatische Führerpersönlichkeiten, die direkt die Befindlichkeiten und Ängste der Bevölkerung ansprechen und in den Medien meist mit den Adjektiven „links- oder rechtspopulistisch“ beschrieben werden.

Dem dichotomen Spektrum widersprechend finden sich gerade in der gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Konstellation viele Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Polen. In Griechenland führte die Erfahrung der Kontrolle durch die sogenannte „Troika“ (bestehend aus EZB, IWF und EU-Kommission) sogar zu einer Koalition zwischen Links- und Rechtspopulisten, die sich beide gegen die technokratische Austeritätspolitik der vorherigen Regierung wandten, während von den etablierten Parteien in Griechenland, so wie im Rest Europas meist die „Alternativlosigkeit“ der Sparpolitik propagiert wird. (vgl. Tsipras koaliert mit Rechtspopulisten, Zeit Online 2015)

Auch in außenpolitischen Fragen scheinen sich extreme Linke und Rechte näher zu stehen, als es das bipolare Spektrum vermuten lassen würde. So zeigten sich im Rahmen des Ukraine-Konflikts bei beiden tendenziell eine Ablehnung der EU- und NATO-Position und ein vermehrtes Verständnis für die Haltung des Kremls bzw. Wladimir Putins. (vgl. Herzinger 2015) Der Widerstand ehemals marginalisierter Parteien an den Rändern des Spektrums scheint auch vermehrten Zuspruch in der Bevölkerung zu finden, die unter wachsendem Leidensdruck das Mantra der Alternativlosigkeit beginnt abzulehnen. Wegen des politischen Gleichklangs der etablierten Volksparteien in den für Mehrheit relevanten Fragen finden die Wähler die Alternativen vor allem in Krisenzeiten bei den politischen Extremen, was historisch bekanntlich kein Unikum darstellt. Diese Entwicklungen sind Ausdruck für die immer evidenter werdenden Legitimationsprobleme der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Ordnung. (vgl. Habermas 1973)

Jürgen Habermas beschreibt schon 1973, dass der Staat immer öfter in die Funktionslücken des Marktes einspringen muss, womit nicht mehr von einer reinen Marktgesellschaft bzw. einem reinen Liberal- oder Konkurrenzkapitalismus gesprochen werden kann. Der öffentliche und monopolistische Sektor kann weitgehend marktunabhängige Entscheidungen treffen. Der Staat erfüllt zahlreiche Imperative des Wirtschaftsystems, reguliert gesamtwirtschaftlichen Kreislauf und schafft bessere Verwertungsbedingungen für überschüssiges Kapital. Seine Maßnahmen haben den reaktiven Charakter von Vermeidungsstrategien gegen Instabilitäten und die meisten sozialpolitischen Maßnahmen sind Begleiteffekt der Bestimmungen zur Steigerung der Produktivität der Arbeit. Die Funktionsschwäche des Marktes widerspricht der bürgerlichen und liberalkapitalistischen Basisideologie des „gerechten Tausches“ und die Repolitisierung der Produktionsverhältnisse schafft Legitimationsbedarf.

Um sich der Thematisierung von Legitimationsproblemen zu entziehen, muss das administrative System gegenüber der demokratischen Willensbildung hinreichend autonom sein. So schafft der spätkapitalistische Legitimationsprozess Massenloyalität, aber vermeidet Partizipation. Der Legitimationsbedarf schrumpft auf zwei residuale Bedürfnisse: Staatsbürgerlicher Privatismus und systemkonforme Entschädigungen. Im Liberalkapitalismus wurde die Identifizierung der herrschenden Klasse erschwert. Im organisierten Kapitalismus wird die politische Anonymisierung der Klassengesellschaft noch durch die soziale Anonymisierung überboten. Bei der Befriedigung der politischen Forderungen der Arbeiterparteien spielt die „Machtpreisbildung“ durch die Sozialpartner eine historisch bahnbrechende Rolle.

Der Monoporsektor kann den Klassenkonflikt externalisieren, was langfristig zu einer Verschärfung der sozialen Lage führt. Die Folgen konnten aber abgeschwächt werden und das Klassenbewusstsein wurde fragmentiert. Der Klassenkompromiss macht fast alle zu Beteiligten und Betroffenen in einer Person. Im Spätkapitalismus führt Widerspruch von vergesellschafteter Produktion und nicht verallgemeinerbaren Zielen zu mehreren Krisentendenzen (ökonomische, politische und soziokulturelle), bei denen es jeweils um Problematiken des „Inputs“ oder „Outputs“ geht. Der Spätkapitalismus erzeugt durch universalistische Wertsysteme neue Bedürfnisse, die er nicht befriedigen kann. (vgl. Habermas 1973) Von einer durchgehend freien Wettbewerbsgesellschaft, welche die politische Linke oftmals durch politische Interventionen zügeln will, kann also nicht mehr gesprochen werden.

Wie der Wirtschaftssoziologe Karl Polanyi bereits 1944 in seinem Werk „The Great Transformation – The Political and Economic Origins of Our Time“ darlegte, war der Kapitalismus von der staatlich verordneten Enteignung der Landbevölkerung, zur Schaffung von Arbeitskraft für die neu entstehende Industrie, bis zum heutigen politischen Krisenmanagement, den Bankenrettungspaketen und wirtschaftlichen Schutzschirmen, immer auf politische Eingriffe angewiesen. Zunächst um die Grundlagen für seine Funktionsweisen zu schaffen, später um sein Fortbestehen, angesichts der notwendig krisenhaften Entwicklung, zu sichern. Der klassische vom öffentlichen Diskurs getragene Konflikt zwischen Staat und Kapital kann also aufgrund der vielschichtigen Interdependenzen und – gerade in Österreich - auch personellen Vernetzungen in dieser Form nicht aufrecht erhalten werden. (vgl. Polanyi 2001)

In vielen Zeitdiagnosen wird oftmals das Idealbild des freien Marktes, reguliert durch minimale staatliche Eingriffe, die lediglich zur Sicherung der geschäftlichen Tätigkeiten dienen, mit den realen Verhältnissen verwechselt. Der jenaer Soziologe Klaus Dörre widerspricht dieser These des „Markttotalitarismus“: „Gleich, ob affin oder gegenhegemonial, ein Problem solcher Paradigmen ist, dass sie den Kapitalismus zu sehr mit der Verallgemeinerung von Warenform und Wettbewerb identifizieren. Wie sich zeigen wird, genügen jedoch weder das Postulat noch die Kritik des „reinen“ Wettbewerbskapitalismus für ein Verständnis der neuen Gesellschaftsformation.“ (Dörre 2012: 23) Klaus Dörre konstatiert, dass der vorherrschende Finanzkapitalismus nichtkapitalistische, marktbegrenzende Institutionen zum Objekt einer neuen Landnahme macht.

Die aktuelle Form des Kapitalismus lässt sich nicht auf reinen Wettbewerb reduzieren, da er ihm widersprechende soziale Voraussetzungen, wie z.B. eine kontrollierende Bürokratie oder Staatsinterventionen in Krisenfällen benötigt. Dörre spricht von einer sich beständig negierenden Marktwirtschaft, die soziale Ungleichheiten als leistungsfördernde Faktoren nutzt, denn bereits hinter dem Tausch von Arbeitskraft gegen Lohn verbirgt sich eine grundlegende Machtasymmetrie. Auch andere Aspekte der kapitalistischen Ordnung, wie die Entstehung großer Unternehmenskonglomerate, die mögliche Konkurrenz unterdrücken, widersprechen dem marktorthodoxen Leitbild harmonischer Gleichgewichtsmärkte. (vgl. Dörre 2012: 40)

Laut dem Philosophen Robert Kurz entlarven sich auch die vermehrten staatlichen Interventionen in Krisenzeiten („Krisen-Keynesianismus“) als Fortsetzung des Neoliberalismus über Umwege. „In der historischen Krise werden sie identisch, weil der Staat genau wie der Markt nur die Grenzen der Kapitalverwertung am Gesellschaftskörper exekutieren kann. Zwei lebende Leichen der Wirtschaftspolitik ergeben zusammen keinen Neustart der Verwertungsmaschine.“ (Kurz 2009).

## 2.6 Entpolitisierung durch fehlende Antagonismen

So wie der Kapitalismus die übrigen nicht-kapitalistischen Bereiche „landnimmt“, so vereinnahmt auch das dazugehörige Wertesystem bzw. die zu Grunde liegende Ideologie – der Liberalismus – alle vorhandenen oppositionellen Wertesysteme. Und so wie sich der Kapitalismus in seiner hegemonialen Position verändert und immer mehr seinen eigenen Prämissen widerspricht, so nimmt auch der Liberalismus, wie von Dugin beschrieben in seiner Vormachtstellung eine andere Form an, die die liberalen Grundgedanken pervertiert.

Auch die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe spricht von einer radikalen Bewegung, vor allem linker Parteien, hin zur Mitte unter dem von Anthony Giddens geprägten Label des „Dritten Weges“. (vgl. Mouffe 2011: 3) Alexander Dugin bezeichnet diese einflussreiche Strömung auch als „postsoziale Demokraten“ (Dugin 2013: 132), welche sich angesichts der Hochkonjunktur liberalen Denkens in den 1990er Jahren entschlossen, einen Kompromiss mit den Liberalen einzugehen (vgl. ebd. 136) und somit viele der klassischen linken Inhalte in den Hintergrund zu rücken oder völlig abzulegen. „Das linke Projekt der Sozialisten des Dritten Weges ist die Erhaltung des Status quo.“ (ebd. 137)

Auch der Medien- und Kulturwissenschaftler Frank Böckelmann erkennt in den heutigen linken Forderungen eine Art „Schattenboxen“: „Wer sich als „links“ tauft, kündigt an, noch hartnäckiger fordern zu wollen, was alle anderen ebenfalls fordern.“ (Böckelmann 2014: 71) Diese Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien ist laut Mouffe eine der Ursachen für die nun in Europa vorherrschende „postpolitische Perspektive“, dem Legitimitätsverlust demokratischer Institutionen und der damit einhergehenden, zunehmenden Entpolitisierung. (vgl. Mouffe 2011) Sie sieht eine „Kapitulation“ der Sozialdemokratie gegenüber dem Neoliberalismus, indem diese eine Distanz zu antikapitalistischen Inhalten anstrebte und anschließend an Giddens, jenseits von links und rechts zu denken versuchte bzw. sich in der politischen Mitte positionierte. (vgl. Giddens 1994) „Davon überzeugt, dass es keine echte Alternative für politisches Handeln mehr gibt, haben sie das geschaffene System akzeptiert. Sie haben alle Versuche aufgegeben, die bestehenden Machtverhältnisse infrage zu stellen, und beschränken sich nun darauf, Möglichkeiten aufzuzeigen, die neoliberale Globalisierung „menschlicher“ zu gestalten. Darum aber ist die Politik der verschiedenen Parteien so schwer voneinander zu unterscheiden.“ (Mouffe 2011: 3)

Der nunmehrige Konsens in der politischen Mitte und das Fehlen wirklicher politischer Antagonismen haben destruktive Folgen für die demokratische Gesellschaftsordnung. Die modernen Demokratien stellen, Mouffes These nach, nur noch Fassaden aus formellen demokratischen Prinzipien und Vorgangsweisen dar, die im Hintergrund von Eliten, ohne demokratische Legitimation kontrolliert werden. Die essentiellen politischen Entscheidungen werden somit abseits der traditionellen demokratischen Institutionen gefällt. Das Produkt dieser demokratiepolitischen Entwicklungen sei ein Legitimitätsverlust demokratischer Institutionen, der sich auch in einer zunehmenden Entpolitisierung der Bürger manifestiert. Der drastische Rückgang der Wahlbeteiligung, die derzeitige Politikverdrossenheit ist so Mouffe durch die Abwesenheit einer echten Wahl zwischen klar unterscheidbaren Alternativen zu erklären. (vgl. Mouffe 2011) Auch die Erfolge sogenannter „rechtspopulistischer“ Parteien lassen sich aus diesen Umständen erklären. Sie können sich in vielen europäischen Ländern als einzige Alternative zur etablierten Politik präsentieren, wobei die Ursache dafür bei den Volksparteien (links und rechts der Mitte) zu suchen sei:

„Indem sie es versäumten, zu erkennen, dass Politik ihrem Wesen nach parteiisch sein muss, und dass demokratische Politik agonistische Debatten zwischen widerstreitenden Projekten und die Wahlmöglichkeit zwischen realen Alternativen braucht, hat die Politik des „Dritten Weges“ zu der „Entpolitisierung“ beigetragen, die im Zentrum unseres „postdemokratischen“ Zustands steht.“ (Mouffe 2011: 4)

Georges Sorel schrieb 1908 in „Über die Gewalt“: „Ein soziales System (...) braucht den Konflikt, und sei es auch nur zur Erneuerung seiner Energien und zur Wiederbelebung seiner schöpferischen Kräfte“ (Sorel 1908, In: Dreitzel, 1967: 278f.)

Die zentrale Rolle des Konflikts für die Möglichkeit der eigenen politischen Positionierung ist auch, wie oben erwähnt, von Carl Schmidt (vgl. Schmitt 1991: 217), Lewis Coser (vgl. Coser 1957, In: Dreitzel 1967: 279) oder John Dewey (vgl. Dewey 1930, In: Dreitzel 1967: 279) betont worden.

## 2.7 Die Rolle des Rechts-Links-Schemas

Wenn in den relevanten politischen Fragen der Konflikt ausbleibt, und wie oben beschrieben seit den letzten Jahrzehnten eine Änderung des Politischen an sich stattfindet, dann können auch die traditionellen Formen der politischen Positionierungen nicht mehr adäquat angewendet werden. De facto werden sie jedoch unverändert reproduziert und besitzen weiter eine starke soziale Wirkmächtigkeit.

Fuchs und Klingemann (1989) attestieren in einer empirischen Studie dem Rechts-Links-Schema noch eine ungebrochen große Bedeutung als notwendigen Mechanismus der Komplexitätsreduktion bzw. als „generalisiertes Kommunikationsmedium“. (Luhmann 1975) Es sei „nicht obsolet geworden, sondern bleibt ein funktionales Erfordernis in einer komplexen politischen Welt.“ (Fuchs/ Klingemann 1989: 484) Sie unterschieden dabei die Individualperspektive, in der dem Schema eine essenzielle Orientierungsfunktion zukommt, von der Systemperspektive, wo es vor allem eine Kommunikationsfunktion erfüllt. Das räumliche Schema muss, um als Kommunikationsmedium zu dienen, mit Bedeutungen versehen werden, welche bestimmte strukturelle Eigenschaften aufweisen sollten. (vgl. ebd.: 485)

In Anlehnung an Luhmann (1981) nennen sie die „symbolische Generalisierung“, „Limitation“ und „binäre Schematisierung“. Im Jahr 1989 gelangen Fuchs und Kingemann zu dem Ergebnis, „daß sich die theoretisch geforderten strukturellen Eigenschaften des semantischen Raumes von Links-Rechts auch empirisch auffinden lassen. Der semantische Raum von Links-Rechts setzt sich nach dieser Analyse aus einem begrenzten Repertoire von generalisierten Bedeutungselementen zusammen, die weitgehend binär codiert sind. Das Links-Rechts Schema erfüllt damit empirische Kriterien, um als ein generalisiertes Kommunikationsmedium bzw. als einen politischen Code einstufen zu können, das in komplexen politischen Systemen eine funktional bedeutsame Integrationsfunktion übernehmen kann.“ (Fuchs/ Kingemann 1989: 497)

Dabei ist anzumerken, dass diese Studie vor dem effektiven Einsetzen der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Umwälzungsprozesse seit dem Zusammenbruch des Realkommunismus und der Durchsetzung des beschriebenen neoliberalen Grundkonsenses durchgeführt wurde. Mit der Veränderung der politischen Rahmenbedingungen, musste sich auch eine Variation der politischen Orientierungs- und Wahrnehmungsmuster einstellen.

Daher scheint es fraglich, ob die Bedeutung des Rechts-Links-Schema aktuell immer noch die von Luhmann definierten strukturellen Eigenschaften aufweist um als Kommunikationsmedium auf Systemebene zu funktionieren.

Der ebenfalls von der Systemtheorie ausgehende Soziologe Armin Nassehi bestreitet auch die Sinnhaftigkeit des Schemas und anderer traditioneller politischer Positionsbestimmungen, da er die gegenwärtigen gesellschaftlichen Kontexte, als zu komplex für Unterscheidungsmuster dieser Art einschätzt. (vgl. Nassehi 2015) Die gewohnten Beschreibungschiffren treffen nicht mehr den Kern der politischen Antagonismen, da die veränderte soziale Komplexität und Perspektivendifferenzen durch sie ignoriert bzw. negiert werden. Die Begriffe „rechts“ und „links“ ergeben, laut Nassehi, nur als relative, aufeinander bezogene Positionsbestimmungen Sinn. (vgl. ebd.)

Eberhard Putsch benennt in seinem Buch „Der Links-Mitte-Rechtsunfug“ (1994) auch viele praktische Gründe, warum diese Einteilungen, speziell das Links-Mitte-Rechts-Schema, einer Revision unterzogen werden bzw. im politischen Diskurs vermieden werden soll und stattdessen die Bezugsgruppen und –personen zu konkretisieren sind. Für ihn sind diese Begrifflichkeiten „Chiffren“ die durch ein stillschweigendes Übereinkommen, nicht nach dem genaueren Bedeutungsgehalt zu fragen, wirksam sein können. (vgl. Putsch 1994: 9f.) Deren Vagheit und Unschärfe kann so zur Voraussetzung für manchen Konsens oder Dissens werden, da sie die Funktion einer Projektionsfläche für nahezu beliebige Inhalte einnehmen. Das Schema täuscht außerdem eine „irgendwie geartete Kontinuität vor“ (ebd.: 14), welche es laut Putsch nicht gibt, führt zu Fehlschlüssen und einer realitätsfernen Fixierung von Personen und Gruppen als „Linke“ oder „Rechte“.

Wenn diese Begrifflichkeiten nun eine besondere moralische Aufladung erfahren, so können sie auch zum Zwecke der Denunziation, Marginalisierung bis hin zur Kriminalisierung verwendet werden, wie an zahlreichen auch medial transportierten Beispielen festzustellen wäre. Die Positionsbegriffe im politischen Kontext stiften aufgrund ihrer Vagheit und/oder Falschheit „mehr Verwirrung als Einsicht und zerstören das Vertrauen in die Demokratie.“ (ebd.: 16)

Putsch versuchte eine inhaltliche Begründung des Schemas auch in verschiedenen Themenbereichen, wie Marktwirtschaft, Ökologie oder Stellung zur eigenen Nation, welche ebenfalls scheitert. Es bildet in keinem Bereich die Antagonismen adäquat ab. (vgl. ebd.: 19 ff.)

Auch die Einteilung in „Progressive“ und „Konservative“ ist nicht sinnvoll vereinbar mit der traditionellen Einteilung des politischen Spektrums, da, wie bereits oben bei Michels (1911) beschrieben jede Gruppierung, nachdem sie an Macht dazugewonnen hat, bestrebt ist diese zu behalten. „Wenn der Veränderungswille nicht konstant ist, sondern auf dem Polster der Macht erlahmt, verliert auch seine ursprüngliche Richtung jegliche Bedeutung.“ (Puntsch 1994: 29) Puntsch zieht nach inhaltlicher Prüfung des Schemas die Bilanz: „Das Links-Mitte-Rechts-Schema ist nicht zu begründen. Die Richtungsbegriffe lassen sich nicht in kontinuierstiftender Weise mit definierten Inhalten füllen.“ (ebd. 32) Der auf diesen „Schlüssel-Worthülsen“ gegründete Schein-Konsens führe bei den Bürgern zu drei unerwünschten Folgen: Misstrauen, Zorn und Gleichgültigkeit.

Versuche die Positionsbestimmungen mit zeitgemäßen Inhalten zu füllen, wie der von Peter Glotz (SPD) 1992 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (In: Puntsch 1994: 35 f.) scheitern laut Puntsch ebenfalls. Glotz definierte die Inhalte der Linken an folgenden Punkten: Begrenzung der Marktlogik, Förderung des Sozialstaates und bestimmter demokratischer Institutionen, die Gleichstellung von Frauen, Umweltschutz und Bekämpfung des Nationalismus. Derartige Definitionsversuche missglücken laut Puntsch völlig, da diese Charakteristika für die anderen demokratischen Parteien ebenso gelten. „Keiner will heute noch den Markt sich selbst überlassen; jeder akzeptiert den durch die Verfassung in Auftrag gegebenen Sozialstaat. Arbeitszeitverkürzungen, Gleichstellung der Frauen, Schutz der Umwelt, Abkehr vom Nationalismus – wer von den demokratischen Nichtlinken ist dagegen? Die Unterschiede sind bestenfalls quantitativ und insofern untauglich als Wesensmerkmale.“ (Puntsch 1994: 37)

Puntsch, selbst FDP-Politiker, meint, dass die Volksparteien sich deshalb für die Beibehaltung des Schemas einsetzen, da damit dem Wähler suggeriert werde, es gäbe nur zwei Alternativen (SPD und CDU), womit ein Zweiparteiensystem propagiert werden soll, in dem alle Parteien, welche sich schwerer einordnen lassen als Sekte oder überflüssig erscheinen. (vgl. ebd.) Nach der vorausgehenden theoretischen Auseinandersetzung scheint jedoch die These naheliegender, dass durch die Aufrechterhaltung des Schemas überhaupt die Existenz eines Konfliktes suggeriert werden soll, welcher wie oben beschrieben, in dieser Form nicht mehr stattfindet bzw. stattfinden kann.

## 1.8 Demokratie als Simulation

Auch für den französischen Philosophen Jacques Rancière ist der Konflikt ein essentielles Element der Politik. Politik wird in seiner Theorie gerade durch den Dissens erst konstituiert und verändert ihr Wesen, wenn der dieser Streithandel, der auf der ungleichen Verteilung von Macht und Gütern basiert, seine Substanz verliert. (vgl. Rancière 2010) Demokratie, was für Rancière weitgehend gleichbedeutend mit Politik ist, setzt dort an, wo die sog. „Anteillosen“ die etablierte Herrschaftslogik durchbrechen, indem sie sich ihrer Lage bzw. ihrer Nicht-Identität bewusst werden und die Legitimität der vorherrschenden Ordnung zu hinterfragen beginnen. (vgl. Rancière 2008: 11 ff.) Politik setzt also bei Rancière die Unterbrechung der Verteilungslogik voraus. Die Ordnung, welche also von Demokratie bzw. Politik gestört werden soll, nennt er „Polizei“: „Die Polizei ist in ihrem Wesen das im Allgemeinen unausgesprochene Gesetz, das den Anteil oder die Abwesenheit des Anteils der Teile bestimmt. [...] Die Polizei ist somit zuerst eine Ordnung der Körper, die die Aufteilung unter den Weisen des Machens, den Weisen des Seins und den Weisen des Sagens bestimmt, die dafür zuständig ist, dass diese Körper durch ihre Namen diesem Platz und jener Aufgabe zugewiesen sind; sie ist eine Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren, die dafür zuständig ist, dass diese Tätigkeit sichtbar ist und jene andere es nicht ist, dass dieses Wort als Rede verstanden wird, und jenes andere als Lärm.“ (Rancière 2002: 40f)

Postdemokratie ist bei Rancière der Zustand, in dem diese Ordnung nicht mehr angegriffen oder umstritten wird, d.h. die konsensuelle Demokratie. Um jedoch die konsolidierende Wirkung des Parteiensystems (siehe Kap. 2.2) aufrechtzuhalten, muss dennoch ein Konflikt zumindest inszeniert werden. Claude Lefort (1990) sieht diesen „Schaukampf“ noch als notwendiges Spektakel, um den Klassenkonflikt friedlich, auf symbolischer Ebene auszutragen und gleichzeitig zu verleugnen, d.h. Einheit zu demonstrieren; auch wenn letztendlich nur zwischen unterschiedlichen Akteuren „einer politischen Oligarchie“ (Lefort/Gauchet 1990: 107) gewählt werden kann, und somit eine wirkliche Repräsentation nicht wahrscheinlich ist. Das Phänomen der „Hyperinszenierung“ des politischen Prozesses, welches bedingt ist durch die beschriebenen postpolitischen Verhältnisse, in denen die Inszenierung den Inhalt ersetzt, was wiederum die Konsolidierungsfunktion untergräbt und somit in ihren Folgen die Demokratie gefährdet, wurde von Lefort jedoch weniger beachtet. Dies könnte damit zusammenhängen, dass diese Entwicklung zur Schaffenszeit Leforts noch zu wenig Rezeption im wissenschaftlichen Feld fand.

In ihrer grundsätzlichen Tendenz wurde sie besonders früh von Kunstschaffenden, so z.B. Guy Debord erkannt: „Das ganze Leben der Gesellschaften, in welchen die modernen Produktionsbedingungen herrschen, erscheint als eine ungeheure Ansammlung von Spektakeln. Alles, was unmittelbar erlebt wurde, ist in eine Vorstellung entwichen.“ (Debord 1996: 13) Diese Gesellschaftsdiagnose fand sich jedoch auch bald im wissenschaftlichen Diskurs wieder. So beschreibt Thomas Meyer (1998) die zeitgenössische Politik als Theater, welches, um wirken zu können, seine Künstlichkeit verschleiern muss und Andreas Dörner (2001) kritisiert in seinem Buch „Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft“, dass die überhandnehmende politische Inszenierung den authentischen Streithandel zunehmend verdrängt, während relevante Entscheidungen abseits des Rampenlichtes, d.h. im demokratisch nicht legitimierten Raum getroffen werden. „Während demnach einem Massenpublikum auf der Vorderbühne durch Kommunikationsprofis eine Show der guten Politik geboten wird, machen die Eliten hinter den Kulissen, also im Reich der Realpolitik, in Ruhe ihre interessensgeleiteten Tauschgeschäfte und Kuhhändler aus.“ (Dörner 2001: 69)

Demokratie bzw. Politik verliert also immer mehr seine Substanz während Realpolitik technokratisch und ohne Partizipation des eigentlichen Souveräns, abseits der medialen Aufmerksamkeit vonstattengeht, was ebenfalls die Diagnose des Wandels des Politischen an sich bestätigt. Das Verfahren bzw. die Inszenierung ersetzt zunehmend den Inhalt. „Jedoch können ästhetische Bedingungen für weitere Verbreitung und gespannte Aufmerksamkeit nicht selbst die Botschaft sein, es sei denn, man ersetzt Politik durch schlechtes Theater. Theater nämlich, das in selbstverliebten Fingerübungen mit virtuosen Inszenierungsmitteln spielt und dabei die Welt aus dem Auge verliert, die sie spiegeln wollte; Theater in denen viele aus Leibeskräften inszenieren, aber kein Stück erkennbar ist, das gegeben wird, Theater zudem, das sich als Wirklichkeit präsentiert, eben Theater in der Rolle von Politik, Also-ob-Politik.“ (Meyer 1998:10)

Diese Manifestationen der postpolitischen Praxis, zu denen auch Phänomene wie die Personalisierung der Politik zählen, lassen sich in aktuellen Wahlkämpfen, so wie medial übertragenen Diskussionen jederzeit beobachten. Die Folgen sind sowohl eine inhaltliche Aushöhlung des Diskurses, als auch demokratiepolitische Problemstellungen, welche sich aus dem Ausschluss des Souveräns von relevanten Entscheidungsfindungsprozessen ergeben.

## 2.9 Der maskierende Effekt des ideologischen Diskurses

Wenn aber, wie in der bisherigen theoretischen Auseinandersetzung beschrieben, politische Konflikte in dieser Form nicht mehr stattfinden und der Wettstreit der Ideologien und damit der Parteien der postpolitischen Praxis gewichen ist, warum werden weiterhin traditionelle Begrifflichkeiten der Positionsbestimmungen als politische Codes mit hoher sozialer Wirkmächtigkeit verwendet? Ein Erklärungsmodell für dieses widersprüchliche Phänomen lieferte der deutsche Soziologe Helmut Schelsky in seinem 1975 erschienen Werk mit dem polemischen Titel „Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen.“

Darin argumentiert er, unter dem Eindruck der Studentenproteste von 1968, dass es sich bei den Diskussionen um ideologische Fragen, eigentlich um Kämpfe zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen handle. Die Konflikte auf dem Gebiet ideenhafter Argumentation stellen für ihn nur Ablenkung und Tarnung dar, welche eingesetzt werden, um die Herrschaft der „ideologisierenden Klasse“ zu befördern. (vgl. Schelsky 1975: 12 f.) Wer sich selbst einer ideologischen Auseinandersetzung auf dieser Ebene unterwirft, begibt sich bereits auf das Feld der „Intellektuellenproteste“, wo die möglichen Themen und Fragestellungen bereits einen Teil der Herrschaftsausübung darstellen. „Wir begreifen demgegenüber diese Spannungen und Auseinandersetzungen vor allem als einen *Kampf von Herrschaftsgruppen um die soziale Macht* und als einen *Kampf von sozialen Klassen neuer Art*, also als eine politisch-soziale Auseinandersetzung, in der Ideologien und Ideologiekritik nur vordergründige und veränderbare Erscheinungen, also auch strategisch einsetzbare Kampfmittel, darstellen.“ (ebd.: 13)

Schelsky zieht einen Analogieschluss des von ihm behaupteten Klassenkonfliktes der produzierenden Klasse mit den „Sinnproduzenten“ und dem historischen Konflikt zwischen weltlicher und geistlicher Macht. Es geht um den „*uralten Widerstreit von weltlicher und geistlicher Herrschaft in einem modernen Gewande*. Es wird sich zeigen, daß die sozialen Strukturen sowie die Handlungs- und Denkformen einer neuen Herrschaftsgruppe bis ins einzelne – man ist versucht zu sagen: in geradezu lächerlicher Ähnlichkeit – den Herrschafts- und Handlungsformen des Klerus in früheren Zeiten entsprechen und daß eine Soziologie, Psychologie und Wissenstheorie der Klerikerherrschaft die aufschlußreichsten Kategorien zum Verständnis der modernen Intellektuellenherrschaft bieten“ (ebd.)

Der oben beschriebene „cleavage“ zwischen Staat und Kirche, der auf dem i-Pol des Schemas von Lipset und Rokkan (1990) anzusiedeln ist, scheint also in säkularisierter Form weiter zu bestehen. Der alte Klassengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern tritt zunehmend zurück, während der neue Klassenkampf, den Schelsky auf die Formel „Sinn- und Heilsvermittler gegen Produzenten von lebenswichtigen Gütern“ bringt, immer mehr zu tragen kommt, obwohl er vor allem von marxistisch inspirierten Schematisierungen bewusst oder unbewusst vernachlässigt wird. Diese neue Klasse der „Sinn-Vermittler“ und „Heilslehrer“ konnte sich aufgrund der wachsenden Bedeutung von Informationsvermittlung in allen Bereichen herausbilden und wirkt nun nicht mehr als „freischwebende Intelligenz“, sondern versucht durch Monopolisierung dieser Produktionsmittel einen neuen Herrschaftsanspruch durchzusetzen. (vgl. Schelsky 1975)

Der neuen Herrschaftsgruppe gelingt es auch zu verhindern, dass ihr Streben nach Macht und Einfluss als neuer Klassenkampf erkannt wird, da der Bereich ihrer Herrschaftsausübung Gebiete wie Bildung und Öffentlichkeit umfasst, welche auf die Beeinflussung des Bewusstseins der Gegner so wie der Mitläufer zielt. „Aus diesem Grunde hat diese neue Herrschaftsgruppe ein Interesse daran, die Fronten des „alten Klassenkampfes“ ideologisch in einer Härte aufrecht zu erhalten, die den Interessen der arbeitenden Schichten unserer Gesellschaft in keiner Weise mehr entspricht.“ (ebd.: 14) Schelsky konstatiert also, dass ein politischer Konflikt nach historischem Muster, von einer die öffentliche Meinung kontrollierenden Klasse simuliert wird, um von den tatsächlichen, sich nunmehr verschobenen Klassengegensätzen abzulenken. Ein neuer „cleavage“ (vgl. Lipset/Rokkan 1990) sei entstanden, der sich aufgrund dieser Täuschungsmanöver, bzw. dem künstlichen Festhalten an den alten Formen der politischen Positionierung, nicht entsprechend im politischen Diskurs niederschlägt.

Auch der Philosoph Hermann Lübbe sieht in den erwähnten gesellschaftlichen Bereichen die Entfaltung einer Gesinnungsethik und einer „Kultur der Gegenaufklärung“ (vgl. Lübbe 1980), obwohl die Akteure dieser Klasse sich als die natürlichen Erben der europäischen Aufklärung verstehen. „Universitäten und Redaktionsstuben wurden zu Zentren politischer Heilsgewissheit, wirklichkeitsüberlegener Besserwisserei, penetrantem Moralismus und eifernder Intoleranz.“ (ebd.: 13)

Da die Studentenproteste von 1968, unter deren Eindruck Schelskys Analyse entstand, sich größtenteils explizit als marxistisch verstanden, identifiziert er die „Klasse der Heils- und Sinnvermittler“ mit dem linksliberalen Bildungsbürgertum, das seit dieser Zeit gerade in den oben angeführten Bereichen enorm an Einfluss gewonnen hat. Das politische Selbstverständnis dieser Klasse sieht er als Maskierung ihres Herrschaftsanspruches, um sich zumindest vorläufig die Zustimmung der alten Kernschichten der Linken - die Arbeiter - zu sichern. „Auf die Gegner wirkt diese ideologische Selbstdeutung ablenkend, was sich nicht zuletzt heute schon darin zeigt, daß man das Emporkommen einer neuen Herrschaftsklasse verkennt und auf eine von ihr selbst inszenierte ideologische Auseinandersetzung von „Links“ und „Rechts“, von „Sozialisten“ und „Kapitalisten“, von „Radikalen“ und „Gemäßigten“ im Sinne des 19. Jahrhunderts eingeht.“ (Schelsky 1975: 14)

## **2.10 Politik in Nullposition: Die Erübrigung des Inhalts**

Schelsky liefert hiermit einen Erklärungsansatz für die ungebrochene soziale Wirkmächtigkeit der alten politischen Positionsbestimmungen, trotz vollkommen veränderter sozialer, politischer und kultureller Umstände. Wie der Herrschaftsanspruch des „intellektuellen Klerus“ auf sprachlicher Ebene maskiert und somit konserviert wird, beschreibt der bereits erwähnte Medien- und Kulturwissenschaftler Frank Böckelmann in seinem Werk „Jargon der Weltoffenheit“ (2014). Seit den Studentenprotesten von 1968 seien wir einer vierzigjährigen „volkspädagogischen Sprachwäsche“ und einem „Daueraufenthalt in den Diskursen der „Selbstbestimmung“, der „Emanzipation“, der „Chancengleichheit“, der „Toleranz“, der „Vielfalt“ und „Grenzüberschreitung“ (Böckelmann 2014: 93) ausgesetzt worden.

Dieser Jargon hat jedoch nichts mehr mit den historischen Bedeutungsgehalten, aus welchen er sich entwickelt hat, oder an welchen er zumindest anknüpfen will, zu tun, sondern erübrigt vielmehr in der Diskurspraxis alle Inhalte, da diese Begriffe als Anfangs- und Endpunkt jeder politischen Diskussion, bereits zur Selbstverständlichkeit geworden sind. Sie werden uns zugleich als Mindestbedingung und als Endziel von Verständigung und rationalem Handeln vorgehalten. (vgl. ebd.) „Sie sind Platitüden und die Platzhalter der Ethik. Per definitionem ist es mutig, Toleranz zu fordern, obwohl und weil fast alle das gleiche tun. Sie sind das Erstrebenswerte, und sie moderieren den Streit darüber, was erstrebenswert sei.

Wer dies bezweifelt oder verunglimpft, macht sich zum Paria.“ (ebd.: 67) Das Aufbegehren gegen die „kulturellen Vakuumpumpen“ wird als „rechts“ denunziert und als Wiederkehr des „altbösen Feindes“ (Reaktion, Faschismus, Sexismus, Rassismus etc.) gedeutet, was eine neue Form der „polizeiliche“ Ordnung im Sinne Rancières (2002) auf Diskursebene darstellt. Das Etikett „links“ wird laut Böckelmann als „gefälliges humanitäres Gütesiegel verramscht“, das jedem frei zur Verfügung steht.

Dies sei, so Böckelmann, ein Produkt der „Anpassung des menschlichen Denkens und Strebens an die Eigenbewegung der Märkte und Börsen“. (ebd.: 64) In diesem Prozess hin zur „offenen“ Gesellschaft, wird die Emanzipation stets von der Gleichschaltung sekundiert, da das gemeinsame Vorverständnis bzw. das Verfahren den Gehalt ersetzt. Die erwähnten Begrifflichkeiten sind weder Grundwerte noch Leitideen, und sind in ihrem Zusammenhang auch nicht als Ideologie zu deuten, da sie keinerlei Vorstellung von der Wirklichkeit vermitteln. „Vielmehr ersetzen sie die Wirklichkeit durch eine Anleitung, wie sie sein sollte.“ (ebd.: 68) Die Sinnstümmel „selbst“, „gleich“, „frei“, „offen“ und „viel“ vereinen maximale Überzeugungskraft mit maximaler Unverbindlichkeit, womit der Emanzipierte zur Offenheit für ein Selbstsein aus dem Katalog befähigt und zugleich in dieser Offenheit festgehalten wird. Diesen permanenten Zustand des Aufschubs, um jegliche Bindungen zu vermeiden und „Flexibilität“ – d.h. Marktkonformität - zu bewahren, auf individueller, als auch auf gesellschaftlicher Ebene bezeichnet Böckelmann als „Nullposition“ (vgl. Böckelmann 2014: 73 ff.)

Auch Schelsky betont, dass die Haltung des „intellektuellen Klerus“ nicht als Ideologie zu begreifen ist, sondern als „ein das ganze Verhalten des Menschen bestimmendes Grundverhältnis zur Wirklichkeit verstehen, das nicht anders als „religiös“ genannt werden kann.“ (Schelsky 1975: 15) So wie der Liberalismus, laut Dugin (2013) zur Selbstverständlichkeit transzendierte und alle übrigen Ideologien aus dem Bereich des Zeitgemäßen bzw. Realistischen verdrängte, so erübrigen seine Begrifflichkeiten jeden wirklichen Gehalt. Vertrat die von Schelsky und Böckelmann beschriebene Schicht der Intellektuellen von 1968 noch vergleichsweise traditionell marxistische Inhalte, so haben sich diese stark an klassische liberale Forderungen angepasst, sich des intoleranten Antikapitalismus entledigt und lediglich die Rhetorik der Entgrenzung beibehalten. Es formierte sich zumindest auf der Ebene des Diskurses eine „entente cordiale zwischen dem Liberalismus und dem Sozialismus“ (Sloterjijk 2015: 24)

Die „realistische Kehre“ (vgl. Mohler 2005), welche die Liberalen zur Zeit der Formationsphase der Parteien vollzogen und sich damit den Konservativen annäherten, führten nach dem Zusammenbruch des Kommunismus auch die Sozialisten in die Richtung der Liberalen durch. Übrig blieb vor allem die erwähnte Entgrenzungsrethorik, welche sie mit den Liberalen gemeinsam haben, während klassisch marxistische bzw. linke Inhalte höchstens noch gemäßigt und partiell vertreten werden. (vgl. Mouffe 2011) Die unter anderem von Crouch (2008) und Mouffe (2011) postulierten postdemokratischen Verhältnisse schlagen sich also offensichtlich in der politischen Diskurspraxis nieder, was auch auf dieser Ebene vermehrt zu Legitimationsproblemen (vgl. Habermas 1973) führt.

Auch die übermäßige moralische Aufladung vieler politischer Themengebiete, vor allem wenn diese massenmedial transportiert werden (vgl. Bourdieu 1998), behindert die sachliche Auseinandersetzung und verhindert weitgehend die Möglichkeit oppositionelle Haltungen zu den politischen „Selbstverständlichkeiten“ einzunehmen. Auch wenn formal in Österreich weitgehende Meinungsfreiheit herrscht, kommen unter den aktuellen Umständen sozialpsychologische Phänomene wie die „Schweigespирale“ (vgl. Noelle-Neumann 1980) oder „Gruppenpolarisierung“ (vgl. Moscovici/ Zavalloni 1969) zu tragen. So fallen immer mehr Positionen außerhalb des öffentlich akzeptierten Spektrums und werden mit Etiketten versehen, welche eine weitere Auseinandersetzung mit diesen Positionen vermeintlich überflüssig machen. Das öffentlich akzeptierte Spektrum an Meinungen, lässt sich beispielsweise mit dem vom amerikanischen Soziologen Joseph P. Overton entwickelten Konzept des „Overton Window“ figurativ darstellen. (vgl. Russel 2006)

Die Ebene der politischen Diskussion verschiebt sich in Fällen, wo dieses „Fenster“ verlassen wird, von der sachlichen Debatte zur persönlichen Denunzierung (siehe S.12 zum Begriff des „Tugendterrors“). Neue gesellschaftliche Konfliktlinien können sich nicht mehr in dem, wie oben beschrieben, künstlich aufrecht erhaltenen politischen Spektrum abbilden, und Personen und Gruppierungen fühlen sich nicht durch die traditionellen Parteien vertreten. Ein eingegrenzter Diskurs und eine eingeschränkte Möglichkeit sich zu positionieren, führen zur vielgenannten Politikverdrossenheit oder zur Hinwendung zu extremistischen Parteien. Wenn das Spektrum der einnehmbaren politischen Positionen durch die oben dargelegten Mechanismen derart eingegrenzt wird, und der politische Diskurs damit zusammenhängend auf das Niveau von „Sprachspielen“ verflacht, wird dem demokratischen System fortschreitend die Legitimität entzogen.

## 2.11 Zielsetzung und Fragestellungen

Anschließend an die theoretische Annäherung an die Thematik, in der die Mechanismen der politischen Positionierung und deren Rahmenbedingungen erörtert wurden, sollen die Leitfragen der vorliegenden Arbeit definiert werden. Aufgrund der Beschaffenheit des erhobenen Datenmaterials orientieren sich die forschungsleitenden Fragestellungen nicht an hypothesenprüfenden Verfahren, die Kausalzusammenhänge offenlegen und einen Anspruch auf Generalisierbarkeit der Ergebnisse erheben, sondern am qualitativen Paradigma des Verstehens, um die Reproduktion der sozialen Wirklichkeit der Befragten nachzuvollziehen. Es soll untersucht werden, welche Bedeutung politische Positionierung in den Relevanzsystemen der befragten Repräsentanten aufweist, wie Eigen- und Fremdpositionierung vorgenommen werden und ob sich die Befragten, mit Hinblick auf ihre Parteizugehörigkeit und politische Sozialisation, in dieser Hinsicht unterscheiden. Zum Zwecke der Kontrastierung der Einzelfälle wurden Befragte mit jeweils anderer Parteizugehörigkeit ausgewählt.

Da die zur Verfügung stehenden Interviews nicht vorrangig zur Verwendung für diese qualitative Untersuchung durchgeführt wurden, sind diese auch nicht ausschließlich auf die zu behandelnde Thematik fokussiert und beinhalten auch andere inhaltliche Schwerpunkte. Dies stellt jedoch keinen Nachteil für die hier verwendete Form der Analyse dar, da in den offenen Gesprächen den Interviewten die Gelegenheit gegeben wird, eine Positionierung bzw. Erörterung verschiedenster Themengebiete auf die von ihnen präferierte Art und Weise durchzuführen. Ob nun das klassische Rechts-Links-Schema oder andere Formen der politischen Verortung dabei Verwendung finden, gibt schließlich Auskunft über dessen Bedeutung im Relevanzsystem der Befragten.

Zur Umsetzung der Analyse wurde die Methode der objektiven Hermeneutik herangezogen, welche es erlaubt, im Prozess der Interpretation schrittweise vom konkreten Datenmaterial zu abstrahieren, um die latenten, objektiven Faktoren hinter den Aussagen der Befragten offen zu legen.

Ausgehend von der theoretischen Auseinandersetzung mit der relevanten Literatur und unter Berücksichtigung der Art des Datenmaterials, werden für die vorliegende Untersuchung folgende Leit- und Subfragen aufgestellt:

**1. Wie manifestieren sich politische Profile in den Interaktionstexten?**

**2. In welcher Form schlagen sich die beschriebenen Rahmenbedingungen in den latenten Strukturmerkmalen nieder?**

Subfragen:

2.1 Haben Entwicklungen, wie die beschriebene „Entpolitisierung der Politik“ Einfluss auf den politischen Diskurs in Österreich

**3. Wie werden politische Positionierungen von den Befragten vorgenommen?**

Subfragen:

3.1 Finden klassische Formen der Positionierung, wie das Rechts-Links-Schema dabei Anwendung?

3.2 In welchen Zusammenhängen werden sie verwendet?

3.3 Wie positionieren sich die Befragten selbst?

**4. In welchen Dimensionen unterscheiden sich die Aussagen der Befragten?**

Subfragen:

4.1 Unterscheiden sie sich entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit?

4.2 Welche politischen Grundsätze und Werte sind für die Befragten ausschlaggebend?

Anhand dieser Fragestellungen lassen sich die Befragten verorten und in diesem Rahmen Rückschlüsse auf objektive Strukturen, wie die Verfasstheit des politischen Diskurses in Österreich ziehen. Es soll an den vorliegenden Einzelfällen untersucht werden in welcher Form politische Profile unter den oben beschriebenen Bedingungen herausgebildet werden können, und wie diese sich in der Interaktion manifestieren.

## **3. Methodisches Design**

### **3.1 Erhebung**

Für die vorliegende Arbeit wurden vier von Psychologen durchgeführte, offene, explorative Tiefeninterviews, bestehend aus Anamnese und Exploration, als Grundlage der empirischen Analyse verwendet. Als Interviewpartner wurden zum Zwecke der Kontrastierung Repräsentanten jeweils unterschiedlicher österreichischer Parlamentsparteien ausgewählt. Die ausgewählten Politiker nehmen alle einen relativ hohen Status in den jeweiligen Parteihierarchien ein und weisen langjährige Erfahrung im Bereich der politischen Tätigkeit auf. Es kann deshalb von einer ausreichenden Inkorporierung der parteispezifischen Wertbilder ausgegangen werden, was für eine adäquate exemplarische Abbildung des parteipolitischen Spektrums relevant ist. Die ausgewählten Interviewpartner können als Fallbeispiele einerseits für ihre ideologie- und parteispezifische Sozialisation und andererseits für den Status als politische Subjekte unter den oben beschriebenen (Ideologie-verwerfenden bzw. -einengenden) Verhältnissen gesehen werden, was zu, für die Analyse interessanten, Spannungsfeldern führen kann.

#### **3.1.1 Feldzugang**

Der Zugang zu den Interviewpartnern wurde durch die berufliche Tätigkeit des Autors in einem sozialwissenschaftlich ausgerichteten Unternehmen, welches Interviews dieser Art bereits mit mehreren Persönlichkeiten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen durchgeführt hat, ermöglicht. Die audiovisuell aufgezeichneten Interviews waren bereits vor der Konzeption der vorliegenden Arbeit vorhanden, wurden jedoch nie in dieser Form wissenschaftlich ausgewertet. Die Kontaktaufnahme erfolgte über elektronisch zugesendete Interview-Anfragen und anschließende telefonische Absprachen mit den Repräsentanten selbst, oder mit deren zuständigen Mitarbeitern. Die ausgewählten Interviews wurden alle in Räumlichkeiten durchgeführt, welche von den Politikern zur Verfügung gestellt wurden.

### 3.1.2 Das Tiefeninterview

Die spezielle Form, in welcher die Gespräche mit den Repräsentanten der Parlamentsparteien durchgeführt wurden, ist die des Tiefeninterviews. Dabei geht es um die Erfassung von Bedeutungsstrukturen, die den interviewten Personen in der Regel selbst nicht bekannt sind. Inspiriert wurde das Verfahren von der Psychoanalyse und stellt eine sehr offene Form der Interviewführung dar. (vgl. Lamnek 2005) Durch dessen Anwendung sollen unbewusste Motive und Einstellungen der Befragten offen gelegt werden, was durch stärker standardisierte Methoden der Befragung nur schwer möglich ist. Gemäß seiner psychoanalytischen Wurzeln hat das Tiefeninterview einen stark explorativen Charakter und findet sowohl in der Psychotherapie als auch in der Sozial- und Marktforschung Anwendung. (vgl. ebd.)

Der Begriff des Tiefeninterviews wurde in den 1940er Jahren in den USA geprägt. Es zielt speziell auf die Aufdeckung von Motivstrukturen und unbewusste, durch stärker standardisierte Befragungen nicht erfassbare, Sinnzusammenhänge. (vgl. Düll 2009) „Die zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebenen Antworten der Befragte sind nicht einfach Produkte einer unabänderlichen Auffassung, Meinung oder Verhaltensweise, sondern sie sind prozeßhaft generierte Ausschnitte der Konstruktion und Reproduktion von sozialer Realität.“ (Lamnek 1995: 62) Um diese soziale Realität, „hinter“ den Aussagen der Befragten erfassen zu können, wird der Ablauf des Interviews dabei den Interviewten angepasst, wobei dem Interviewer eine eher passive Rolle zukommt und er lediglich für das zur Sprache bringen der relevanten Themen zuständig ist. (vgl. Banaka 1971) Sowohl bei der Erhebung, als auch bei der Auswertung sollen folgende zentrale Regeln beachtet werden: (vgl. Lamnek 1995: 64; In: Schwarz 2000: 222)

- Offenheit
- Flexibilität
- Priorität der Relevanzsysteme der Betroffenen
- Reflexivität von Gegenstand und Analyse
- Annäherung an die Form des Alltagsgespräches
- Kommunikativität
- Prozeßhaftigkeit
- Datenbasierende Theorie
- Explikation

Der Interviewer soll lediglich mittels des erzählgenerierenden Stimulus die Interaktion auf das Themengebiet einschränken, welches im Zentrum des Forschungsinteresses liegt. Damit sich das Relevanzsystem des Interviewten im Gespräch manifestieren kann, soll dem Interviewten soll dabei die Möglichkeit gegeben werden, möglichst offen zu Antworten. Das Tiefeninterview wird als non-direktives Verfahren charakterisiert. (vgl. Das psychologische Tiefeninterview in der Markt- und Medienforschung, Monheimer Institut 2000)

Diese Form des qualitativen Interviews unterscheidet sich gravierend von quantitativen Formen der Befragung, da die Rolle des Subjekts darin eine vollkommen andere ist. „Im Tiefeninterview wird die Interviewperson als Individuum, das in eine historische und kulturelle Struktur eingebettet und Teil davon ist, betrachtet. Im quantitativen Interview ist sie eine Variablenkonstruktion in bestimmter Ausprägung.“ (Schwarz 2000: 225)

### **3.1.3 Datenmaterial**

Für die vorliegende Analyse wurden verschiedene Repräsentanten österreichischer Parlamentsparteien als Interviewpartner ausgewählt:

- **Befragter 1 (Freiheitliche Partei Österreichs)**  
Zur Zeit des Interviews führte der Befragte Leitungstätigkeiten im Österreichischen Nationalrat, sowie der FPÖ aus und betätigte sich als Publizist.
- **Befragter 2 (Österreichische Volkspartei)**  
Der Befragte bekleidete Führungsfunktionen in der ÖVP, im Österreichischen Nationalrat und zur Zeit des Interviews in der Seniorenorganisation der ÖVP.
- **Befragter 3 (Sozialdemokratische Partei Österreichs)**  
Der Befragte ist Abgeordneter zum Wiener Landtag, Gemeinderat und hat Führungspositionen in der SPÖ, sowie in der „Kammer für Arbeiter und Angestellte“ (Arbeiterkammer) und im Österreichischen Gewerkschaftsbund inne.
- **Befragter 4 (NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum)**  
Der Befragte war entscheidend an der Gründung der Partei beteiligt und übt nun eine exponierte Leitungsfunktion aus. Vorher war er Mitglied einer Vorfeldorganisation der ÖVP.

Drei der Interviews wurden im Frühjahr 2014 durchgeführt und eines (Befragter 2) im Juni 2012. Die Interviews wurden audiovisuell aufgezeichnet und im Rahmen dieser Masterarbeit für die qualitative Analyse nach den Richtlinien von Froschauer und Lueger (2003) transkribiert.

## **3.2 Auswertung**

### **3.2.1 Die objektive Hermeneutik**

Zur Auswertung des erhobenen Datenmaterials wird die interpretative Methode der objektiven Hermeneutik angewendet. Der Begriff „objektive Hermeneutik“ bezeichnet ein methodologisches und theoretisches Konzept, das im Wesentlichen vom deutschen Soziologen Ulrich Oevermann geprägt wurde. (vgl. Reichertz 1991) Im Zentrum des Verfahrens, oft auch als „strukturelle Hermeneutik“ bezeichnet, steht die „Rekonstruktion der objektiven Bedeutungsstrukturen von Texten“ (ebd.: 223), bzw. in diesem Fall speziell von Interview-Transkriptionen. Eine Grundannahme dieses Verfahrens ist, dass sich in solchen Interaktionstexten, die laut Oevermann das verschriftlichte Protokoll einer realen symbolisch vermittelten Interaktion darstellen, latente Sinnstrukturen objektivieren. (vgl. Reichertz 1986) „Durch diese Objektivierung wird es möglich, von Bedeutungszusammenhängen auf objektive soziale Strukturen zu schließen. Die objektiven sozialen Strukturen existieren unabhängig von den handelnden Subjekten, denen sie meist nicht einmal bewußt sind.“ (ebd.: 155)

Der Zugriff auf die soziale Lebenswelt vollzieht sich also über den Umweg des Textes bzw. des Protokolls. Die objektive Hermeneutik misst sich am Kriterium der intersubjektiven Überprüfbarkeit und erhebt somit den Anspruch eine Wirklichkeitswissenschaft zu sein. (vgl. Wernet 2009) Während anfangs nicht ein objektives, gültiges Verfahren zur Aufdeckung von Wirklichkeit, sondern die Rekonstruktion von objektiven Bedeutungsstrukturen von Texten im Zentrum stand, zielen vor allem neuere Arbeiten auf die Produktion objektiver Ergebnisse durch die strikte Anwendung der „hermeneutischen Kunstlehre“. (vgl. Reichertz 1991) „Eine objektive Rekonstruktion von Strukturen wird verstanden als Grenzwert, den man dann erreicht, wenn man nicht davon abläßt, die kanonischen Vorschriften der objektiven Hermeneutik anzuwenden.“ (ebd.: 224)

Die objektive Hermeneutik konzentriert sich also nicht auf die interagierenden Subjekte, oder den von diesen intendierten Sinn der Äußerungen, sondern auf die latenten, objektiven Strukturen hinter den individuellen Sinnäußerungen, welche unabhängig von den handelnden Subjekten existieren und diesen meist nicht einmal bewusst sind.

„Wir betrachten Persönlichkeitsstrukturen als Niederschläge sozialer Strukturen und nichts anderes. Die Soziologie fängt erst da an, wo sie im Prinzip ohne ein Subjekt auskommen kann, bzw. wo sie ausschließlich einen Subjektbegriff anwendet als ein Derivat sozialer Konstituierungsprozesse" (Oevermann 1984: 64, zit. nach Reichertz 1988)

Der Begriff der „latenten Sinnstruktur“ stellt ein Kernelement der objektiven Hermeneutik dar. Die latente Sinnstruktur birgt in sich ein Potential von Lesarten, welche im Interpretationsprozess offen gelegt werden, doch besitzt sie als Struktur „eine einheitliche und zeitlose Bedeutung.“ (Reichertz 1986: 155) Ohne Interaktionstext, in welchen die latente Sinnstruktur eingelassen ist, kann diese nicht erfasst werden. In der alltäglichen Kommunikation wird sie gewöhnlich nur sehr eingeschränkt wahrgenommen, doch deren vollständige, bewusste Realisierung ist nicht prinzipiell unmöglich. „Die vollständige Koinzidenz von latenter Sinnstruktur und subjektiv-intentionaler Repräsentanz ist prinzipiell möglich, aber sie stellt den idealen Grenzfall der vollständig aufgeklärten Kommunikation dar.“ (Oevermann 1975: 2) Als Teil eines kollektiven Unterbewusstseins erhielten sie ihre Gestalt im Prozess der Gattungsentwicklung und treiben die Handelnden zu ihrem Tun. (vgl. ebd.: 4) Sie stellen eine Realität eigener Art dar, „unabhängig davon, ob sie von den an der Interaktion beteiligten Subjekten intentional „realisiert“ wurde oder nicht.“ (ebd.: 5)

Die objektive soziale Realität liegt also hinter den subjektiven Repräsentanzen, die, als historisch-zeitgebundene Akte stets nur einen Teil dieser aufdecken. Die Wahrnehmung der objektiven Bedeutung wird vom „Zeitgeist“ systematisch verzerrt, sowohl bei den Interagierenden selbst, als auch beim objektiven Hermeneuten. „Die hermeneutisch-methodisch angeleitete Rekonstruktion der latenten Sinnstrukturen unterscheidet sich als zeitgebundener Akt prinzipiell nicht vom antizipierenden und dekodierenden Akt der Realisierung von Sinn aufseiten der Handelnden selbst. Sie unterliegt wie dieser den Restriktionen des Zeitgeistes (...).“ (ebd.: 6)

Der objektive Hermeneut hat jedoch gegenüber den Interagierenden den Vorteil der Distanz, einerseits durch die Einführung von Theorien und andererseits, da er nicht unter den unmittelbaren Handlungsdruck der Interaktionssituation steht. (vgl. Reichertz 1986: 156) Die objektive Hermeneutik garantiert, laut Reichertz (1986), zwar eine größere Erkenntnismöglichkeit, jedoch keine absolute, da jede objektiv hermeneutische Interpretation entwicklungssoffen ist.

Zentral für die objektive Hermeneutik ist der Strukturbegriff. Reichertz (1988) spricht in diesem Zusammenhang von einer „Metaphysik der Strukturen“ im Konzept Oevermanns. Strukturen generell sind in der objektiven Hermeneutik keine Rekonstruktionen oder Modelle, sondern bilden eine „Realität sui generis“, als das Dritte zwischen Natur und Kultur. (vgl. Reichertz 1991) Vor allem universale Strukturen, welche ahistorisch und invariant den Handlungsraum aller Menschen eröffnen und begrenzen, reproduzieren sich hauptsächlich identisch. Historische Strukturen mit geringerer oder größerer Reichweite transformieren sich hingegen auch, wobei auch die Transformationsprozesse von übergeordneten Strukturen gelenkt werden. (vgl. ebd.) Unter ersteren versteht Oevermann „gruppen- oder subjektspezifische Deutungs- und Interaktionsmuster“ (ebd.: 224 f.) welche sich leichter transformieren. Zu den historischen Strukturen mit größerer Reichweite zählen „große Weltdeutungen“ oder „der Zeitgeist einer Epoche“, also vergleichsweise stabile Deutungsmuster, welche sich eher selten, in sog. „Sattelzeiten“ transformieren. (vgl. ebd.) Genau jene Strukturen stehen auch im Zentrum der vorliegenden Arbeit.

Der Anwender der objektiven Hermeneutik will mittels einer bestimmten Kunstlehre jene Strukturen rekonstruieren, auf die das jeweilige Forschungsinteresse abzielt. Diese Rekonstruktion gilt dann als erfolgreich, „wenn mindestens eine Phase ihrer Reproduktion vollständig rekonstruiert und expliziert worden ist.“ (Oevermann 1981: 8) Das heißt, wenn die Gesetzmäßigkeiten der spezifischen Strukturreproduktion oder –transformation erfasst werden können, hat das Verfahren sein Endziel erreicht (vgl. ebd.) Manifest werden die Strukturen durch die den Subjekten inhärenten Handlungskompetenzen, welche offene und geschlossene Programme zur Durchführung regelgeleiteten Handelns darstellen. (vgl. Reichertz 1991: 225)

Das interagierende Subjekt kann das Wirken der Strukturen, also seine Antriebsbasis, nur realisieren, wenn es sich seinem Handeln reflexiv zuwendet und sich „durch den bloßen Schein seiner Intentionen zur objektiven Bedeutung seiner Handlungen durcharbeitet.“ (ebd.) Wäre es sich vollkommen über seine eigenen Handlungsbedeutungen bewusst, würde es einen Grenzfall der Aufklärung darstellen. (vgl. ebd.)

Das Verfahren der objektiven Hermeneutik wird zusammengefasst so durchgeführt, dass ein Interaktionstext sequentiell, „Kommunikationsakt für Kommunikationsakt“ in einer Form abgearbeitet wird, dass „alle mit dem einzelnen Akt und seiner kontextuellen Situierung konsistenten Bedeutungen und Lesarten zur Explikation gebracht werden“ (Oevermann 1975: 11) Sowohl Pausen, als auch Versprecher müssen in den Interpretationsprozess konsistent integriert werden, und auch abwegige bzw. unwahrscheinliche Lesarten sollten bei der Rekonstruktion des objektiven Sinns berücksichtigt werden. „Die Interpretation muß bezogen auf Operationalisierungen und Standardisierungen unstrukturiert sein, da nicht angegeben werden kann, welches Merkmal in welchem Fall die Aufdeckung der latenten Sinnstruktur ermöglicht.“ (Reichertz 1986: 175)

Es handelt sich bei der objektiven Hermeneutik, wie bei anderen qualitativen Auswertungsmethoden, um ein mehrgliedriges, regelgeleitetes Verfahren. Die Interpretation hat hierbei mehreren Prinzipien zu folgen. (vgl. Reichertz 2004)

1. Die Kontextfreiheit: Die Kontextuierung ist im Interpretationsprozess systematisch nachgeordnet. So wird dem Problem entgangen, den Text nur durch den Kontext zu verstehen.
2. Die Wörtlichkeit: Es ist entscheidend was gesagt wurde, nicht was der Akteur intendierte zu sagen. Dabei müssen alle Strukturen ernst genommen werden.
3. Die Sequenzialität: Die Analyse erfolgt Abschnitt für Abschnitt, da auch menschliches Handeln immer in Sequenzen folgt. Der nachfolgende Text ist dabei zu ignorieren.
4. Die Extensivität: Es geht es um eine detailgetreue Auslegung und Interpretation, wobei das Ziel die Vollständigkeit der Lesarten ist.
5. Die Sparsamkeit: Es sollen nur Lesarten zugelassen werden, die auch am Text überprüft werden können.

Durch das Verfahren soll ein sukzessiver Vergleich von möglichen Lesarten vollzogen werden, um im Prozess den objektiven Bedeutungsgehalten offenzulegen. Ziel des interpretativen Verfahrens ist, dass die in den Handlungen der Individuen eingebetteten latenten Sinnstrukturen „dem analytischen Blick des Interpreten erkennbar“ werden. (Spöhring 1989: 223)

### **3.3 Polit-Profiling**

Der titelgebende Begriff „Polit-Profiling“ beschreibt die methodische Kombination der Erhebung durch Tiefeninterviews mit anschließender objektiv hermeneutischer Auswertung der Interaktionstexte, zum Zwecke der Erfassung politischer Profile. Durch die Offenheit des Tiefeninterviews sollen sich jene historischen und kulturellen Strukturen in den Gesprächen manifestieren, zu denen auch die spezifischen, politischen Weltanschauungen gehören. (vgl. Reichertz 1991) In welcher Form und in welchem Ausmaß dies unter den im Theorieteil beschriebenen Bedingungen passiert, kann durch die objektive Hermeneutik analysiert werden.

Mittels dieser Methodenkombination kann auch untersucht werden, inwiefern die zur Explikation gebrachten latenten Faktoren mit den polithistorischen und parteispezifischen Merkmalen kongruieren und somit ein Abgleich von Profilen, analog zum kriminalistischen oder Kunden-Profiling, durchgeführt werden. In der vorliegenden Arbeit soll damit die Frage untersucht werden, ob deutliche und gemäß der Parteizugehörigkeit weitgehend disjunkte politische Profile, die als Teil der historischen bzw. objektiven Strukturen zu betrachten sind, aus den Interaktionstexten zu extrahieren sind. So kann an den zur Verfügung stehenden Einzelfällen die Verfasstheit des politischen Diskurses in Österreich analysiert werden.

#### **3.3.1 Zum Begriff**

Die Bezeichnung „Polit-Profiling“ entstand im Kontext der beruflichen Tätigkeit des Autors in einem privaten, sozialwissenschaftlichen Unternehmen. Es bezeichnete das audiovisuell aufgezeichnete, von Psychologen durchgeführte Tiefeninterview mit politischen Funktionsträgern um deren persönliches, wie politisches Profil zu erfassen.

Dieses fungierte dabei je nach Bedarf gleichsam als „Medien-Training“ für die Befragten, als Grundlage für politische Beratung, oder als Produkt für die Öffentlichkeitsarbeit der Politiker. Dabei wurde grundsätzlich die methodische Vorgehensweise immer beibehalten und hatte den Anspruch, sich durch seinen fachlichen Hintergrund und seine Offenheit von den üblichen journalistischen Interviewformen abzuheben. Im Zentrum stand dabei nicht die Fokussierung auf aktuelle Themen, sondern ein psychologisches und politisches Profil des/der Befragten zu erfassen.

Im Rahmen dieser Arbeit wurde dieser Erhebungsform der Auswertungsprozess mittels Objektiver Hermeneutik hinzugefügt. Das Ziel ist es dadurch vom Individuum, das beim psychologischen Tiefeninterview im Zentrum steht, zu abstrahieren und die Ergebnisse auf eine soziologische Ebene zu bringen. Dies ist dadurch möglich, weil nach Oevermann, in der Objektiven Hermeneutik die Äußerungen der Befragten nicht nur auf Persönlichkeitsstrukturen (wie in der Psychologie) zurückgeführt werden, sondern als Manifestationen sozialer Strukturen. Der Subjektbegriff wird ausschließlich als ein „Derivat sozialer Konstituierungsprozesse“ angewendet. (vgl. Oevermann, 1984: 64, zit. nach Reichertz 1988)

## 5. Ergebnisse

### 5.1 Exemplarische Interpretationen

Zum Zwecke der Hinführung zu den Ergebnissen vorliegenden Analyse soll zunächst an beispielhaften Interpretationen nachvollziehbar dargestellt werden, wie aus den Interaktionstexten mittels der Objektiven Hermeneutik nach Oevermann die Strukturhypothesen herausgearbeitet wurden. Dabei werden die Interpretationen der einzelnen transkribierten Interviews, die sich nahe an den Texten halten, abgebildet und die Implikationen für die Strukturebene hergeleitet. Ausgewählte Sequenzen sollen zur Illustration eingefügt werden und somit der Zugänglichkeit dienen. Aus forschungspragmatischen Gründen können im Rahmen dieser Arbeit nicht alle Interpretationsschritte der Objektiven Hermeneutik nach Oevermann abgebildet werden. Es handelt sich bei diesem Kapitel also um keine vollständige Abbildung des methodischen Vorgehens, sondern um mehrere auf die für das vorliegende Thema relevanten latenten Faktoren fokussierte Ausschnitte des Analyse- bzw. Interpretationsprozesses.

Um die Anonymität der Befragten zu wahren, werden bei den notwendigen Hintergrundinformationen zu ihren Personen keine Quellen angegeben, da diese zu ihrer Identifizierung genutzt werden können. Da die Methode ohnehin darauf zielt, von den Befragten und ihren subjektiven Äußerungen zu abstrahieren, werden solche Informationen nur verwendet, wenn sie für den hermeneutischen Prozess und die Nachvollziehbarkeit der folgenden Interpretationspassagen unumgänglich sind. Die Vagheit der Formulierung der Hintergrundinformationen ist ebenfalls der Wahrung der Anonymität geschuldet.

### 4.1.1 Interview 1 (FPÖ)

*„(...) wer seine Grundsätze verrät und scheinbarweise und permanent Kompromisse eingeht, die gegen die Seele der politischen Gesinnungsgemeinschaft geht, der hat auf Dauer nichts zu erben.“ (Z188-190)*

Der Befragte 1 betont bereits am Beginn die Bürgernähe seiner selbst und weiterführend seiner Partei damit, dass er die Wähler als die wichtigste Instanz der Qualitätssicherung in der Politik beschreibt. Er unterstreicht noch seine Position als „Diener des Volkes“, indem er in seiner Darstellung quasi ein Autoritätsverhältnis zwischen Politikern und Wählern herstellt, in welchem letztere ihre „Zensuren verteilen“. Dadurch wird auch das Leistungs- bzw. Marktprinzip hervorgehoben, dem er implizit auch den politischen Betrieb unterworfen sieht. Er zeigt seine Demut vor dem Wähler, da er keinerlei Kritik an diesem Autoritätsverhältnis erkennen lässt, bzw. dieses offensichtlich unterstützt. In diesem Zusammenhang lässt er auch das Stichwort „direkte Demokratie“ fallen, welchen für seine Partei in ihrer aktuellen Programmatik ein zentrales Thema darstellt. Im Gegensatz dazu zeigt der Befragte (auch durch seine Mimik) weniger Unterstützung für die Prozesse der Qualitätssicherung innerhalb der Parteien, denen er durch seine Ausdrucksweise auch weniger Bedeutung zumisst.

Diese Betonung der Verbindung zu den Bürgern, lässt sich aus der Geschichte der FPÖ bzw. des „Dritten Lagers“ allgemein erklären. Dieses musste sich als eine Kraft gegen die etablierten Großparteien profilieren und direkter die Bedürfnisse und Emotionen der Menschen ansprechen, was ihm bis heute die Unterstellung des „Populismus“ einbrachte. Wie im Theorieteil beschrieben (Kap. 2.2.2), setzte vor allem die FPÖ einhergehend mit der expliziten Bürgernähe, auf die Kritik an dem als abgehoben und verkrustet charakterisierten Machtsystem der damals noch größeren Volksparteien. Der Befragte sieht auch eher die führenden Persönlichkeiten einer Partei bzw. deren Charisma und Vertrauenswürdigkeit für die Wähler relevant, als die parteilichen Institutionen. Er trennt die politische Funktion von der sie ausübenden Person:

*„i denke ja, dass wir zunehmend in eine Zeit hineinkommen, wo Persönlichkeiten und Personen, und da vor allem die Spitzenpersönlichkeiten (...) eh im Vordergrund stehen und weniger (...) eh die Abgeordneten oder die einzelnen Institutionen oder Parteien.“*

So ist auch der Widerspruch zu erklären, dass der Befragte „*Persönlichkeiten*“ zunehmend im Vordergrund stehend sieht und Abgeordnete, rein in ihrer funktionalen Tätigkeit, eher weniger. Auch „*Gesinnungsinhalte*“ sieht der Befragte mehr in den Hintergrund rücken. Er lässt keine persönliche Wertung dieser Entwicklung erkennen und sieht sie als Resultat einer „immer schneller werdenden Zeit“ (Z33) Die Haltung, mit der der Befragte dieser „Personalisierung“ der Politik gegenübersteht, könnte als Ambivalenz oder Gleichgültig interpretiert werden. Die FPÖ setzte spätestens seit der Ära Haider auf genau jene Zuspitzung auf eine führende Persönlichkeit bei gleichzeitiger Entideologisierung und konnte unter anderem damit auch große Erfolge erzielen. Mit dem Parteivorsitz von Heinz-Christian Strache kam es durch den nun verstärkten Einfluss schlagender Burschenschaften zu einer Rückbesinnung auf national-liberale Positionen. Da der Befragte führender Parteifunktionär und gleichzeitig bekennender Burschenschafter ist, könnte man seine Ambivalenz als das Ergebnis des Zwiespaltes zwischen den Erfordernissen des politischen Erfolges und jenen der Gesinnungstreue interpretieren.

Die vom Befragten beschriebene Reduktion politischer Akteure auf ihre Persönlichkeit und das Schwinden der Bedeutung der Ideologien bzw. Gesinnungen lässt sich in den oben beschriebenen Kontext der Entpolitisierung und Entideologisierung stellen. Eine ideologische Festlegung oder das Bekenntnis zu tradierten Werten sind in diesem Zusammenhang eindeutig eher als Hindernis, denn als Vorteil zu sehen. Nicht zuletzt darum, weil es dem politischen Gegner die Möglichkeit gibt den Betroffenen auf diese Werte und alle damit verbundenen negativen Seiten „festzunageln“. Diese vom politischen Gegner und der Öffentlichkeit kommenden Attributionen, die eher assoziativ als faktisch gebraucht werden, treffen im Gegenwertigen politischen Diskurs vor allem Personen, die sich zu Werten bekennen, welche als „rechts“ eingeordnet werden. So äußert der Befragte, auf seine Zugehörigkeit zu einer Burschenschaft angesprochen:

*„Naja des is wieder überbewertet in der (.) heutigen Zeit, auch parteipolitisch motiviert. I sag jemand, (..) wird nicht Mandatar oder Abgeordneter einer politischen Partei, weil man Burschenschafter ist, sondern trotzdem man Burschenschafter ist. Das ist meines Erachtens auch kein Vorteil, (..) äh sondern eher schwieriger für jemand, der auch Burschenschafter ist.“ (Z64-67)*

Der Befragte sieht auch persönliche Vorteile in der Mitgliedschaft bei einer Burschenschaft, wie das Lernen von organisatorischen und rhetorischen Fertigkeiten, eine frühere politische Sozialisation und positive Auswirkungen auf die individuelle Charakterbildung. Generell müsse sich aber ein Burschenschafter im politischen Betrieb mehr behaupten als andere, da man als solcher „mehr unter Beobachtung steht.“ (Z83-84) Laut dem Befragten überwiegen also eher die Nachteile der empfundenen Stigmatisierung die Vorteile des, durch die Mitgliedschaft und die aktive Betätigung in der Burschenschaft erworbenen Netzwerkes.

Eine politische Positionierung der Burschenschaften bzw. Korporationsstudenten im politischen Spektrum Österreichs und Deutschlands, nimmt der Befragte mittels eines Rekurses auf die zweihundertjährige Geschichte der Burschenschaften vor. Er bestreitet die Gültigkeit der üblichen, medial transportierten Einordnung der Burschenschaften im politischen Spektrum als rechte Organisationen bzw. relativiert beiläufig die Brauchbarkeit des Spektrums überhaupt. Da der Befragte selbst als Mitglied einer Burschenschaft bekannt ist, kann die folgende Sequenz auch als indirekte Selbstpositionierung verstanden werden, da davon auszugehen ist, dass ein aktives Mitglied auch zumindest mit deren grundsätzlichen Werthaltungen übereinstimmt.

*„Aber wie gesagt, das ist eine Erscheinung der jüngeren Vergangenheit, das war früher nicht so und daher kann man das nicht parteipolitisch (...) stimmt diese Einordnung ganz einfach nicht, über die man ja auch trefflich diskutieren kann, weil, sog i amol, der Korporierte an sich hatte einen sozialen Ansatz, ja, äh is ja ka Selbstzweck Korporierter zu sein in der Regel, sondern das ist äh für das Volk, für die Bevölkerung, etwas zu tun, der Einsatz ja nicht für die eigene Karriere primär im Vordergrund steht, sondern primär im Vordergrund steht einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, was ja an sich ein äh würde mans einordnen ein linkes Phänomen ist. Deswegen ist ja die Sozialdemokratie sowohl in Deutschland als auch in Österreich, von äh Burschenschaftern gegründet worden äh und, und hat eigentlich eher, äh, in der äh (...) linken Rechtshälfte äh sein Spektrum gehabt und das hat sich, wie gesagt, in den letzten 30 Jahren, würde ich einmal sagen, fundamental verändert. Und das Spannende bei Korporationsstudenten, (..) i fass das a bißl weiter als nur Burschenschafter ist, dass sie vielleicht gesellschaftspolitisch äh wertkonservativ sind, sozialpolitisch fortschrittlich, im alten Sinn progressiv, links, wenn man das so nennen möchte.“ (Z117 – Z130)*

Der Befragte verwendet zur politischen Positionierung die Begriffe „links“ „gesellschaftspolitisch wertkonservativ“ „sozialpolitisch fortschrittlich“, „im alten Sinn progressiv“. Die Aussage widerspricht auffällig der gewöhnlichen, medial transportierten Einordnung von Burschenschaften durch die begrifflichen Antonyme „rechts“, „rechtsextrem“, „reaktionär“, „ewig gestrig“ etc. Übereinstimmung findet sich lediglich in der Zuschreibung „gesellschaftspolitisch wertkonservativ“. Diese Sequenz ist in einem Kontext zu verstehen, in dem die Etikettierung „rechts“ im öffentlichen Diskurs einer Stigmatisierung gleich kommt, die mehrere damit verbundene negative Assoziationen und Bilder mit sich bringt. Der Befragte drückt implizit aus, nicht die Position der Burschenschaften habe sich verändert, sondern die Gesellschaft in welche diese eingebettet sind. Ursprünglich seien die Burschenschaften im politischen Spektrum links einzuordnen gewesen. Doch auf Grund der nicht näher definierten gesellschaftlichen Entwicklungen erscheinen diese nun als rechts gerichtet.

Anzumerken ist auch, dass der Befragte den Einsatz „für das Volk, für die Bevölkerung“ bzw. die politische Intention „einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten“ als „linkes Phänomen“ einordnet. Er distanziert sich jedoch von dieser Verknüpfung mit der Formulierung: „würde mans einordnen“, und verweist damit auf eine von ihm so wahrgenommene Norm der politischen Einordnung, der er entsprechend seiner politischen Zugehörigkeit in dieser Form nicht zustimmen kann. Der Befragte nutzt also die klassische politische Einordnung, um sich von den negativen Assoziationen, die mit dem Begriff „rechts“ verbunden sind zu distanzieren und hinterfragt gleichzeitig die Gültigkeit dieses Schemas mittels eines historischen Rekurses auf die gesellschaftspolitische Rolle der Burschenschaften bzw. Korporationsstudenten. Dabei scheint sich der Befragte bewusst zu sein, dass eine eindeutige Selbsteinordnung auf der rechten Seite des politischen Spektrums nur auf Kosten des öffentlichen „Images“ möglich ist. Deshalb nutzt er den Verweis auf die Vergangenheit um die gewöhnliche Kategorisierung zu relativieren und das Schema selbst in Frage zu stellen.

Weiters führt er aus, dass sich die FPÖ aufgrund des Einflusses der Burschenschaften („gesellschaftspolitisch wertkonservativ“, „sozialpolitisch (...) links“) weg bewegt habe von der klassisch national-liberalen Partei. Dies spiegelt sich auch wieder in der aktuellen Eigenbezeichnung der FPÖ als „soziale Heimatpartei“ ([www.fpoe.at](http://www.fpoe.at)). So sei die FPÖ „breiter“ geworden, während die Volksparteien SPÖ und ÖVP „enger“ wurden, was der Befragte auch mit als Grund für deren Wählerschwund ansieht.

Die durch den Interviewten geäußerte Wahrnehmung der Verengung der Volksparteien kann im Zusammenhang mit der oben (Kap. 2.6) beschriebenen voranschreitenden Landnahme des Liberalismus bzw. Postliberalismus oppositioneller Wertsysteme betrachtet werden (vgl. Dugin 2013), wodurch grundsätzliche politische Antagonismen neutralisiert werden und politische Diskussionen sich auf das Niveau von Sprachspielen reduzieren (vgl. Böckelmann 2014). Die von Mouffe (2011) konstatierte Bewegung der europäischen Sozialdemokratie zur politischen Mitte, die Übernahme liberaler Denkmuster und die weitgehende Entledigung von antikapitalistischen Elementen minimierte die Unterscheidbarkeit der Großparteien auch in Österreich. Mit der Wandlung von der national-liberalen zur „sozialen Heimatpartei“ konnte sich die FPÖ, auch schon vor der Einführung dieser Eigenbezeichnung, in der öffentlichen Wahrnehmung teilweise als letzte verbliebene Oppositions- und neue „Arbeiterpartei“ etablieren, indem nunmehr sie die durch den Neoliberalismus benachteiligten Schichten ansprach. Die vom Befragten zusammengefasste parteipolitische Ausrichtung „*gesellschaftspolitisch wertkonservativ*“, „*sozialpolitisch fortschrittlich*“ würde das Gegenprogramm zum neoliberalen Kurs darstellen, der, wie im Theorieteil beschrieben, gesellschaftspolitisch durch den Liberalismus (von Teilen der politischen Rechten wird der Begriff „Kulturmarxismus“ verwendet) (vgl. Böckelmann 2014) und sozialpolitisch durch den Neoliberalismus geprägt ist.

Ebenfalls weitgehend kongruent mit der oben vorliegenden theoretischen Auseinandersetzung, ist die Wahrnehmung einer ausgeprägten „*Kultur des Konsenses*“ durch den Befragten: „ (...) *wer seine Grundsätze verrät und scheinbar und permanent Kompromisse eingeht, die gegen die Seele äh der politischen Gesinnungsgemeinschaft geht, der hat auf Dauer nichts zu erben.*“ (Z188-190) Er sieht darin auch eine Hauptursache für den Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Politiker, da die Bürger in Form von Wahlen Richtungsentscheidungen treffen, die durch politstrategisches Handeln der Parteien beispielsweise in Rahmen der Koalitionsbildungen, stark relativiert werden. Es werde alles „*schwammig*“ und „*austauschbar*“, wodurch die Bürger nicht mehr hinter der Politik stünden. Die Partei des Interviewten wird von dieser Diagnose ausgenommen. Die FPÖ sei offen und flexibel, ohne Grundsätze zu verraten und könne mit mehr Partnern als andere beständige Koalitionen eingehen, womit kein Weg an ihr vorbei führen könne (vgl. Z196-201)

Diese Äußerung zeigt, dass sich der Befragte bewusst ist, dass der Erfolg seiner Partei auch mit der Entideologisierung der Volksparteien zusammenhängt, die er jedoch eher als ein persönliches Versagen der betreffenden Politiker, ihren Grundwerten treu zu bleiben, identifiziert. Hier fällt vor allem das scheinbare Paradoxon auf, dass, in der Wahrnehmung des Befragten, diese Entideologisierung mit einer „Verengung“ der Programmatik und damit auch der Zielgruppen einhergeht, während seine Partei es schaffe, Gesinnungstreue und Offenheit zu verbinden.

Die Annäherung der beiden Volksparteien und die damit einhergehende thematische Verengung bedeutet für Wähler, die eine Alternative zum aktuellen politischen Kurs anstreben, dass sie diese oft nicht mehr bei den Volksparteien finden. Vor allem bei ungünstiger werdenden sozialen und ökonomischen Umständen und einer von der scheinbar reinen Notwendigkeit getriebenen Politik bieten diese keine unterscheidbaren Programme mehr, welche für die benachteiligten und unzufriedenen Wählergruppen annehmbar sind (siehe Kap. 2.5 und 2.6). Sie wenden sich daher vermehrt jenen Parteien wie der FPÖ zu, die zumindest vordergründig nicht Teil des systemstabilisierenden Konsenses sind. Für diese demonstrative Positionierung auf Seiten des Bürgers und in Abgrenzung zum regierenden „Establishment“ wird im medialen Diskurs oftmals der Begriff „Populismus“ herangezogen. Diese Etikettierung vor allem der FPÖ mit jenem auch im wissenschaftlichen Diskurs schwer zu definierenden Begriff, liefert für die ehemaligen Großparteien einen willkommenen Vorwand sich nicht mit der Frage der eigenen Positionierung und parteipolitischen Profilierung zu befassen.

Die schwindende Unterscheidbarkeit der Parteien des (postliberalen) Konsenses, die hauptsächlich nach technokratischen Gesichtspunkten handeln, spielt auch unabhängig von inhaltlichen Aspekten jeder sich mehr oder weniger glaubhaft präsentierenden, oppositionellen Partei in die Hände. Dies ist bei der gegenwärtigen parteipolitischen Konstellation als strukturelles Erfordernis zu betrachten.

Auf inhaltlicher Ebene kann konstatiert werden, dass in der allgemeinen zeitgeistigen Tendenz Festlegungen jeder Art zu vermeiden, um sich Optionen offen zu halten, gerade bei den gesellschaftlich Benachteiligten, Instanzen (z.B.: religiöse oder politische) erfolgreich sind, welche in der Lage sind, Sinn und Orientierung anzubieten, auch und vor allem wenn diese Sinnstrukturen und Werte latent im kollektiven Unterbewussten vorhandenen sind und in traditionellen Denk und Verhaltensweisen wurzeln.

Auch der Befragte spricht von einer „*wahnsinnig großen Sehnsucht*“ (Z165) sich zu Orientieren bzw. sich „die Sinnfragen beantworten zu lassen“ (Z168). Eine Verdrängung dieser Fragen, die mit der fast ausschließlichen Fokussierung auf materielle Werte und technokratisches Handeln einhergeht, führt zu dem in Kapitel 2.1.2 beschriebenen „Fin-de-siècle“-Zustand der Geister und einer weit verbreiteten kulturpessimistischen Wahrnehmung von Dekadenz.

Wenn von den Volksparteien in Grundsatzdiskussionen Fragen des sozialen Umgangs und der politischen Korrektheit zu gesellschaftlichen Grundwerten transzendiert, und identitäre Grundfragen aus Sorge vor Exklusionsmechanismen stark vernachlässigt werden, können davon jene Parteien und Bewegungen profitieren, welche zumindest eine ansatzweise Orientierung auf dieser Ebene anbieten. Deren tatsächliche Problemlösungsfähigkeit spielt dabei, auch aufgrund des für den Großteil der Bürger undurchschaubaren politischen Prozesses, zunächst eine sekundäre Rolle.

#### **4.1.2 Interview 2 (ÖVP)**

*„Also es gibt immer die Grundwerteorientierung (.) und es gibt immer wieder die reine Technokratie, das, das reine, notwendige Tun. Und gerade im Zeichen der europäischen Integration ist also die ideologische Trennschärfe wesentlich geringer geworden“* (Z107-110)

In Interview 2 skizziert der befragte Repräsentant der ÖVP zu Anfang anhand des Leistungsbegriffes sein Bild des politischen Spektrums. So sieht er Christdemokratie, Liberalismus und Konservatismus in leistungsorientierten Grundwerten fundiert, während für Linksliberale, Grüne und Sozialdemokraten die Leistung eine „*etwas gefürchtete Messgröße*“ (Z12-13) darstelle. Für Erstere sei das Leistungsprinzip der „*Motor des gesellschaftlichen Fortschritts*“ (Z11), für Letztere stünden eher Bedürftige und sozial Schwache, „die also nicht leisten können“ im Fokus. Der Befragte reproduziert, den Leistungsbegriff erörternd, relativ exakt das klassische Rechts-Links-Schema. Da er lediglich nach dem Zusammenhang von Werten und Leistung gefragt wurde, ist seine sofortige Assoziation zu politischen Ideologien und Positionsbestimmungen durchaus aussagekräftig. Er führt auch relativ beiläufig in einem Nebensatz seine Selbstpositionierung in dem von ihm umrissenen, zweipoligen Schema durch, indem er sich zum Lager der Leistungsorientierten zählt.

Direkt darauf folgt auch seine Begründung für diese Selbsteinordnung in Form einer Kritik des Zweiten Pols: „*Die Einen sind positiv zur Leistung eingestellt, ich zum Beispiel, die Anderen sind eher negativ eingestellt und sind eher für Gerechtigkeit unter Anführungszeichen, das, was immer mit Gleichheit gleichgesetzt wird und das sehe ich wieder als Gleichmacherei.*“ (Z15 – 17) Den Ursprung dieser Einstellung der politischen Bewegungen des zweiten Pols, sieht er darin, dass sie letztlich „*vom Marxismus inspiriert*“ sind.

Seine Kritik zielt dabei auf die Darstellung und Wahrnehmung von Gleichheit als Wert an sich. Die Ablehnung eines unreflektierten Egalitarismus ist ein weit verbreiteter Topos innerhalb der politischen Rechten, der bereits in der Entstehungszeit von Denkrichtungen dieser Art wurzelt. Wie oben beschrieben (Kap. 2.1.1) richtete sich die historische Rechte gegen die Forderung des Bürgertums, eine Gleichstellung, oder zumindest eine Angleichung ihrer Rechte mit jenen des Adels oder des Klerus einzuführen. Diese Forderungen nach Gleichstellung haben sich in ihrer Wahrnehmung zu einem Automatismus entwickelt, der in seiner Unbestimmtheit nicht mehr nach Fähigkeiten und Bedürfnissen des Einzelnen fragt. „Die Forderung nach Gleichheit brach sich einst Bahn als Aufstand der Abhängigen gegen die Willkür der Herrschenden. Den Untertanen, erst recht deren Knechten, war schmerzhaft bewußt, woran sie gehindert wurden. Aus dem klassischen Schutzrecht wurde im repräsentativen Sprechtheater das Anrecht zum Vergleichen von Mengen und Häufigkeiten (Zuwendungen und Zugängen), eingefordert von Gruppen, die sich zu eben diesem Zweck definierten.“ (Böckelmann 2014: 113)

Frank Böckelmann teilt den Vorbehalt der „*Gleichmacherei*“ und bezeichnet das ständige Einfordern des Rechtes auf Gleichheit als „Angleichungsapparat“, in dem die Antragsteller sich auf ihre Unterschiede berufen und diese gleichzeitig dementieren. (vgl. ebd.: 114) In diesem Prozess der ständigen Einforderung von Gleichheit in Rechten, Zugängen, Möglichkeiten und Ressourcen verschwinden in der Aushandlung die Unterschiede zwischen den Individuen und Gruppen, so dass sich die Frage nach der Legitimität dieser Forderungen kaum noch stellt. „Lieber soll dem Unterschied schlechthin – sozial, sexuell, kulturell – ein Ende bereitet werden, als daß Diskriminierungsgefahr entstünde.“ (ebd.) Jede Ungleichheit wirkt in diesem Kontext als Anachronismus, genauso wie die Anwendung des Begriffes „*Gleichmacherei*“.

Die auch von Dugin (2013) beschriebene Fortschrittsideologie scheint verbunden mit den omnipräsenten Gleichstellungsforderungen verschiedenster Gruppen auf verschiedensten Gebieten. Das lässt sich auch in den Argumentationsmustern politischer Debatten in diesem Bereich nachvollziehen, in denen gewöhnlich Gleichheit mit Zeitgemäßheit diskursiv verbunden wird. So wird beispielsweise dem Hinterfragen der Sinnhaftigkeit einer bestimmten Gleichstellungsforderung (z.B. von Homosexuellen in Fragen des Adoptionsrechtes) oftmals mit dem Hinweis begegnet, man befinde sich im 21. Jahrhundert. Allgemein zeigt sich, vor allem bei den führenden Schichten in Politik und Medien (vgl. Schelsky 1977), ein hoher Grad an Selbstverständlichkeit, dass Gleichheit generell positiv zu bewerten ist, da kaum jemand als rückwärtsgewandt gelten bzw. die „Matrix der Zeitgemäßheit“ (Dugin 2013: 162) verlassen will.

Dass der Befragte eine solche Ansicht, welche relativ stark vom beschriebenen Konsens abweicht, in dieser Klarheit äußert bzw. äußern kann, lässt sich auch mit seinem Status und seiner Rolle innerhalb der Partei erklären. Da er darin eine führende Persönlichkeit des konservativen Flügels darstellt, nimmt er auch die Rolle eines „ideologischen Ankers“ ein, der für die Unterscheidbarkeit und Abgrenzung zu anderen Parteien als notwendig angesehen wird. Außerdem ist der Befragte in einer politischen Funktion, die weniger stark dem Rechtfertigungsdruck der Öffentlichkeit ausgesetzt ist. Der Befragte bemüht sich um eine differenzierte Deutung des Gleichheitsbegriffes und nimmt dabei einen klassischen liberalen Standpunkt ein: *„Die, (..) die (..) Gleichheit (..) ist auch eine Frage des Begriffs, (..) natürlich sind auch Ähh (..) Marktwirtschaftler für die Gleichheit vor dem Gesetz. Und natürlich ist man auch äh(..) der Meinung, dass (..) äh Gleichheit in den Rechten (..) ein Faktum sein muss. Aber es ist nicht Aufgabe des Staates oder der Gesellschaft, alle Menschen gleich zu machen, also die Schafe zu scheren, ob sie Wolle haben oder keine.“* (Z26-30) Er äußert hier seine Positionierung in einer sehr abstrakten Form, die klar macht, dass er Gleichheit nicht bedingungslos als erstrebenswerte Zielvorstellung ansieht, jedoch in der Praxis bzw. im konkreten Fall viel Spielraum für Auslegungen lässt.

Diese Art der Positionierung, die gewisse ideologische Grundsätze anspricht und gleichzeitig einen hohen Grad an Vagheit aufweist, kann als exemplarisch für eine durch die Sozialpartnerschaft geprägte Rhetorik angesehen werden, welche in der Notwendigkeit wurzelt, der eigenen Partei genug Spielraum für etwaige Verhandlungen zu erzeugen und gleichzeitig deren Interessen und Unterscheidbarkeit zu wahren.

Außerdem wäre die Parteinahme für eine Ungleichheit in den Rechten bestimmter Gruppen, auch für einen Politiker mit dem Status des Befragten, eindeutig außerhalb des Spektrums der einnehmbaren Positionen.

Darauf folgt eine stark auf das Individuum fokussierte, plakative Betonung der Unterschiede zwischen verschiedenen Lebensweisen: *„Sondern es gibt Unterschiede bei den Menschen, der Eine ist (.) leistungsbereit und seines Glückes Schmied, versucht sich also zu verbessern im Rahmen der Gesetze und der Andere ist halt also eher ein äh Konsumverzichter, ein Leistungsverzichter und kommt mit den Patersandalen und den Körndln aus. Also das ist (..) jedem sein, jede Lebensform hat ihre Berechtigung und das sollte man nicht (.) verteufeln.“* (Z30-35) Auch hier konstruiert der Befragte ein bipolares Schema, welches er mit zwei Stereotypen illustriert, die sich wiederum anhand der Dimension der Leistungsbereitschaft unterscheiden. Auch hier positioniert er sich liberal, in dem er beiden Lebensentwürfen Legitimität zuspricht, jedoch unter der klaren Bedingung, dass eine geringere Leistungsbereitschaft auch mit einem geringeren Anspruch auf Ressourcen einhergeht. Er stellt sich dadurch mit hoher Selbstverständlichkeit gegen ein, in seinen Augen marxistisches Leistungsprinzip und die Praxis der Umverteilung als Selbstzweck. Die Frage der Ausgangsbedingungen, die vor allem im marxistischen Diskurs eine zentrale Rolle spielt, so wie die der Vergleichbarkeit von Leistungen wird im Rahmen des Interviews nicht angesprochen.

Es zeigt sich, dass der Befragte anhand des Leistungsbegriffes von sich aus das klassische Links-Rechts-Schema reproduziert. Besonders im Spannungsfeld der beiden zentralen Begriffe „Leistung“ und „Gleichheit“ scheint es für ihn notwendig sich klar zu positionieren, wobei seine Positionierung auch relativ genau der Parteilinie entspricht. Diese kann er auch wegen seines beschriebenen Status klarer und eindeutiger vertreten, als es im öffentlichen politischen Diskurs üblich ist, was unter anderem auch daran liegt, dass derartige Grundsatzfragen eher selten behandelt werden. Auch wenn er gerade wegen solcher grundsatzorientierten und Äußerungen als Führungspersönlichkeit des konservativen Flügels der ÖVP gilt, ergeben sich in seinen Ausführungen deutliche Überschneidungen mit dem Liberalismus.

Die Ablehnung der Gleichsetzung von Gerechtigkeit und Gleichheit und vor allem die Hervorhebung der Leistungsbereitschaft als politisches Hauptkriterium in der Differenzierung von Personen sind unverkennbare Indikatoren, dass der Befragte nicht dem „fundamentalen Konservatismus“ oder „Traditionalismus“ zuzuordnen ist, sondern, dass auch er als konservativer „ideologischer Anker“ seinen Äußerungen entsprechend eher vom „Statust-quo-Konservatismus“ bzw. „liberalen Konservatismus“ geprägt ist. (vgl. Dugin 2013)

Die von ihm praktizierte Beachtung der politischen Grundwerte ist für den Befragten auch durchaus ein Qualitätskriterium für politische Funktionsträger. Für ihn gibt es zwei grundsätzliche Prinzipien des politischen Agierens, zwischen denen sich die Politiker, je nach Typus in ihrem Handeln leiten lassen. *„Das gibt, geht immer auf und ab. Also es gibt immer die Grundwerteorientierung (.) und es gibt immer wieder die reine Technokratie, das, das reine, notwendige Tun. Und gerade im Zeichen der europäischen Integration ist also die ideologische Trennschärfe wesentlich geringer geworden.“* (Z107-110) Der Befragte nimmt also, mit den oben dargelegten Zeitdiagnosen konvergierend, eine Entideologisierung der Politik wahr, welche in der ebenfalls hier ausgeführten Tendenz zum bürokratischen Reagieren als Modus des politischen Handelns wurzelt.

Die Verwendung des Begriffes „*Technokratie*“ ist dabei für einen konservativen Politiker eher atypisch, da es sich dabei um ein linkes Diskursfragment handelt (vgl. Fromm 1991), obwohl die Kritik der Technokratie bzw. der entfesselten Technik auch bei als rechts eingeordneten Denkern (vgl. Heidegger 1956) tief verwurzelt ist. Der Gebrauch dieses Terminus durch den Befragten ist ein Indiz dafür, dass die Wahrnehmung der oben beschriebenen Tendenzen der „Entpolitisierung“ (Kap. 2.6) und des rein technischen Reagierens auf anstehende Problemstellungen (Kap. 2.5), unabhängig von der politischen Richtung in traditionellen Schemata, in allen politischen Lagern verbreitet ist, abhängig von der Grundwerteorientierung des Rezipienten. Die Entideologisierung und die Erübrigung der Inhalte im Diskurs scheint weitgehend sowohl linke, als auch rechte bzw. konservative theoretische Fundamente zu betreffen, obwohl scheinbar ideologische Terminologie im Stile der Selbstbestimmungs-, Toleranz- oder Gleichheitsrhetorik mehr denn je den politischen Diskurs beherrscht. (vgl. Böckelmann 2014)

Schon 1964 hat der damalige, ebenfalls konservative bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) in einem Fernsehinterview eine dahingehende Entwicklung in der politischen Diskussion beschrieben, die er mit einem gewissen Typus des Politikers verbindet. Er spricht darin von einer Tendenz, sich „auf dem niedrigsten Nenner der oberflächlichsten politischen Phrase in Form einer gemeinsamen Terminologie“ (Youtube 2014) zu finden, was zu vordergründigen und medial verwertbaren Kompromissen führe, jedoch eine intellektuelle Klärung verhindere, und warnt vor dem Aufkommen eines Typus des Berufspolitikers, der „zu sehr zum Funktionär und Manager wird.“ (ebd.)

Die Kritik der Technokratie und der damit einhergehenden Entpolitisierung der Politik ist also auch im konservativen Milieu seit längerer Zeit durchaus verbreitet. Dies mag damit zusammenhängen, dass ein öffentliches Ansprechen konservativer Grundwerte, wie bereits dargelegt, weit weniger opportun erscheint, als der rhetorische Bezug auf als progressiv geltende Grundbegriffe. Der Befragte sieht unter anderem die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union als einen entscheidenden Faktor für die Einengung politischen Meinungskorridors auf der Staatsebene. (vgl. Z110-120) Er nimmt auch die daraus resultierende Abwendung der Bürger von den demokratischen Institutionen wahr, zeigt dabei jedoch keinerlei Sorge ob der Folgen, die solche Legitimitätsprobleme mit sich bringen können: *„Und äh daher im Augenblick befinden wir uns in diesem, in einer solchen Phase, wo schon stark der Eindruck entsteht, dass die Bürger (..) über kleine Fragen vielleicht entscheiden können, die größeren Fragen sind alle schon entschieden. Und da kann man nur mehr weitermachen, so wie es weiter geht. Und ehm es wird aber wieder eine andere Phase kommen, wo man wieder die Grundwerte stärker in den Vordergrund stellen wird. Meine Lebenserfahrung ist eben, dass auf ein Auf und ein Ab ist.“* (Z120-125)

Er sieht also keinen linearen gesellschaftlichen Entwicklungsprozess in Richtung eines postdemokratischen, entideologisierten oder postliberalen Zustandes der Politik, sondern erwartet, gemäß einem zirkulären historischen Verständnis, ähnlich dem Spenglers (2014), eine fast naturgesetzlich determinierte Rückkehr der Grundwerteorientierung in den politischen Prozess. Dies stellt ebenfalls ein genuin konservatives Bild der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse dar, das sich klar von einem linken bzw. liberalen Verständnis als linearen Fortschrittsprozess der Geschichte unterscheidet. (vgl. Dugin 2013)

Diese Sichtweise schlägt sich auch in seinem abschließenden Ratschlag für jüngere Menschen nieder, der beinhaltet, alle Möglichkeiten, welche die Europäische Union biete zu nutzen, ohne sich zu sehr mit den damit zusammenhängenden großen politischen Fragen zu beschäftigen. Da der Entwicklungsprozess ohnehin einem „Auf und Ab“ folge, solle man sich „von den Dingen, die sich da ganz oben abspielen äh Zukunft des Euro und wie immer, [...] nicht weiter aufhalten lassen.“ (Z139-141)

### 4.1.3 Interview 3 (SPÖ)

*„Nachdem i offen gstanden Atheist bin und davon ausgeh, man lebt nur einmal, sollte scho das Recht darauf sein, dass möglichst alle a glückliches Leben führen.“ (Z96-98)*

Der Befragte Repräsentant der SPÖ in Interview 3 beginnt auf Nachfrage das Gespräch mit einer Vorstellung seiner Person und seiner politischen Entwicklung. (Z4-20) Durch seine Form der Darstellung zeichnet er darin das Bild einer auffallend typischen sozialdemokratischen Karriere. Vom Beruf der Eltern, über den Wohnort bis zur beginnenden politischen Tätigkeit sticht kein Aspekt heraus, der eine andere parteipolitische Sozialisation vermuten lassen könnte. Er ist sich dabei dieser Stereotypie zum Teil durchaus bewusst und bezeichnet das Umfeld seiner Jugend als *„typisches Arbeitermilieu.“* (Z5) Aus diesem heraus vollzieht sich in seiner Ausführung eine bruchlose, organische Entwicklung über Funktionen als Schülervorteiler in die Gewerkschaft und die Sozialdemokratische Partei Österreichs. Anzumerken ist, dass der gesamte Prozess seiner Entwicklung relativ zügig, ohne wirkliches Stocken oder unstrukturierte Elemente in der Chronologie vorgetragen wird, was annehmen lässt, dass er eine solche Selbstbeschreibung nicht zum ersten Mal vornimmt oder sogar dahingehend geschult wurde. In gleichzeitiger Betrachtung des stereotypen Aspektes kann auf jeden Fall von einer vorangegangenen Beschäftigung mit der Außenwirkung seiner Darstellung ausgegangen werden.

Er stellt seine Genese also in einer Form da, welche in der Wahrnehmung des Rezipienten ein Bild erzeugen soll, das möglichst stimmig seiner Parteizugehörigkeit entspricht. Der Nachdruck, mit dem seine Herkunft aus einem *„typischen Arbeitermilieu“* beschreibt, weist darauf hin, dass die Stellung der SPÖ als Arbeiterpartei keine Selbstverständlichkeit mehr darstellt.

Um keine Zweifel an seiner Prägung offen zu lassen, nimmt er auch eine Interpretation vorweg, indem er klar stellt, auch „*so sozialisiert worden*“ (Z6) zu sein und nicht beispielsweise dem sog. Parteiadel entstammt.

Die soziale Herkunft fungiert in diesem Zusammenhang als Instrument der Profilierung seiner Person, so wie seiner Partei. Seine professionelle Darstellung kann als Manifestation der Tendenz zur Personalisierung in der Politik interpretiert werden. Seine persönliche Genese ist dabei schon als politisches Argument zu deuten. Es handelt sich dabei um die positive Kehrseite des „argumentum ad hominem“ (vgl. Schopenhauer 1996), einer rabulistischen Strategie, welche in ihrer negativen, deskreditierenden Form im politischen Streitgespräch oftmals die inhaltliche Auseinandersetzung weitgehend ersetzt. Sowohl dessen positive als auch dessen negative Anwendung stellen einen Indikator für den schwindenden Stellenwert bzw. die verminderte Möglichkeit eines relevanten inhaltlichen Diskurses dar.

Die Bedeutung seines persönlichen Werdeganges als politisches Argument erschließt sich auch aus der durchdachten Formulierung seiner Darstellung. Der Befragte nutzt in den politisch relevanten Punkten weitgehend die passive Form: „*bin auch so sozialisiert worden*“ (Z6), „*bin dann immer mehr politisch interessiert worden*“ (Z15), „*hab dann auch Kontakt über die Gewerk(..) oder zur Gewerkschaft, auch zur Sozialdemokratie bekommen*“ (Z15-17). Darauf folgt eine aktive Formulierung, in der beziehungsweise auf die Gewerkschaft und Sozialdemokratie beschreibt er habe sich „*dort eingebracht*“ (Z17), um dann schließlich seine aktuelle Funktion ausüben zu „*dürfen*“: „*durfte dann in der Gewerkschaft der Privatangestellten auch tätig werden, (..) ehm darf seit 2000 und 10 auch in Wien Landtagsabgeordneter und Gemeinderat sein und dort vor allem als Jugend- und Lehrlingssprecher der SPÖ arbeiten.*“ (Z17-20) Diese Ausdrucksweise soll Bescheidenheit kommunizieren, vermittelt aber, um als politisches Argument zu wirken, auch implizit ein spezifisches Weltverhältnis, das vor allem der marxistischen Denkweise inhärent ist. (siehe Kap 2.3) Seine Karriere ist nicht vorrangig Folge seines individuellen Willens, sondern, angelehnt an den historischen Materialismus, eher Produkt der sozialen und ökonomischen Verhältnisse. Die passive Formulierung signalisiert also, dass ihm seine politische Laufbahn mehr oder weniger extrinsisch motiviert widerfahren ist.

Diese Denkungsart manifestiert sich am vehementesten in der Sequenz: „*bin dann immer mehr politisch interessiert worden*“ (Z15), welche sich auch im Anschluss an die Frage nach seiner parteipolitischen Sozialisation wiederholt (Z34). Der Befragte erklärt hier seine Entscheidung für die Sozialdemokratische Partei ausgehend von „*einem subjektive[n] Empfinden einer Ungerechtigkeit*“ (Z32-33). Dieses erlebte er schon in seiner Schulzeit bei der Wahrnehmung von Unterschieden bei den finanziellen Ausgangsbedingungen seiner Mitschüler.

*„Und hab dann dacht, no guat des kanns eigentlich auch nicht sein und ehm (..) bin dann immer mehr auch politisch interessiert worden, hab mich auch mit, mit der Thematik auseinander gesetzt, (..) dass (..) i gern hätt, dass alle unabhängig der Herkunft gleiche Chance kriegen. Und das war dann für mi am ehesten die Sozialdemokratie.“*(Z33-36)

In seiner Darstellung hat die Ungerechtigkeit, welche er in seiner Umgebung erfahren hat, ihn dazu gebracht sich der Politik und speziell der SPÖ zuzuwenden. Auch diese Sequenz entspricht dem Bild einer idealtypischen, sozialdemokratischen Laufbahn. Die lebensweltliche Wahrnehmung der Auswirkungen einer ungleichen Verteilung von Ressourcen führt darin direkt zu der scheinbar klassisch sozialistischen Forderung nach einer genealogisch indifferenten Chancengleichheit. Diese Forderung ist jedoch kein sozialistisches oder sozialdemokratisches Alleinstellungsmerkmal. Gerade die Verwendung des Begriffes der Chancengleichheit, im Gegensatz zum einfacheren und gleichzeitig vagieren Gleichheitsbegriff, zeigt eine Parallele zu genuin liberalen Denkweisen auf. Die Beifügung „*unabhängig der Herkunft*“ (Z35) unterstreicht, dass es sich hier nicht eigentlich um die Forderung nach einer Umverteilung der Ressourcen handelt, also um die Gleichheit des „Outputs“, sondern nach der Schaffung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, welche allen Individuen ermöglicht, Leistung zu bringen bzw. ein produktives Mitglied des Gesellschaftsgefüges zu werden.

Peter Sloterdijk (2015) schreibt von der Egalität als Leitwert einer heterokulturellen, modernen Zivilisation (vgl. Sloterdijk 2015: 316) und der geschichtlichen wie aktuellen „*entente cordiale*“ zwischen Sozialismus und Liberalismus in der Ermöglichung eines „*voraussetzungslosen Lebens*“. (vgl. ebd.: 24) „Die scheinbar unversöhnlichen Gegenspieler sind die besten Freunde, wenn es darum geht, die familialen, genealogischen und in erfolgreichen Filiationen gegründeten Prämissen des „*sozialen Lebens*“ zu verdunkeln.“ (vgl. ebd.: 25)

Die Folgen einer weitgehend automatisierten Gleichheitsforderung, in der Sphäre der Selbstverständlichkeit bzw. „Matrix der Zeitgemäßheit“ (Dugin 2013: 162), für den politischen Diskurs, wurden bereits in der theoretischen Auseinandersetzung (Kap. 2.9) und in der Interpretation von Interview 2 dargelegt und sollen an dieser Stelle nochmals kurz mit einem Zitat von Frank Böckelmann angedeutet werden: „So verleibt sich die Kommunikation das Kommunizierte ein. Die Verfahrensregel, d.i. die Gleichheitsforderung, macht sich zum Hauptthema der Gleichheitsdebatte. Dies ist das letzte Wort der Leitidee. Soziale Gerechtigkeit – um wessenthalben? Diese Frage fällt unter das Obszönitätsverdikt.“ (Böckelmann 2014: 116) Weiters stellt sich die Frage nach der Realisierbarkeit von Chancengleichheit, oder - wie in der weiteren Interpretation ausgeführt wird – nach der Rolle des Begriffs in der von Schelsky (1977) beschriebenen sozialen Heilslehre.

Der Befragte beschreibt weiter die Prägung durch seine Großeltern, für welche als Arbeiter die SPÖ die einzig wählbare Partei darstellte und kommentiert diese Einstellung leicht lachend mit dem Nebensatz: „[...] *was a interessante Aussage war.*“ (Z38) Er zeigt damit, dass ihm das Abhandenkommen der praktischen Monopolstellung der Sozialdemokratischen Partei in der Wählerschicht der „Arbeiter“ sehr klar bewusst ist. Gleichzeitig versucht er mit den beschriebenen Mitteln seine Partei als die legitime Vertretung der Interessen der Arbeiter zu positionieren und die in diesem Wählersegment als größte Konkurrentin wahrgenommene FPÖ vor allem mit dem Vorwurf des Populismus und der Xenophobie (Z131-140) ihre Glaubwürdigkeit abzusprechen. Hier manifestiert sich wiederum im Sprechakt der beschriebene Konflikt der ehemaligen Großparteien mit dem aufkommenden „Rechtspopulismus“. (Kap. 2.5) Er betont diese Einflüsse in der politischen Sozialisation nicht unhinterfragt angenommen zu haben, sondern die Parteien am Maßstab seiner Wertbilder evaluiert zu haben: „*Und das hab ich dann gemacht und bin dann auch zur Erkenntnis kommen, dass die Sozialdemokratie mit ihren Werten nach Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (..) am ehesten auch meinem Wertemuster entspricht und hab mi dann dafür bewusst und aktiv entschieden.*“ (Z39-42) Diese Entscheidung, so betont der Befragte, war also eine aktive und rationale, was sich deutlich von der bisherigen passiven Beschreibung seines politischen Sozialisationsprozesses abhebt. Auf Nachfrage bestätigt er, dass es sich lediglich im ersten Schritt um eine „*emotionale Prägung*“ handelte. (Z44-46) Auch hier wird von ihm klargestellt, dass aus einer rationalen Betrachtung heraus die sozialdemokratische Partei am ehesten die Interessen der Arbeiterschaft vertrete.

Auch im weiteren Verlauf des Interviews wird die Chancengleichheit als der zentrale politische Leitwert des Befragten hervorgehoben: *„Für a Gesellschaft insgesamt ist die Kernfrage: (.) Wohin wolln wir uns entwickeln und wie gemma miteinander um? Das heißt ehm, gehts darum eine Gesellschaft in den Werten so zu gestalten, dass ehm Chancengleichheit gegeben is, dass auch ehm (..) möglichst alle Menschen die Chance bekommen, ihre Träume in der Arbeitswelt, die ja wesentlich ist ehm (..) als Ausgangsposition für die Lebensqualität der Menschen ehm (.) auch umsetzen und verwirklichen können und gelingt es dann letztlich auch ein selbstbestimmtes, glückliches Leben in Würde damit zu ermöglichen.“* (Z80-86)

Mit der Forderung nach Chancengleichheit geht logisch eine Kritik des Status quo einher, in dem er dieses Ideal nicht verwirklicht sieht. Der Maßstab für diese implizite Wertung wird dabei nicht aus einer vergangenen Realität bezogen, sondern aus einer vorgestellten Zukunft. Diese Form der Urteilsbildung und Wertung entspricht nach Dugin der Denkweise marxistischer bzw. „linker“ Geistestradiation. (vgl. Dugin 2013) Sie geht dabei deutlich von einem Verhältnis zur Wirklichkeit aus, das Schelsky (1977) mit der „neuen Heilslehre“ identifizierte, die im Gegensatz zur älteren christlichen Heilslehre eine „Transzendenz im Diesseits“ (Schelsky 1977: 77) verheißt. Noch deutlicher manifestiert sich dieses Weltverhältnis in der seinen Gedankengang konkludierenden Äußerung: *„Nachdem i offen gstanden Atheist bin und davon ausgeh, man lebt nur einmal, (I: Mhm) sollte scho das Recht darauf sein, dass möglichst alle a glückliches Leben führen.“* (Z96-98)

Auffällig ist in dieser Sequenz außerdem die Formulierung *„eine Gesellschaft in den Werten so zu gestalten“*, welche suggeriert, eine Gesellschaft könne z.B. durch politische Intervention auch in ihren Werten aktiv umgestaltet werden. Sie entspricht der von Nassehi beschriebenen linken Perspektive, die vorgibt eine Gesellschaft wie ein direkt veränderbares Objekt behandeln zu können, da man Einsicht in deren Gesetzmäßigkeiten habe. (vgl. Nassehi 2015) Der Befragte divergiert in diesem Punkt jedoch mit dem historischen Materialismus, der eine Umgestaltung der Werte bzw. des kulturellen Überbaues nur durch eine Änderung der Produktionsverhältnisse als möglich erachtet, indem er von einer direkten Reformierbarkeit der gesellschaftlichen Werte ausgeht. Dieser auch von Gramsci (1991) vertretene Ansatz setzt eine weitgehende Kontrolle des Kulturbetriebes voraus, was laut Schelsky (1977) durch die „Sinnvermittler“ in ihrer „Klassenherrschaft“ über die produktive Bevölkerung auch realisiert wurde.

Der Endzweck dieser Bemühungen ist für den Befragten die Ermöglichung eines selbstbestimmten und glücklichen Lebens in Würde für alle Menschen (vgl. Z85-86). Den Kern dieser eudaimonistischen Äußerung bildet der Begriff der Selbstbestimmung. Dieser hat sowohl bei Schelsky (1977), als auch bei dem Kulturwissenschaftler Böckelmann eine zentrale Stellung in ihren Analysen des politischen Diskurses. Letzterer bezeichnet Selbstbestimmung, als „die heute meistgebrauchte Erst- und Letztbegründung für Forderungen aller Art.“ (Böckelmann 2014: 110) Er beschreibt auch die ebenfalls vom Befragten getätigte Praxis, diese dicht an die Wahrung der Menschenwürde zu rücken. (vgl. ebd.) Die Funktion dieses Begriffes im politischen Diskurs liegt laut Schelsky in der Durchsetzung von Forderungen und Maßnahmen, die die Voraussetzung für diese Selbstbestimmung darstellen sollen. „Im Rückgriff auf die Vorstellungen der idealistischen Philosophie wird die subjektive Freiheit des Menschen als *Selbstbestimmung* oder *Selbstverwirklichung* bestimmt, ihre Verwirklichung aber davon abhängig gemacht, daß eben die sozialen Umstände geschaffen werden, die dies erst ermöglichen.“ (Schelsky 1977: 78)

Sowohl Schelsky als auch Böckelmann nehmen die Unbestimmtheit des Begriffes wahr, welche zu seinem Erfolg in der Argumentationspraxis entscheidend beiträgt. Er stellt ein „hochgeschätztes Synonym für die Leere“ (Böckelmann 2014: 111) dar, welches „die Frage wohin wir uns emanzipieren wollen (= was wir sind), an unsere Fähigkeit zur freien Auswahl knüpft.“ (ebd: 113) „Welches „Selbst“ dabei freigesetzt, „emanzipiert“ werden soll, bleibt dabei ebenso unbestimmt und vielfach deutbar wie der konkrete soziale Endzustand;“ (Schelsky 1977: 78)

Auch hier verwendet der Befragte wiederum seinen persönlichen Werdegang als Element seiner Argumentation: „damit [...]auch so (.) Arbeiterkinder wie ich eines bin, die, die Chance bekommen, auch Träume zu verwirklichen.“ (Z92-96) Diese Korrespondenz von politischem Argument und persönlicher Genese soll vor allem Authentizität vermitteln. Das Streben nach dieser mittels der Personifizierung des Diskurses, ist ein weiteres Indiz für das Fehlen authentischer politischer Inhalte bzw. deren Erübrigung durch das Verfahren des Diskurses.

#### 4.1.4 Interview 4 (NEOS)

*„Ich muss die Integrationsleistung auf die Höhe der Zeit schaffen. Wenn ich diese Integrationsleistung nicht schaffe, dann verwirke ich den Anspruch auf (.) eine Volkspartei, nicht ÖVP, sondern im politologischen Sinne eine Volkspartei sowie SPÖ und ÖVP ist immer eine soziale Integrationsveranstaltung. Ich schaffe es, Anliegen, Interessen aus mehreren Bevölkerungsschichten (..) zu kanalisieren, zu integrieren und das Gesamte auf Höhe der Zeit abzubilden. (..) Und das schaffen die Zwei nicht mehr und deswegen sind sie seit vier Jahrzehnten in einer Abwärtsbewegung.“ (Z61-67)*

Zu Beginn beschreibt der Befragte 4 die Anfänge seiner politischen Karriere im ÖVP-nahen Umfeld. Er war *„außerordentliches“* (Z6) Mitglied des Wirtschaftsbundes und betont dabei, dass es ihm wichtig war damit nicht automatisch zum Parteimitglied zu werden. Wichtig erscheint ihm außerdem zu unterstreichen, dass er als Unternehmer diese Organisation angehörte und damit diese Rolle als vorrangig vor dem politischen Engagement ansah. Trotzdem bezeichnet er die ÖVP als seine damalige politische Heimat. *„Aber Ja ich kenne die ÖVP sehr gut, also insofern (..) hob i auch eine Zurechnung (..), eine politische Heimat gehabt, ja wenn man so will.“* (Z9-10) Darauf folgt umgehend wiederum eine Relativierung dieser Zurechnung mit dem Hinweis auf sein Wahlverhalten: *„Oba i hob auch schon grün gewählt, liberal.“* (Z10)

Die beschriebene parteipolitische Ambivalenz in der eigenen politischen Sozialisation, stellt einen massiven Unterschied zu der Beschreibung des befragten sozialdemokratischen Repräsentanten in Interview 3 dar. Wo bei diesem, eine quasi bruchlose Entwicklung aus den familiären Verhältnissen, dem *„typischen Arbeitermilieu“*, hinein in die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen steht, beschreibt der Befragte 4 einen komplexeren Auswahlprozess, der zunächst eher pragmatischen Kriterien folgte. Er erwähnt auch keine parteipolitische Prägung durch sein näheres soziales Umfeld, welche seine Richtungsentscheidung beeinflusst hätte. Vorrangig schien ihm eher eine adäquate Interessensvertretung im Hinblick auf seine unternehmerische Tätigkeit zu finden. Er teilt jedoch, wie im weiteren Verlauf ersichtlich wird, mit dem Befragten 3 die Nutzung des eigenen persönlichen Werdeganges als politisches Argument.

Im Vergleich zu den drei anderen befragten Repräsentanten, können deutliche Unterschiede in den dahinterliegenden Relevanzsystemen festgestellt werden. Bei den Befragten von FPÖ und ÖVP scheint, zumindest oberflächlich, die gefestigte und parteipolitisch zuordenbare Weltanschauung eine Selbstverständlichkeit darzustellen. Der Repräsentant der SPÖ nimmt in die Beschreibung seiner politischen Genese zwar ein Element der Reflexion auf, lässt aber keine Zweifel offen, dass eine anderweitige Parteizugehörigkeit aufgrund seiner Sozialisation, kaum in den Bereich des Möglichen fiel. Für den Befragten 4 scheinen traditionelle parteipolitische Kategorien keine wirkliche Rolle zu spielen. Deshalb erfolgt auch keine Selbsteinordnung, die mit denen der anderen Befragten vergleichbar wäre. Im Zentrum scheint bei ihm eher ein gewisser Individualismus und Pragmatismus zu stehen, was er auch vollkommen offen äußert. Im Vordergrund steht bei ihm die Unabhängigkeit von parteipolitischen Zusammenhängen und möglicherweise vom Politischen an sich.

In der Beschreibung seines ambivalenten Wahlverhaltens vor seiner politischen Karriere, gibt der Befragte an neben der ÖVP auch grün und liberal gewählt zu haben. Auf der Ebene des sozialen Milieus ergibt sich damit ein relativ stimmiges Bild, da alle drei Richtungen in Österreich, und mehr noch in Wien, traditionell eine Klientel bedienen, die eher in den oberen Sphären der sozialen Hierarchie anzusiedeln sind, auch wenn die sozialen Milieus und deren Parteibindungen in den letzten Jahren einer substanziellen Erosion unterworfen sind. (vgl. Pelinka/Plasser/Meixner 2000) Diese Auswahl scheint jedoch auf der ideologischen Ebene nicht vereinbar mit einer konsistenten politischen Werthaltung. Alle drei Richtungen vertreten in ihrer originären Verfassung weitgehend disjunkte Wertbilder und Positionen. Dass der Befragte in der Vergangenheit für alle drei Parteien votierte, ist ebenfalls ein Indiz für die schwindende Bedeutung von Ideologien im politischen Diskurs und damit auch im Wahlverhalten der Bürger zu deuten.

Er bezeichnet die ÖVP als seine damalige politische Heimat, obwohl er durch sein Wahlverhalten auch wertliberale Parteien unterstützte. Weiters erklärt er bei einem hochrangigen Abgeordneten der ÖVP als parlamentarischer Mitarbeiter gearbeitet zu haben, dem er seine politische Ambivalenz offenlegte, was für diesen jedoch keine Rolle spielte. Hier wird ebenfalls ersichtlich, dass ein gefestigtes politisches Wert- und Weltbild auch im parlamentarischen Betrieb keine vornehmliche Relevanz besitzt.

Der Befragte zeigt seine Wertschätzung für diese Haltung des Abgeordneten mit der Äußerung: *„Des hat mi beeindruckt ghabt, die Offenheit.“* (Z16) Das was der Befragte als *„Offenheit“* interpretiert und eindeutig positiv wertet, kann jedoch auch als Resultat der weitgehenden programmatischen Gleichschaltung durch die postliberale Hegemonie und der daraus entstehenden Entpolitisierung betrachtet werden. In diesem Zusammenhang haben Ideologien oder ideologische Phrasen nur mehr die Bedeutung einer Fassade zur Verdeckung eines nahezu allumfassenden Konsenses. (siehe Kap. 2.8) Unter der Bedingung der politischen Gleichschaltung stellt parteipolitische Ambivalenz keine prinzipienlose Beliebigkeit dar, sondern wird als *„Offenheit“* eine normative Leitidee, die auch die weitere politische Entwicklung in diesem Sinne beeinflusst. Der Befragte kann als avantgardistisches Element dieses Prozesses betrachtet werden, was auch seine folgenden Ausführungen bestätigen.

Er beschreibt, dass er aufgrund wachsender beruflicher Verantwortungen im privatwirtschaftlichen Bereich seine politische Tätigkeit zurücklegen wollte, jedoch von dem erwähnten ÖVP-Abgeordneten, mit der Aussicht auf eine Kooperation im Wirtschaftsbund, zum Verbleib bewegt wurde. Seine weitere Tätigkeit im ÖVP-nahen Umfeld scheint somit eher von ökonomischen Interessen getrieben gewesen zu sein, als von ideologischer Verbundenheit. Er schien sogar die wertkonservative Ausrichtung der Partei tendenziell abzulehnen, was diese von ihm beschriebene Szene illustriert:

*„Ich hab auch einmal öffentlich den Schüssel kritisiert bei der Veranstaltung 2001, kann mich erinnern. Ich wollte, ich hab ihm ein Patchwork-Kapperl überreicht und hab gsagt, dass regieren können, hams jetzt bewiesen, ich find das toll, aber ich bin (...) Vertreter einer Patchwork-Generation. Unsere Erwerbsbiographien sind bunt, unsere Lebensentwürfe sind bunt und ich bitte, dass sie auch Anwalt dieser bunten Lebensentwürfe werden und überreiche ihnen das Kapperl. Darauf ereilte mich ein Bannstrahl der Partei, weil der, sein Stab hat das nit lustig gfunden. Also da gabs viele Erlebnisse, die für mich auch ehm (...) irgendwie gezeigt haben, in dieser Partei wäre wohl kein Platz für mich.“* (Z40-47)

Es zeigt sich das Selbstbild des Befragten, als Träger des sozialen „Fortschritts“ in eine dafür verständnislose Altpartei, in seiner Äußerung, *„Vertreter einer Patchwork-Generation“* zu sein. Seine Definition des Fortschritts, ist dabei offenbar im Sinne jener im Theorieteil konstatierten Entwicklung hin zur liberalen Hegemonie, welche sich bei Fehlen einer substantziellen Opposition, zu den beschriebenen postliberalen Verhältnissen pervertiert. (siehe Kap. 2.4)

Es scheint für ihn auch nicht weiter notwendig auszuführen, was ihn zu dieser demonstrativen Aktion bewegt hatte. Er nimmt es für seine Zielgruppe als selbstverständlich an, dass er mit seiner versuchten Aufwertung eines nicht-traditionellen, liberalen Familienbildes auf der Seite des Fortschritts steht. Es handelt sich um eine weitere Manifestation der liberalen Ausrichtung der „Matrix der Zeitgemäßheit“. (vgl. Dugin 2013) Auch die Form des Ausdrucks seiner Kritik an der damals in seiner Wahrnehmung vorherrschenden Parteilinie – die Überreichung eines „Patchwork-Kapperls“ – ist kohärent mit der gängigen liberalen Symbolpolitik. (vgl. Böckelmann 2014) Der „*Bannstrahl der Partei*“, der ihn laut eigener Aussage darauf folgend erteilte, ist, im Kontext der beschriebenen postliberalen Verhältnisse und der von ihm implizit beschriebenen weitgehenden innerparteilichen Indifferenz gegenüber ideologischen Grundwerten, eher Ausdruck eines unpolitischen Strukturkonservatismus als eines traditionellen Wertkonservatismus. (siehe Kap. 2.2.2)

Seine Kritik an der Parteilinie der ÖVP lässt sich auch nicht auf die Forderung reduzieren, dass die Führungsebene – in diesem Falle der damalige Bundeskanzler – der Realität der sich zunehmend verändernden Familienverhältnisse Rechnung trägt. Sie drückt vielmehr auch die normative Wertung der traditionell als atypisch erachteten Familienverhältnisse, als eine Manifestation einer positiven, fortschrittlichen Entwicklung aus. Ersichtlich wird das vor allem an der Attribuierung dieser Lebensumstände als „*bunt*“. Dieses Adjektiv kann als viel gebrauchtes Element der postliberalen Diskurspraxis betrachtet werden, welche, wie beschrieben (Kap. 2.9), den Gehalt durch das Verfahren ersetzt. (vgl. Böckelmann 2014) Es ästhetisiert und verflacht gleichzeitig den Begriff der „Vielfalt“, welcher seine ideengeschichtlichen Wurzeln im Konzept des Pluralismus hat. Im aktuellen Diskurs ist er jedoch einer der Begriffe, der aus Sorge vor der Exklusion von Personen, Gruppen, Orientierungen etc., als Anfangs- und Endpunkt jeder politischen Diskussion, eine substanzielle inhaltliche Auseinandersetzung verhindert. (vgl. ebd.) Der Befragte wendet diesen Begriff, der als Plattitüde in der Migrations- und Integrationspolitik schon lange die Funktion als „Platzhalter der Ethik“ (ebd.) erfüllt, auf den zusammenhängenden Wandel von Arbeitsverhältnissen und Familienstrukturen (vgl. Rosa 2012: 107) an. Mit seiner kritischen Geste gegenüber der Parteiführung wollte er eine Symbolpolitik in diesem Bereich anstoßen, welche in ihrer Auswirkung z.B. mittels eines dadurch vermehrt entstehenden Rechtfertigungszwang für das Festhalten am Gegebenen, gesellschaftspolitisch durchaus von entscheidender Bedeutung sein kann.

Sighard Neckel konstatiert dazu: „Dies stiftet eine symbolische Realität, hinter die der einzelne nicht zurück kann. Schon dies verändert die Gesellschaft, unabhängig davon, ob denn nun tatsächlich alles anders geworden ist, als in Zeiten, in denen sie noch aus wenigen Großgruppen bestand [...]“ (Neckel 2000: 40) Symptomatisch für die postliberalen Entgrenzungserscheinungen ist dabei, dass sich der Befragte als Vehikel seiner Forderungen die ÖVP erwählte, welche sich unter anderem durch ihren konservativen Anspruch definiert, obwohl andere Parteien (SPÖ, Grüne) ohnehin das Ideal einer liberalen Familienpolitik vertreten.

Er kann in diesem Zusammenhang als beispielhafter Träger der „Landnahme“ oppositioneller Weltanschauungen durch den postliberalen bzw. postdemokratischen Konsens gesehen werden, welcher in fortgeschrittener Form auch die verbliebenen ideologischen Fassaden für obsolet erklärt, und versucht traditionelle politische Wertbilder mit dem substanzlosen Jargon der Vielfalt, Offenheit, Toleranz, Selbstbestimmung etc. zu ersetzen. Diese Entwicklung ist die parteipolitische Manifestation der von Böckelmann beschriebenen „Anpassung des menschlichen Denkens und Strebens an die Eigenbewegung der Märkte und Börsen.“ (Böckelmann 2014: 64) Weitergedacht sollen keine weltanschaulichen Abgrenzungen mehr den Markt der Wähler segmentieren, sondern technische Kompetenz und „Persönlichkeit“ sollen bestenfalls die Hauptkriterien der Entscheidung zwischen ideologisch gleichgeschalteten Proponenten und deren Organisationen, nicht Parteien, sein.

Darauf folgt eine umfassende Kritik an der aus seiner Sicht für innovative Elemente undurchlässigen Institutionskonstellation der ÖVP:

*„Ich muss die Integrationsleistung auf die Höhe der Zeit schaffen. Wenn ich diese Integrationsleistung nicht schaffe, dann verwirke ich den Anspruch auf (.) eine Volkspartei [...] ist immer eine soziale Integrationsveranstaltung. Ich schaffe es, Anliegen, Interessen aus mehreren Bevölkerungsschichten (..) zu kanalisieren, zu integrieren und das Gesamte auf Höhe der Zeit abzubilden..“ (Z61-66)*

Der Gegenstand seiner Kritik ist dabei nur vordergründig die strukturkonservative Verfasstheit der Partei. Seine Forderung nach einer breiteren Integration von verschiedenen „Anliegen“ und „Interessen“ unterläuft auf struktureller Ebene das konstituierende Prinzip von Parteien an sich. Für die Parteilichkeit ist die Exklusion eine logische Notwendigkeit.

Das Postulat des Befragten, den Grad an Inklusivität innerhalb der Partei zu erhöhen, bedeutet in den beschriebenen Rahmenbedingungen die Auflösung der vermuteten verbliebenen weltanschaulichen Bollwerke und das Verschwinden der Unterscheidbarkeit der Parteien untereinander. Seine Formulierung, das integrative Gesamte dann „auf Höhe der Zeit“ abzubilden verweist wiederum auf die von Dugin (2013) konstatierte „Matrix der Zeitgemäßheit“.

Aus Sorge, gewisse parteipolitische Positionen könnten nicht der „auf Höhe der Zeit“ sein, sollen möglichst viele Partialinteressen in die parteiliche Ausrichtung aufgenommen werden. Je mehr und je divergierendere Interessen versucht werden darin zu integrieren, desto vager gestaltet sie sich jedoch. Wird diese Vorgangsweise zunehmend von allen Parteien verfolgt, bleibt keine substanzielle Opposition und für die Wähler keine wirkliche Alternative übrig. Auch der Philosoph Peter Sloterdijk beschreibt die moderne Tendenz zur Landnahme bzw. Inklusion eigenständiger Elemente, seien sie personell oder ideell, in den postdemokratischen oder postliberalen Konsens: „Der Weltinnenraum des Kapitals dehnt sich unaufhaltsam aus. Der Trend zur Inklusion von Exkludierten bezeichnet auch in Zukunft die Hauptrichtung der sozialen Evolution – er macht damit fortbestehende Exklusionen noch auffälliger als bisher. Weitere Inklusion bedeutet: Im inneren der Rechts-, Anerkennungs- und Anspruchszone steigt der Druck. Von einer Halb-Erfüllbarkeit zur nächsten stürzen die Reklamationslawinen zu Tal.“ (Sloterdijk 2015: 484)

Der Befragte kann mit seinen Reklamationsversuchen ebenfalls als Träger der von Schlesky (1977) beschriebenen Heilslehre, in ihrer Essenz, betrachtet werden, da er implizit ihr „Weltverhältnis“ inkorporiert hat. Jedoch verwendet er nicht mehr die klassischen, aus dem Marxismus entlehnten Begrifflichkeiten als ideologische Fassade, da diese Terminologie immernoch ein Element der Exklusion beinhaltet, und somit nicht gänzlich „auf Höhe der Zeit“ erscheinen kann, sondern beschränkt sich nunmehr gänzlich auf den von Böckelmann (2014) konstatierten „Jargon der Weltoffenheit“. Wie sich auch im weiteren Verlauf des Interviews erweist (Z83-133), liegt das Hauptaugenmerk seines politischen Selbstverständnisses am Individuum, welches laut Dugin (2013) das historische Subjekt des Liberalismus darstellt. Das Individuum soll emanzipiert werden von traditionellen, als repressiv empfundenen, sozialen Bindungen und kollektiven Identitäten welche auch aus ideologischen Bezügen konstituiert sein

können, damit sich der innewohnende „*Wesenskern*“ (Z97) aus sich selbst heraus verwirklichen kann. Da die ÖVP, beispielsweise wegen dem scheinbaren Festhalten an traditionellen Familienbildern, diesen Vorstellungen in zu geringem Maße entsprach, beteiligte sich der Befragte in führender Position an der Gründung einer neuen, liberalen Partei. Die Forderung nach Emanzipation des Individuum führt, wie beschrieben in ihrer postliberalen, automatisierten Form zum Verlust der sozialen Dimension im gesellschaftlichen Leben (vgl. Dugin 2013, Böckelmann 2014), und auf politischer Ebene zur weitgehenden Gleichschaltung (vgl. Habermas 1973, Mouffe 2011) in einem allumfassenden Konsens, in dem oppositionelle Positionen nicht „auf Höhe der Zeit“ oder in manchen Fällen sogar als unmoralisch erscheinen, da sie den „sozialen Fortschritt“, hin zur Utopie des zur Gänze befreiten Individuums, eingebettet in eine egalitäre Gesellschaft, aus, für die Träger dieses Fortschritts nicht nachvollziehbaren Gründen, behindern.

## **4.2 Strukturhypothesen**

Anschließend an die exemplarischen Interpretationen sollen nun die zentralen Strukturhypothesen wiedergegeben werden, welche sich aus der vollständigen Durchführung des objektiv hermeneutischen Verfahrens mit Hinblick auf die Leitfragen ergeben. Die vier hier formulierten Hauptmerkmale, resultieren aus der Anwendung des „Polit-Profilings“ auf die vier ausgewählten Interviewpartner und können als Manifestationen, der im Theorieteil dargelegten Rahmenbedingungen des politischen Diskurses betrachtet werden, welche sich in den Interaktionstexten abbilden.

### **4.2.1 Personalisierung als Prothese**

Die Personalisierung der Politik als strukturelles Phänomen schlägt sich, zwar in verschiedenem Ausmaß, jedoch in allen analysierten Interviews nieder. Sie manifestiert sich direkt in den geäußerten Wahrnehmungen des erhöhten Stellenwertes von zentralen Persönlichkeiten gegenüber Parteien, Gesinnungen oder Funktionen, oder indirekt über die Betonung des Stellenwertes der persönlichen Bürgernähe oder der Nutzung der eigenen Person bzw. des persönlichen Werdeganges als politisches Argument.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur existiert kein einheitliches Verständnis der Personalisierung der Politik. Es werden aber bestimmte typische Aspekte dieser Tendenz beschrieben. Es geht dabei vor allem um die Einengung des politischen Diskurses auf persönliche Charakteristika, auf Kosten von Sach- und Themenbezügen, wobei diese Diagnose meist mit einer kritischen Bewertung verbunden ist. (vgl. Kindelmann 1994: 27) Unter Personalisierung „wird verstanden, dass politische Programme und Ziele aufs intensivste mit zentralen politischen Rolleninhabern in Verbindung gebracht, auf sie reduziert werden, und damit Politik langfristig auf Personen verkürzt wird.“ (Kaase 1986: 365) Dabei wird der Kandidat oder politische Funktionsträger zum „Deutungsmuster komplexer politischer Tatbestände.“ (Kaltefleiter 1981: 296) Es findet eine tendenzielle Entkopplung der betreffenden Person von ihrer Partei statt, was in der Fachliteratur als Amerikanisierung des politischen Betriebes gilt. (vgl. Brettschneider 2002)

Diese Entkopplung findet tendenziell bei allen interviewten Politikern seinen Niederschlag, jedoch in unterschiedlicher Form und Ausmaß. Von den Befragten aus FPÖ und ÖVP wird sie bewusst wahrgenommen und hat auch eine Stellung in den jeweiligen Relevanzsystemen inne, welche sie dazu veranlasst es im offenen Gespräch zur Sprache zu bringen. Der Befragte der SPÖ verbindet seine Person bzw. seinen persönlichen Werdegang als politisches Argument diskursiv mit seiner sozialdemokratischen Gesinnung, wobei diese hauptsächlich auf den von Böckelmann (2014) beschriebenen Jargon beschränkt ist und neben den egalitären Merkmalen auch viele liberale Elemente enthält. Da dieser Jargon die opportune Kommunikationsform des postliberalen Konsenses darstellt, ist die Entkoppelung bei diesem Befragten weit weniger ausgeprägt. Die Profilierung der eigenen Person kann hier relativ problemlos mit der Profilierung der Partei einher gehen, was bei den Befragten 1 und 2 in nur geringem Ausmaß der Fall ist, da deren politische Grundwerte außerhalb der „Matrix der Zeitgemäßheit“ (vgl. Dugin 2013: 162) stehen.

Der Befragte 1 spricht offen von einem Zwiespalt zwischen den Erfordernissen der Gesinnungstreue und jenen des politischen Erfolges. Dieser Zwiespalt kann in der geäußerten Form nur auftreten, wenn die im Theorieteil beschriebenen Rahmenbedingungen den Diskurs dahingehend verengen, dass die Äußerung gewisser Grundwerte sich schädlich auf einen Politiker und Seine Partei auswirken könnte. Deshalb wird hier ein Voranstellen von „Persönlichkeiten“ vor die Partei oder Ideologie relativ bewusst als politische Strategie eingesetzt.

Der Befragte 2 (ÖVP) sieht die vermehrte Personalisierung verbunden mit der Technokratie als Folge der fehlenden „Grundwerteorientierung“. Bei dem Befragten 4 steht eine stark individuelle Perspektive im Zentrum seiner Ausführungen, in denen Ideologien hauptsächlich die Rolle von repressiven und damit aufzulösenden Residuen der Vergangenheit zukommen.

Personalisierung wird also je nach Stellung außerhalb oder innerhalb der „Matrix der Zeitgemäßheit“ unterschiedlich wahrgenommen und angewandt. Für Erstere stellt sie eher ein kritisch betrachtetes Moment dar, welches eine Notwendigkeit in der politischen Praxis darstellt. Für Letztere ein Instrument der Profilierung, in der eklektisch ideologische Elemente (meist egalitäre und liberale) mit einbezogen werden können. Generell kann sie als Instrument gesehen werden, um die durch die oben beschriebenen Rahmenbedingungen schwindenden politischen Antagonismen mit persönlichen Charakteristika zu ersetzen, um somit die Unterscheidbarkeit der politischen Proponenten zu erhöhen und damit den systemerhaltenden, postliberalen Konsens zu bewahren.

#### **4.2.2 Gesinnungsethik ohne Gesinnung**

Mit der Abkehr von Themen- und Sachbezügen im politischen Diskurs stehen zunehmend die betreffenden Personen und deren Integrität im Zentrum. In diesem Zusammenhang werden auch Positionierungen, seien sie generell oder zu gewissen Sachfragen, mit moralischen Wertungen belegt, welche am Diskurs teilnehmende Personen bereits im Voraus diskreditieren sollen, ohne auf eine sach- oder themenzentrierte Auseinandersetzung eingehen zu müssen. Dieses Phänomen steht in engem Zusammenhang mit der Personalisierung und auch mit der damit einhergehenden Form der medialen Berichterstattung. (vgl. Wilke 1998)

In den vorliegenden Interviews wurde diese Tendenz, welche auch im Theorieteil (Kap. 2.6) beschrieben wurde, zum Teil von den Befragten relativ explizit reflektiert, und zum Teil konnte sie als latenter Struktur aus den Interaktionstexten abgeleitet werden. Viele Formulierungen, vor allem in den Interviews mit Befragten der FPÖ und ÖVP, weisen auf die latente Bedrohung einer moralischen Stigmatisierung hin, die vor allem mit der politischen Richtungsbestimmung „rechts“ in Zusammenhang steht.

Es wird nicht nur dieser Begriff vermieden, sondern auch jegliche Formulierung, die mit diesem in Verbindung gebracht werden könnte. Vor allem in Interview 1 wird offensichtlich, wie vehement diese Vermeidungsstrategie verfolgt wird.

Diese Verhaltensweisen im Gespräch deuten auf eine Moralisierung hin, was eine Verfasstheit des Diskurses bezeichnet, in der immer mehr Sachthemen zu Fragen der „Ethik“ stilisiert werden. (vgl. Großmaß/Anhorn 2013) Dabei werden jene Positionierung als „unethisch“ oder „amoralisch“ Stigmatisiert, welche sich nicht in den von Böckelmann (2014) beschriebenen „Jargon der Weltoffenheit“ ausdrücken lassen bzw. nicht der von Schelsky (1977) konstatierten „Heilslehre“ entsprechen. Die viel zitierte „politische Korrektheit“ stellt die im postdemokratischen Konsens zum Inhalt transzendierten Verfahrensregeln dar, welche in dieser Form sachliche Auseinandersetzungen verunmöglichen und jeglichen Inhalt erübrigen. Da dieses spezifische Weltverhältnis keine zusammenhängende Ideologie oder Gesinnung darstellt (vgl. Schelsky 1977; Böckelmann 2014), kann auch nicht von einer Gesinnungsethik (vgl. Weber 1999) im eigentlichen Sinne gesprochen werden.

Die Ausdrucksformen der Befragten deuten auf eine hypermoralische Aufladung (vgl. Gehlen 2004) des Diskurses hin, welche eine Abweichung vom postliberalen Konsens und dessen Jargon, von einer sachlichen oder ideologischen Differenz zu einer persönlichen bzw. charakterlichen Verfehlung macht. Im Falle einer derartigen Abweichung wird von den ausgesprochenen Trägern des Konsenses als inflationär gebrauchtes, rabulistisches Mittel der „altböse Feind“ (Böckelmann 2014: 77) heraufbeschworen und der Abweichler mit Etiketten wie „Sexismus“, „Rassismus“, „Faschismus“ etc. bedacht. Solche Rituale der Entrüstung haben nicht nur eine wichtige Abwehrwirkung nach außen, sondern dienen den Konsensträgern auch zur Selbstvergewisserung, dass die „Nullposition das wahre Leben ist“ (vgl. ebd), bzw. dass eine diskussionswürdige Opposition zum postliberalen Zustand nicht möglich ist, da schon die geringste, auch nur rhetorische Deviation diskursiv mit allgemein geächteten sozialen Organisationsformen verbunden wird.

Durch diese Diskurspraxis wird ein stark polarisiertes Spektrum erzeugt, auch wenn nur geringfügige und keine grundsätzlichen Unterscheidungen möglich sind. Bei der Frage um die Position innerhalb oder außerhalb des Konsenses spielen Nuancen kaum mehr eine Rolle.

Aus den Interaktionstexten wird die Bemühung der Befragten ersichtlich, sich an den opportunen Jargon zu halten um nicht aus dem vorherrschenden Konsens zu fallen. Diese beschriebene Gesinnungsethik ohne Gesinnungen reduziert das Spektrum der einnehmbaren Positionen in einer Weise, welche die Möglichkeit sachlicher Auseinandersetzungen massiv einschränkt.

### **4.2.3 Verengung des Meinungskorridors**

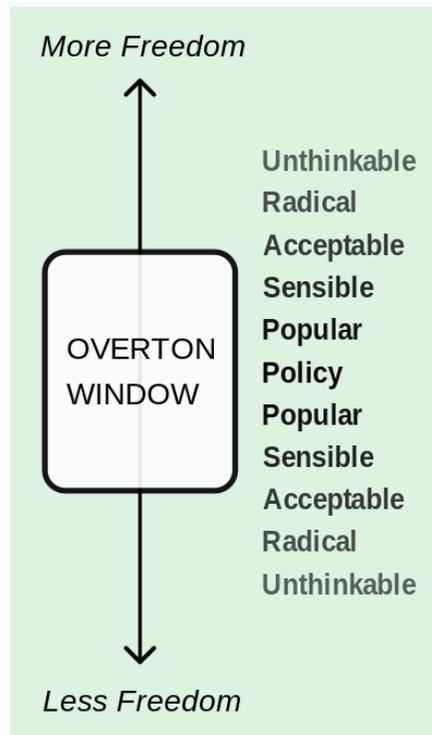
Dieses Phänomen wird ebenfalls von zwei Interviewten explizit angesprochen, und von beiden kritisch bewertet. Es handelt sich um die Befragten von FPÖ und ÖVP, wobei sich ersterer eher am Rande bzw. außerhalb des beschriebenen Konsenses sieht und letzterer sich innerhalb stehend wahrnimmt, jedoch ebenfalls die Verengung des Diskurses und die damit verbundene Entideologisierung in differenzierter Form reflektiert. Die beiden anderen Befragten von SPÖ und NEOS scheinen diese Entwicklung nicht wahrzunehmen, was auf ihre explizite Stellung innerhalb des Konsenses zurückzuführen sein könnte.

Wie von Mouffe (2011), Crouch (2008), Dugin (2013), Schelsky (1977), Böckelmann (2014), Habermas (1973) etc. auf verschiedene Weisen konstatiert wurde, fand eine Transformation des Politischen an sich statt, welche den klassischen Antagonismen ihre Substanz entzog. Die neuen Rahmenbedingungen weisen die alte Topographie von „links“ und „rechts“ nicht mehr auf. Dugin sieht diese ersetzt durch die Konstellation „Unterwerfung (das Zentrum) und Widerstand (die Peripherie)“. (Dugin 2013: 20) Die vorliegende Analyse lässt zumindest auf das Schema „außerhalb und innerhalb des Konsenses“ schließen.

In der Fachliteratur lassen sich kaum Modelle eines Meinungskorridors finden, welche substantiell vom klassischen Rechts-Links-Schema abweichen. Jedoch von der amerikanischen Denkfabrik „Mackinac Center for Public Policy“ wurde ein Konzept entwickelt, welches diesen Meinungskorridor und Techniken zu dessen Umgestaltung bzw. Verschiebung, zum Zwecke der Durchsetzung politischer Bestrebungen beschreibt. Das sog. „Overton Window“, benannt nach dem Soziologen Joseph P. Overton, findet noch kaum Rezeption in der amerikanischen, geschweige denn in der europäischen Soziologie oder Politikwissenschaft.

Es beschreibt figurativ ein „Fenster“ im politischen Spektrum, innerhalb dessen jegliche politischen Standpunkte fallen, die von der Öffentlichkeit als akzeptabel bis selbstverständlich angesehen werden, wohingegen außerhalb jene Positionen liegen, welche als heikel bis undenkbar gelten.

**Abbildung 2: Beispielhafte Darstellung des „Overton Window“**



**Quelle: Lehman 2010**

Das vorliegende Material verweist darauf, dass der Meinungskorridor bzw. das modellhafte „Fenster“ sich in einem Ausmaß verkleinert hat, dass weder groß angelegte Fragen politischer Prinzipien wirklich Teil eines offenen gesellschaftlichen Diskurses sein, noch konkrete Sachfragen adäquat erörtert werden können, wenn einzubeziehende Positionen nicht Teil des Konsenses sind bzw. sich nicht im „Jargon der Weltoffenheit“ (vgl. Böckelmann 2014) ausdrücken können.

Der Diskurs beschränkt sich in weiten Teilen auf die erwähnten „Sprachspiele“ mit ideologischen Versatzstücken („Vielfalt“, „Selbstbestimmung“ etc), welche von einer einflussreichen Klasse von „Heilslehrern“ (vgl. Schelsky 1977) eine derartige moralische Aufladung erfahren, dass substanzielle Inhalte von diesen verdrängt werden können und traditionelle Weltanschauungen als „rückwärtsgewandt“, „realitätsfern“ oder gar als „amoralisch“ zu gelten haben.

#### **4.2.4 Ideologische Präparate**

In den analysierten Interviews konnten einige Elemente traditioneller weltanschaulicher Systeme aufgefunden werden. Die dominierende ideologische Quelle der geäußerten Werthaltungen konstituiert sich in allen Interviews aus der beschriebenen Form der liberalen bzw. postliberalen Grundposition. Alle anderen ideologischen Fragmente wurden lediglich geäußert, wenn sie sich im spezifischen Kontext mit der liberalen Grundhaltung als kongruent erwiesen. So positioniert sich der Befragte 2 (ÖVP) gegen die „Gleichmacherei“, jedoch nur auf ökonomischer Ebene; und der Befragte 3 (SPÖ) spricht sich für die „Chancengleichheit“ aus und meint damit die Emanzipation von genealogischen Bindungen. Die Befragten scheinen sich der illiberalen Anteile, sowohl des Konservatismus als auch der Sozialdemokratie, entledigt zu haben. Hinter den ideologischen Fassaden, die sich noch in der Terminologie manifestieren, scheint ein weitgehender Konsens zu stehen, welcher die postdemokratische bzw. postliberale Ordnung auf Diskursebene trägt. Die verbliebenen Antagonismen betreffen hauptsächlich die verschiedenen Gewichtungen der gleichen Grundpositionen. Der Befragte 2 spricht diese ideologische Verengung bzw. Verflachung auch explizit an.

In Interview 1 (FPÖ) wird das Bestreben ersichtlich einen oppositionellen Standpunkt zum beschriebenen Konsens, welcher auch als solcher erkannt wird, einzunehmen, ohne aus den Rahmen des opportunen Jargons zu fallen, oder sich auf ideologische Quellen zu berufen, welche im beschriebenen Kontext als verpönt gelten. Zu diesem Zweck deutet er die sogar die Tradition der Burschenschaften, mit der er sich identifiziert, als eine Bewegung, welche, entgegen der gängigen medialen Rezeption, der politischen „Linken“ zuzuordnen sei.

Dieses Verhalten des Befragten verweist wiederum auf die Wirkungsmacht der von Dugin (2013) konstatierten „Matrix der Zeitgemäßheit“, in welcher Positionierungen, die nicht im postliberalen Diskurssystem ausgedrückt werden können, eine moralische Stigmatisierung zuteilwird. Die Bezeichnung „rechts“ stellt, wie beschrieben, eine solche Stigmatisierung dar.

Diese Verfasstheit des Diskurses, zeigt sich auch daran, dass die Interviewten von FPÖ und ÖVP diese Verengung, als direkte Einschränkung ihrer Positionierungsmöglichkeiten weit intensiver wahrnehmen und auch ausdrücken, als die beiden anderen Befragten. Die Befragten von SPÖ und NEOS nehmen diese nicht wahr, da ihre geäußerten Werthaltungen der beschriebenen Matrix eher entsprechen bzw. diese sich im direkter im postliberalen Jargon ausdrücken lassen. Die Anpassung an diesen setzt voraus, dass z.B. der illiberale, antikapitalistische Anteil an der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Ideologie, in den politischen Äußerungen und Handlungen reduziert wird und andere zentrale Begrifflichkeiten („Vielfalt“, „Chancengleichheit“, „Selbstbestimmung“), welche eher der postliberalen Entgrenzungsrhetorik und somit der „Eigenbewegung der Märkte und Börsen“ (Böckelmann 2014: 64) entsprechen, zu den essenziellen Säulen der politischen Positionierung werden.

In allen analysierten Interviews scheinen sich liberale Grundannahmen, wie die Stellung des Individuums als Subjekt der Geschichte (vgl. Dugin 2013), als latente Faktoren hinter den geäußerten ideologischen Fassaden zu finden, was auf die von Dugin beschriebene Transzendenz des Liberalismus von der Programm auf die Betriebsebene (vgl. ebd.: 162), d.h. auf die Ebene der Selbstverständlichkeiten oder des kollektiven Unterbewusstes, hinweist. Unter diesen Rahmenbedingungen sind die geäußerten, und oftmals klischeehaft überzeichneten, ideologischen Begrifflichkeiten als ausgehölte Überbleibsel der ehemaligen politikleitenden Weltanschauungen anzusehen.

### **4.3 Zusammenfassung der Ergebnisse und Rückführung in die Theorie**

Die vier hier formulierten Hauptmerkmale des zeitgenössischen politischen Diskurses in Österreich, welche sich aus der objektiv hermeneutisch Analyse der Interaktionstexte ergeben, können als Manifestation der im Theorieteil angeführten Prozesse der Entpolitisierung, Entideologisierung etc. betrachtet werden. Die mit Hinblick auf die Leitfragen ausgewerteten Interviews mit den vier Repräsentanten österreichischer Parlamentsparteien, lassen auf einen bedeutend eingeschränkten Möglichkeitsrahmen der politischen Positionierung, vor allem in Fragen, welche politische Grundwerte betreffen, schließen. Die in dieser Arbeit dargelegte Vorgangsweise des „Polit-Profilings“, d.h. mittels qualitativer Tiefeninterviews und Objektiver Hermeneutik politische Profile aufzufinden, führt bei den vorliegenden Interviews zu der Annahme, dass sich solche Profile nur im Rahmen eines engen Konsenses, welcher keiner opportunen Debatte unterwerfbar scheint, abbilden können. Dieser im Theorieteil als „postdemokratisch“, „postliberal“, „postideologisch“ oder „postpolitisch“ beschriebene Grundkonsens verhindert die breite Auseinandersetzung substantieller politischer Antagonismen, ohne der Gefahr einer moralischen Stigmatisierung ausgesetzt zu werden, womit sich der öffentliche politische Diskurs vermehrt auf Sprachspiele bescheidet, welche die grundsätzliche Verfasstheit des Konsenses unangetastet lassen.

Die herausgearbeiteten Charakteristika, welche sich unter den Begriffen „Personalisierung“, „Moralisierung“, „Verengung“ und „Verflachung“ subsumieren lassen, sind Ausdruck des im Theorieteil beschriebenen Wandels des Politischen, welcher sich auf der Interaktionsebene in dieser Form niederschlägt. Der sprachliche Habitus der Befragten verweist auf die Wirkmächtigkeit der „Matrix des Zeitgemäßen“ (Dugin 2013: 162), welche eine grundsätzliche oppositionelle Positionierung deutlich erschwert und somit den erwähnten Konsens von Debatten bzw. breiter kollektiver Reflexion abschirmt. Diese Wirkmechanismen wurden von zwei der Befragten (FPÖ und ÖVP) relativ direkt angesprochen, wobei die anderen Befragten (SPÖ und NEOS) diese nicht zur Sprache brachten, sei es aufgrund der fehlenden Wahrnehmung oder aufgrund der weniger bedeutenden Stellung dieser Phänomene in deren Relevanzsystemen. In jedem Fall scheinen deren Haltungen in größerem Ausmaß mit dem beschriebenen postliberalen Konsens zu kongruieren, weshalb auch keine Einschränkungen der Positionierungsmöglichkeiten wahrgenommen, oder zumindest nicht zu Explikation gebracht wurden.

Diese bei den Befragten beobachteten Mechanismen entsprechen den von Rancière (2002) konstatierten Thesen einer „polizeilichen“ Ordnung bzw. einer „konsensuellen Demokratie“. Der Konsens reproduziert sich auf der Interaktionsebene unter anderem über den von Böckelmann (2014) beschriebenen „Jargon der Weltoffenheit“, der hauptsächlich an liberale Ideologiefragmente, aber auch an Elemente des Egalitarismus bzw. Marxismus - wobei dessen illiberale Anteile „herausgefiltert“ werden - anknüpft. Eine wirkliche kritische Auseinandersetzung mit den Grundlagen dieses Jargons, oder eine wirklich oppositionelle Haltung zu den zugrundeliegenden Werthaltungen fand in keinem der Interviews seinen Ausdruck. Von den Interviewten 1 (FPÖ) und 2 (ÖVP) wurde versucht gewisse gegenläufige Positionen zu beziehen, jedoch ohne den beschriebenen, engen Grundkonsens zu verlassen. In Interview 3 (SPÖ) konnten gewisse ideologische Fassaden geäußert werden, jedoch ebenfalls ohne den postliberalen Jargon zu verlassen, d.h. ohne illiberale oder antikapitalistische Grundwerte zu äußern. Bei dem Befragte 4 (NEOS) manifestiert sich am vehementesten das postliberale Weltverhältnis, beispielsweise in der Selbstverständlichkeit mit der er in seiner Beschreibung versuchte, im Namen der „Zeitgemäßheit“ die Durchsetzung liberaler familienpolitischer Positionen in einer explizit konservativen Partei zu fordern.

Die Basis des Konsenses, welcher durch die „Matrix der Zeitgemäßheit“ (Dugin 2013: 162) einer legitimen Debatte entzogen wird, kann als „Meta-Ideologie“ bezeichnet werden, da sie erst definiert, was überhaupt ideologiefähig ist, und selbst als selbstverständlich gilt. Charakterisiert werden kann diese „Meta-Ideologie“ durch die Schnittmenge aus Liberalismus und Marxismus, wobei beide nicht mehr als zusammenhängende Ideologiegebäude stehen bleiben, sondern soweit angepasst werden, dass sie der gegenwärtigen Form des Kapitalismus auf wirtschaftlicher Ebene gerecht werden. (siehe Kap. 2.5) Der ökonomischen Wachstumsideologie entspricht die Fortschrittsideologie in der sozialen und politischen Dimension, wo der Mensch zum marktkonformen und bindungslosen Individuum umgeformt wird. (vgl. ebd.) Diese Tendenz spiegelt sich in der beschriebenen Entgrenzungsrethorik und der damit einhergehenden „Anpassung des menschlichen Denkens und Strebens an die Eigenbewegung der Märkte und Börsen“ wider. (Böckelmann 2014: 64)

Die Philosophin Simone Weil bezeichnete schon Anfang des 20. Jahrhunderts das Ich und das Soziale als die beiden Götzen. (vgl. Weil 1989) Auch im aktuellen politischen Diskurs bilden sie die zentralen Anhaltspunkte und geben normativ die Vorbedingungen, so wie die die Endpunkte jeglicher Debatte vor.

In den vorliegenden Interviews stellen Begrifflichkeiten wie „Selbstverwirklichung“ und „soziale Gerechtigkeit“ die relevantesten moralischen Ankerpunkte für die politische Argumentation und Positionierung dar. Deren Schnittmenge, das voraussetzungslose Leben bzw. das bindungslose Individuum, ist die latente Ausgangs- und Zielvorstellung des postliberalen politischen Diskurses, in dem Kollektividentitäten und traditionelle Bindungen (auch im politischen Bereich) fast ausschließlich als Hemmnis des sozialen Fortschritts gelten, da diese eine individuelle Festlegung fordern, was eine Einschränkung des persönlichen Möglichkeitshorizontes und damit der Markttauglichkeit bedeutet. Jean Baudrillard bezeichnete diesen Modus des Identitätsverständnisses als „die aneignungssüchtige Obsession des befreiten Wesens, das ins Vakuum hinein befreit wurde.“ (Baudrillard 2000: 76) und Norbert Bolz als den „Konformismus des Andersseins“. (vgl. Bolz 1999)

Die daraus folgende Einengung des Meinungskorridors mittels einer Personalisierung und Moralisierung des Diskurses, kann unter anderem dazu führen, dass eine systemerhaltende Hauptfunktion des parlamentarischen Parteienwesens, die Übersetzung gesellschaftlicher Konflikte in politischen Forderungen, nicht mehr Erfüllt werden kann. (vgl. Lipset/Rokkan 1990) Gerade in Krisenzeiten ist diese Konsolidierungsfunktion als essentiell zu erachten, da Konflikte und damit einhergehende Forderungen ohne ein legitimes politisches Ventil ein demokratiegefährdendes Potential entwickeln können. Schon in Platons Politeia wird konstatiert, was gerade auch in der aktuellen Form der liberalen, westlichen Demokratie gilt: „Das extreme Trachten nach dem, was in der Demokratie für gut gilt, stürzt die Demokratie.“ (Platon 2010: 358)

Das von Chantal Mouffe (2011) beschriebene Spannungsverhältnis zwischen den Erfordernissen der Freiheit und jenen der Gleichheit, welches zum großen Teil die bisherige politische Auseinandersetzung zwischen „links“ und „rechts“ erklärte, wurde zu Gunsten eines Konsenses ersetzt, der dem kleinsten gemeinsamen Nenner beider Pole entspricht.

Die Residuen dieses Angleichungsprozesses, sind die illiberalen Elemente und Wertbilder (z.B.: des Marxismus oder Konservatismus), welche von den im Rahmen dieser Arbeit befragten Repräsentanten der österreichischen Parlamentsparteien auch nur in marginalem Ausmaß reproduziert wurden. Die durch die Personalisierung und Moralisierung geschützte Selbstverständlichkeit des liberalen Konsenses transzendiert bzw. pervertiert dessen Ausrichtung jedoch im Sinne des Postliberalismus (vgl. Dugin 2013) Das heißt der Liberalismus wird in seiner Selbstverständlichkeit seinen eigenen Ansprüchen der Toleranz nicht mehr gerecht, da oppositionelle Tendenzen zu ihm kaum mehr ins Spektrum der einnehmbaren Positionen fallen. Die politische Auseinandersetzung und ihre Fundierung in den traditionellen Ideologien werden obsolet bzw. reduziert sich auf Sprachspiele. (vgl. Böckelmann 2014)

Die Ablehnung von ideologischen Festlegungen und Dogmen wurde also selbst zum Dogma. Was der französische Schriftsteller René Guénon 1927 für den wissenschaftlichen Bereich formulierte, lässt sich heute auf die politische Dimension übertragen: „We cannot help noticing that, like all propagandists, the apostles of tolerance, truth to tell, are very often the most intolerant of men. This is what has in fact happened, and is is strangely ironical: those who wished to overthrow all dogma have created for their own use, we will not say a new dogma, but a caricature of dogma, which they have succeeded in imposing on the western world in general; in this way there have been establishes, under the pretext of ‚freedom of thought‘, the most chimerical beliefs that have ever been seen at any time, under the form of these different idols, of which we have just singled out some of the more important.“ (Guénon 2007: 48)

Das Ergebnis dieser Aushöhlung des Diskurses ist ein Wandel des Politischen an sich bzw. eine neue Form der „Abriegelung des Politischen“ (vgl. Marcuse 1967) Die Auffindung politischer Profile, wie es die Zielsetzung der vorliegenden Arbeit ist, beschränkt sich hauptsächlich auf die Perzeption postpolitischer Fassaden von Weltanschauungen und populärer Schlagwörter mit ideologischem Unterton, die beim Rezipienten, analog zu marktwirtschaftlichen PR-Strategien, bestimmte Bilder evozieren sollen (vgl. Bernays 2013). Deren öffentliche Hinterfragung bedeutet für die von Schelsky (1977) beschriebene „Reflexionselite“ als den neuen Klerus, einen Akt der Häresie, der verschiedene soziale Sanktionen nach sich ziehen kann. Dieser Umstand zeigt sich deutlich in der Form wie Stellungnahmen und Positionierungen in den analysierten Interviews vorgenommen werden.

Die vier extrahierten Strukturmerkmale können als Symptome eines fortgeschrittenen Substanzentzuges der Politik gedeutet werden, dessen Ursachen auf der metapolitischen Ebene, d.h. im kulturellen Überbau der gesellschaftlichen Prozesse, welche die Politik konstituieren anzusiedeln sind. Etabliert sich auf dieser Ebene eine zu einseitige und geschlossene hegemoniale Konstellation, können, wie sich in der vorliegenden Analyse zeigt, politische Positionierungen nur in einem bedeutend reduzierten Spektrum vorgenommen werden, wodurch der postliberale Konsens weitgehend unangetastet bleibt.

#### **4.4 Konklusion, Limitationen und Ausblick**

Die Ergebnisse der hermeneutischen Analyse bestätigen für den aktuellen österreichischen Kontext zu einem großen Teil die im Theorieteil dargelegten Diagnosen. Vor allem sprachliche Manifestationen von Phänomenen, die sich unter dem Überbegriff „Entpolitisierung“ einordnen lassen, konnten durch die angewandte Methode des „Polit-Profilings“ im erhobenen Datenmaterial aufgefunden werden. Die Untersuchung der Interaktionstexte, mit Hinblick auf die oben (Kap. 2.19) formulierten Forschungsfragen, führt zu einem Bild des österreichischen politischen Spektrums, welches sich von der Alltagswahrnehmung bei der Verfolgung politischer Prozesse deutlich unterscheidet. Stehen in der medial transportierten Darstellung die Antagonismen und Konflikte zwischen den politischen Akteuren im Zentrum, so zeigt sich hier eher die Konstellation eines übergreifenden Konsenses. Dieser betrifft vor allem grundsätzliche Fragen des sozialen Zusammenlebens, der kulturellen Wertvorstellungen und der staatlichen Ordnung, welche in der Vergangenheit Gegenstand von breiten politischen Debatten waren. (siehe Kap. 2.1)

Die mediale Dramatisierung und die Moralisierung von Sachthemen, welche diese grundsätzlichen Ausrichtungsfragen nicht oder nur marginal berühren, verschleiert die generelle Angleichung von Parteien und Akteuren in ihren handlungsdeterminierenden Leitideen und verdeckt die zunehmende Entdemokratisierung und Reduktion politischer Prozesse auf technokratische Vorgehensweisen in relevanten Bereichen.

Diese Mechanismen können gerade in Krisenzeiten zu schweren demokratiepolitischen Belastungen und erheblichen Legitimationsproblemen für die das aktuelle politische System führen, da sich Themenkomplexe, welche für die Bürger essenziell erscheinen, nur unter erschwerten Bedingungen im eingeeengt Diskurs abbilden können. Die vordergründige Entideologisierung des politischen Diskurses, führt als nicht dazu, dass nun Sachthemen ohne ideologischen Filter offen Erörtert werden können, sondern dazu, dass der Diskurs eingeeengt wird durch Selbstverständlichkeiten bzw. die beschriebene „Meta-Ideologie“, welche aufgrund der Moralisierung kaum der öffentlichen Debatte unterworfen werden kann.

Die vorliegende Arbeit stellt einen Versuch dar, die Wirkungsweisen der mehrfach konstatierten „Entpolitisierung“, „Entideologisierung“ etc. im österreichischen Kontext nachzuvollziehen. Der dafür gewählte qualitative Ansatz, die Methodenkombination aus Tiefeninterview und Objektiver Hermeneutik nach Oevermann, erweist sich als adäquat um die objektiven Bedeutungsstrukturen hinter den Aussagen der Befragten Politiker zu erfassen und nicht auf der Ebene der scheinbar ideologischen Terminologie zu verharren. Auch wenn für diese Arbeit Interviews mit relativ hochrangigen Repräsentanten der österreichischen Parlamentsparteien verwendet wurden, können jedoch selbstverständlich keine generalisierbaren Aussagen über das gesamte politische System in Österreich und deren Akteure getroffen werden. Im Zentrum steht der explorative Zugang zum Material, mit der Zielsetzung charakteristische Merkmale auf der objektiven Strukturebene aufzufinden bzw. eine Verortung und Kontextualisierung der Befragten und ihrer Äußerungen.

Um weitere Erkenntnisse zu der behandelten Thematik zu generieren, würden sich qualitative Studien mit mehr politischen Akteuren und möglicherweise mit der Einbeziehung des tatsächlichen politischen Handelns (z.B. Abstimmungsverhalten) anbieten, da somit auch gruppensdynamische Prozesse innerhalb des Parlaments erfasst werden könnten. Auch Längsschnittanalysen anhand von aufgezeichneten Interviews mit politischen Funktionsträgern beispielsweise der Nachkriegszeit könnten einen tieferen Einblick in den Wandel des Politischen geben. Generell wird eine vermehrte Schwerpunktsetzung der politischen Soziologie auf die metapolitische Dimension wahrscheinlich nicht vermeidbar sein, da durch die beschriebenen Angleichungsprozesse die traditionellen Kategorien und Positionsbestimmungen vermehrt ihren inhaltlichen Gehalt verlieren, auch wenn diese im öffentlichen Diskurs noch häufig reproduziert werden. Der hier konstatierte Substanzverlust der Politik verändert auch die Form ihrer wissenschaftlichen Erfassung und Reflexion.

## 6. Literaturverzeichnis

Banaka, William H. (1971): Training in depth interviewing. Harper & Row, New York.

Baudrillard, Jean (1982): Der symbolische Tausch und der Tod. Matthes & Seitz Verlag, München.

Baudrillard, Jean (2000): Der unmögliche Tausch. Merve Verlag, Berlin.

Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen: Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Bell, Daniel (1988): The end of ideology: on the exhaustion of political ideas in the fifties. Harvard Univ. Press, Cambridge.

Benn, Gottfried (1957): Ausdruckswelt. Limes-Verlag, Wiesbaden.

Benjamin, Walter (1996): Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. In: Ein Lesebuch. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 313-347.

Bernays, Edward (2013): Propaganda : Die Kunst der Public Relations. orange-press, Freiburg.

Bolz, Norbert (1999): Die Konformisten des Andersseins : Ende der Kritik. Wilhelm Fink Verlag, München.

Bourdieu, Pierre (1998): Über das Fernsehen. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Brettschneider, Frank (2002): Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden.

Böckelmann, Frank (2014): Jargon der Weltoffenheit. Was sind unsere Werte noch wert?. Edition Sonderwege bei Manuscriptum, Leipzig

Böhnisch, Lothar (2006): Politische Soziologie – Eine problemorientierte Einführung. Verlag Barbara Budrich, Opladen.

Chambers, William (1963): Parties in a New Nation. New York, Oxford University Press.

Colin Crouch (2008): Postdemokratie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus: Postdemokratie II. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Dahrendorf, Ralf (1972): Konflikt und Freiheit: auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft. Piper Verlag, München.

Debord, Guy (1996): Die Gesellschaft des Spektakels. Edition Tiamat, Berlin.

Demirović, Alex (2011): Ökonomische Krise – Krise der Politik?, in: Alex Demirović, Julia Dück, Florian Becker, Pauline Bader): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg.

Dörre, K.; Lessenich, S.; Rosa, H. (2012): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Dörre, Klaus (2012): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: Dörre, K.; Lessenich, S.; Rosa, H.: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Dreitzel, Hans Peter (1967): Sozialer Wandel. Zivilisation und Fortschritt als Kategorien der soziologischen Theorie. Neuwied und Berlin: Luchterhand Verlag, S. 278-295

Dugin, Alexander (2013): Die vierte politische Theorie. Arktos, London

Düll, Anja (2009): Aktive Produktindividualisierung : Ansatzpunkte zur nutzerorientierten Konzeption von Mass-Costumization-Angeboten im Konsumgütermarkt. Gabler, Wiesbaden.

Ebbighausen, Rolf (1981): Politische Soziologie – Zur Geschichte und Ortsbestimmung. Westdeutscher Verlag, Opladen.

Ehrenberg, Alain (2008): Das erschöpfte Selbst – Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Evola, Julius (1995): *Revolt Against the Modern World: Politics, Religion and Social Order in the Kali Yuga*. Inner Traditions – Bear & Company, Rochester.

Flick, Uwe/ von Kardorff, Ernst/ Steinke, Ines (2004): *A Companion to Qualitative Research*. SAGE Publications, London.

Fromm, Erich (1991): *Die Revolution der Hoffnung. Für eine Humanisierung der Technik*. 2. Auflage. Dtv, München.

Froschauer, Ulrike/ Lueger, Manfred (2003): *Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme*. WUV-UTB Verlag, Wien.

Fuchs, Dieter ; Klingemann, Hans-D. (1989): *Das Links-Rechts-Schema als politischer Code : ein interkultureller Vergleich auf inhaltanalytischer Grundlage*. In: Haller, Max (Ed.); Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (Ed.) ; Zapf, Wolfgang (Ed.) ; Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) (Ed.): *Kultur und Gesellschaft: Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988*. Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*, Penguin.

Gehlen, Arnold (2004): *Moral und Hypermoral: Eine pluralistische Ethik*. Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main.

Giddens, Anthony (1994): *Beyond Left and Right : The Future of Radical Politics*. Polity Press, Cambridge.

Gramsci, Antonio (1991): *Gefängnishefte, Band 1, 3, 7*, Hamburg.

Großmaß, Ruth; Anhorn, Roland (Hrsg.) (2013): *Kritik der Moralisierung : Theoretische Grundlagen – Diskurskritik – Klärungsvorschläge für die berufliche Praxis*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Guénon, René (2007): *The Crisis of the Modern World*. Indica Books, Varanasi.

Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Suhrkamp. Frankfurt am Main.

Habermas, Jürgen (1975): Sprachspiel, Intention und Bedeutung. Zu Motiven bei Sellars und Wittgenstein. In: Rolf Wiggershaus (Hrsg.): Sprachanalyse und Soziologie. Die sozialwissenschaftliche Relevanz von Wittgensteins Sprachphilosophie, S. 337–338. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Haider, Jörg (1993): Die Freiheit, die ich meine. Ullstein Verlag, Frankfurt am Main/Berlin.

Heidegger, Martin (1956): Die Frage nach der Technik. In: Emil Preetorius (Hrsg.): Die Künste im technischen Zeitalter. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Hepp, Robert (1988): Die Endlösung der deutschen Frage. Grundlinien einer politischen Demographie der Bundesrepublik Deutschland. Hohenrain, Tübingen.

Hoff, Klaus (1993): Rechts und Links – zwei Schlagworte auf dem Prüfstand. Sinus, Krefeld.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2008): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Fischer, Frankfurt am Main.

Kaase, Max (1986): Massenkommunikation und politischer Prozess. In: Kaase, Max (Hrsg.): Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zur Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise. Opladen. 357-374

Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (1992): Der schwierige Konservatismus. Nicolaische Verlagsbuchhandlung, Berlin.

Kaltefleiter, Werner (1981): Personalisierung. In: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia; Prätorius, Rainer (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lehr- und Nachschlagewerk. Opladen. 296-299

Kindelmann, Klaus (1994): Kanzlerkandidaten in den Medien. Eine Analyse des Wahljahres 1990. Wiesbaden.

Kißler, Leo (2007): Politische Soziologie - Grundlagen einer Demokratiewissenschaft. UVK, Konstanz.

Lamnek, Siegfried (1995): Qualitative Sozialforschung : Band 2 : Methoden und Techniken. Beltz Verlag, Weinheim.

Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung: Lehrbuch. Beltz Verlag, Weinheim.

Laponce, Jean A. (1981): Left and Right : The Topography of Political Perceptions. University of Toronto Press, Toronto.

Lefort, Claude (1990): Die totalitäre Erfahrung und das Denken des Politischen. In: Rödel, Ulrich (Hg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Lipset, Seymore M./ Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction In: Robert R. Alford et al., Party systems an voter alignments; cross-national perspectives, Chapt. 1.

Lipset, Seymore M./ Rokkan, Stein (1990): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. In: Peter Mair (Hrsg.), The West European Party System. Oxford, Oxford University Press, 91 – 138.

Lübbe, Hermann (1986): Religion nach der Aufklärung. Styria, Graz.

Lübbe, Hermann (1980): Aufklärung und Gegenaufklärung. In: Zöllner Michael (hrsg.): Aufklärung heute. Bedingungen unserer Freiheit. S.11-27. Zürich.

Luhmann, Niklas (1975): Soziologische Aufklärung 2 : Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen.

Luhmann, Niklas (1981): Soziologische Aufklärung 3 : Soziales System, Gesellschaft, Organisation. Westdeutscher Verlag, Opladen.

Marcuse, Herbert (1967): Der eindimensionale Mensch : Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin.

Meyer, Thomas (1998): Politik als Theater. Die neue Macht der Darstellungskunst. Aufbau-Verlag, Berlin.

Michels, Robert (1911): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie : Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Klinkhardt, Leipzig.

- Moeller van den Bruck, Arthur (1923): Das dritte Reich. Ring Verlag, Berlin.
- Mohler, Armin/Weissmann, Karlheinz (2005): Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932 : ein Handbuch : 6., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. Ares-Verlag, Graz.
- Mohler, Armin (2013): Gegen die Liberalen. Edition Antaios – Reihe kaplaken, Schnellroda.
- Moscovici, Serge; Zavalloni, Marisa (1969): The group as a polarizer of attitudes. Journal of Personality and Social Psychology, Juni 1969.
- Mouffe, Chantal (2008): Über das Politische, Wider die Kosmopolitische Illusion. Suhrkamp, Frankfurt.
- Mouffe, Chantal (2011): „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011. 3. Januar 2011.
- Nassehi, Armin (2015): Die letzte Stunde der Wahrheit : Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. Murmann Verlag, Hamburg.
- Neckel, Sighard (2000): Identität als Ware. Die Marktwirtschaft im Sozialen. In: Neckel, Sighard: Die Macht der Unterscheidung. Campus-Verlag, Frankfurt am Main.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1980): Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut. Langen-Müller, München.
- Nordau, Max (1892): Entartung. Berlin, Duncker.
- Oevermann, Ulrich; Allert, T.; Gripp, H.; Konau, E.; Krambeck, J.; Schütze, Y. (1975): Die Beobachtung innerfamiliärer Interaktionen als Methode der Sozialforschung. MS. Frankfurt am Main.
- Oevermann, Ulrich (1981): Fallrekonstruktion und Strukturgeneralisierung als Beitrag der objektiven Hermeneutik zur soziologisch-strukturtheoretischen Analyse. MS. Frankfurt am Main.
- Pelinka, Anton (2005): Vom Glanz und Elend der Parteien : Struktur- und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems. Studienverlag, Innsbruck.

Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang (Hrsg.) (2000): Die Zukunft der Österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22). Signum-Verlag, Wien.

Piper, Ernst Reinhard (Hrsg.) (1987): „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. Piper Verlag, München/Zürich.

Platon (2010): Der Staat. Anaconda Verlag, Köln.

Polanyi, Karl (2001): The Great Transformation - The Political and Economic Origins of Our Time. Beacon Press, Boston.

Puntsch, Eberhard (1994): Der Links-Mitte-Rechts-Unfug : die Welt der Parteien ist nicht zweipolig. Mvg-Verlag, München.

Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen : Politik und Philosophie. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Rancière, Jacques (2008): Zehn Thesen zur Politik. Diaphenes, Zürich.

Rancière, Jacques (2010): Der Hass der Demokratie. August Verlag, Berlin.

Reichertz, Jo (1986): Probleme qualitativer Sozialforschung : zur Entwicklungsgeschichte der objektiven Hermeneutik. Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Reichertz, Jo (1988): Verstehende Soziologie ohne Subjekt? : die objektive Hermeneutik als Metaphysik der Strukturen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 40 (1988), 207 – 222.

Reichertz, Jo (1991): Objektive Hermeneutik. In: Flick, Uwe (Ed.) ; Kardoff, Ernst von (Ed.) ; Keupp, Heiner (Ed.) ; Rosenstiel, Lutz von (Ed.) ; Wolff, Stephan (Ed.): Handbuch qualitative Sozialforschung : Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München : Beltz - Psychologie Verl. Union, 1991.

Reichertz, Jo (2004): Objektive Hermeneutik und hermeneutische Wissenssoziologie. In: Flick, U.; von Kardorff, E.; Steinke, I. (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg.

Rosa, Hartmut (2012): Kapitalismus als Dynamisierungsspirale – Soziologie als Gesellschaftskritik. In: Dörre, K.; Lessenich, S.; Rosa, H.: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Rousseau, Jean-Jacques (2012): Der Gesellschafts-Vertrag : oder Grundsätze des politischen Rechts. Anaconda, Köln.

Russel, Bertrand (1971): Philosophische und politische Aufsätze. Stuttgart, Reclam.

Sartori, Giovanni (1966): European Political Parties: The Case of Polarized Pluralism. In: LaPalombara, Joseph/Weiner, Myron (Hrsg.): Political Parties and Political Development. Princeton: Princeton University Press, S. 137-176.

Schachter, Ruth (1961): Single-Party Systems in West Africa. In: American Political Science Review, 55

Schelsky, Helmut (1977): Die Arbeit tun die anderen: Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen. Deutscher Taschenbuch-Verlag, München.

Schelsky, Helmut (1983): Politik und Publizität. Seewald. Stuttgart-Degerloch.

Schmitt, Carl (1991): Glossarium: Aufzeichnungen der Jahre 1947 – 1951. Duncker & Humblot. Berlin.

Schopenhauer, Arthur (1996): Eristische Dialektik oder Die Kunst, Recht zu behalten. Haffmans Verlag, Zürich.

Schwarz, Guido (2000): Qualität statt Quantität : Motivforschung im 21. Jahrhundert. Leske + Budrich, Opladen.

Simmel, Georg (1908): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Duncker & Humblot, Leipzig.

Sloterdijk, Peter (2015): Die schrecklichen Kinder der Neuzeit : Über das anti-genealogische Experiment der Moderne. Suhrkamp, Berlin.

Spengler, Oswald (2014): Der Untergang des Abendlandes : Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. Berlin, Albatros Verlag.

Spöhring, Walter (1989): Qualitative Sozialforschung. Teubner, Stuttgart.

Talmon, Jacob (1961): Die Ursprünge der totalitären Demokratie. Westdeutsche Verlagsanstalt, Köln.

Venner, Dominique (2014): Ein Samurai aus Europa : Das Brevier der Unbeugsamen. Verlag Ahnenrad der Moderne, Bad Wildungen.

Weber, Max (1999): Politik als Beruf. Büchergilde Gutenberg, Frankfurt am Main.

Weil, Simone (1989): Schwerkraft und Gnade. Piper, München.

Wernet, Andreas (2009): Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Wilke, Jürgen (1998): Analytische Dimensionen der Personalisierung des Politischen. In: Imhof, Kurt/ Schulz, Peter (Hrsg.): Die Veröffentlichung des Privaten – Die Privatisierung des Öffentlichen. Opladen. 283-294.

Wimmer, Ernst (1984): Antonio Gramsci und die Revolution. Globus Verlag, Wien.

Zapf, Holger (2010): Jenseits der Simulation – Das radikale Denken Jean Baudrillards als politische Theorie. Lit Verlag, Berlin.

## 6.1 Internetquellen

Das psychologische Tiefeninterview in der Markt- und Medienforschung (2000) Monheimer Institut. <http://www.monheimerinstitut.com/aktuelles/137-das-psychologische-tiefeninterview-in-der-markt-und-medienforschung-gruppendiskussionen-interviewtechniken-assoziative-projektivetechniken.html>, 06.06.2015.

Grau, Alexander (2015): Der scheinheilige Umgang mit Pegida. Cicero. <http://www.cicero.de/berliner-republik/pegida-die-pegida-hysterie/58693>, 05.08.2015.

Herzinger, Richard (2015): Putin ist der Mentor für extreme Linke und Rechte. Die Welt. <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article137063659/Putin-ist-der-Mentor-fuer-extreme-Linke-und-Rechte.html>, 02.08.2015.

Kurz, Robert (2009): Neoliberaler Keynesianismus. <http://exit-online.org/textanz1.php?tabelle=autoren&index=20&posnr=416&backtext1=text1.php%3E>, 30.07.2015.

Mann, Steven R. (1992): Chaos Theory and Strategic Thought. Parameters (Autumn 1992) [www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc?AD=ADA528321](http://www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc?AD=ADA528321), 06.08.2015.

McCaffray, E.; Tolstoy, A. (2015): Mind Games: Alexander Dugin and Russia's War of Ideas. World Affairs. <http://www.worldaffairsjournal.org/article/mind-games-alexander-dugin-and-russia%E2%80%99s-war-ideas>, 03.08.2015

Russel, Nathan J. (2006): An Introduction to the Overton Window of Political Possibilities. Mackinac Center for Public Policy. <https://www.mackinac.org/7504>, 07.01.2016

Strauss, Botho (1993): Anschwellender Bocksgesang. Der Spiegel. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13681004.html>, 01.08.2015.

Tsipras koalitiert mit Rechtspopulisten (2015) Zeit Online. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-01/griechische-rechtspopulisten-geben-koalition-mit-syriza-bekannt>, 29.07.2015

Youtube (2014): Günter Gaus im Gespräch mit Franz Josef Strauß (1964). Aus der Fernsehsendung „Zur Person“ (SWR). [https://www.youtube.com/watch?v=jpfA-d\\_YeGc](https://www.youtube.com/watch?v=jpfA-d_YeGc), 04.01.2016.

## **5.2 Abbildungen**

Abb. 1: Lipset, Seymore M./ Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction In: Robert R. Alford et al., Party systems an voter alignments; cross-national perspectives, Chapt. 1.

Abb. 2: Lehman, Joseph G. (2010): An Introduction tot he Overton Window of Political Possibility. Mackinac Center for Public Policy. <https://www.mackinac.org/12481>, 15.03.2016

## 7. Anhang

### 7.1 Transkripte

#### 6.1.1 Interview 1

Interview mit (Kürzel): Befragter 1 (B1)

Datum und Zeitraum des Interviews: 17.02.2014, von ca. 16.00h bis 16:45h

Dauer des Interviews: 28 Minuten 29 Sekunden

Ort des Interviews: Büro des Befragten im Parlamentsgebäude (Wien)

Transkribierter Ausschnitt: 28 Minuten und 29 Sekunden

1 I: Herr (B1) (..) Sie haben grad vor kurzem ein Buch präsentiert, wo Sie die Situation oder die  
2 politische Lage in Österreich, der Medien analysiert hobn. Und in dem Zusammenhang hätt i Sie  
3 gerne gefragt: Wie sehn Sie das Thema jetzt Qualitätssicherung in der Politik?

4

5 B1: (lacht) (..) Naja, die einzige Stelle, die tatsächlich eine (..) Qua, Qualitätssicherung betreibt,  
6 ist natürlich der Wähler (..) und die Wählerin natürlich, die am Ende einer Periode (..) äh ihre  
7 Noten verteilen, wer, wer letztendlich den Zuspruch bekommt (...) ehm und, oder auch wenn  
8 politische Themen durchaus auch von politischen Parteien getragen werden in direkt  
9 demokratischen (..) äh Themen, wie zum Beispiel (..) äh Wehrpflicht, wo ja auch eine Zensur (..) äh  
10 letztlich (..) äh äh verteilt wurde, das heißt also das Thema Qualitätssicherung in der Politik ist  
11 natürlich ein schwieriges, weil der Politiker vertritt natürlich eine (..) Anzahl von Wählern und  
12 Wählerinnen aus dem jeweiligen Wahlkreis, (..) Ehm wenn man die Bundespolitik hernimmt  
13 oder auch überregionale Bedeutung (..) und da ist der Wähler natürlich eine gewichtige  
14 Angelegenheit. In weiterer Folge betreibt natürlich, weil wir ein Parteienstaat sind, (..) äh die  
15 jeweilige Partei, vertreten durch die Gremien, äh ein gewisses Maß an Qualitätssicherung und ist  
16 natürlich dann jede Partei (..) äh selbst verantwortlich, wie qualitativ, (..) äh der eine oder die

17 andere (..) äh Abgeordnete letztlich ist und (.) zeichnet sich dann, beschreibt sich im (.) eh  
18 Themenbereich, ob man wieder aufgestellt wird auf eine Liste oder auch nicht. Des is im  
19 wesentlichen schon die, die Schranke, es gibt ja keine, kein Berufsbild im klassischen Sinne, (..)  
20 äh, wo es Normen, Standards und was auch immer gibt an denen man am Ende messen kann.  
21 (...) Äh und daher ist eine Qualitätssicherung darüber hinaus natürlich sehr, sehr schwierig im  
22 Vergleich zu (..) äh Dienstleistungsunternehmen, und äh um ein Beispiel zu nennen, zu betreiben.  
23 In einem Unternehmen misst die Qualität letztlich an den (..) Umsätzen (..) ehm im Wesentlichen  
24 (..) äh und dann natürlich im Wettbewerb zu vergleichbaren Unternehmen am Markt (..) äh, da ist  
25 die Politik natürlich anders zu bewerten, bis zu einem gewissen Grad, wobei i denke ja, dass wir  
26 zunehmend in eine Zeit hineinkommen, wo Persönlichkeiten und Personen, und da vor allem die  
27 Spitzenpersönlichkeiten (...) ehm im Vordergrund stehen und weniger (..) ehm die Abgeordneten  
28 oder die einzelnen Institutionen oder Parteien, das heißt es personalisiert sich zunehmend die  
29 Politik und eine ganze Partei wird oft ehm gemessen nicht nur an den Gesinnungsinhalten,  
30 sondern an der (..) äh (..) Persönlichkeit, also im Charisma, dem Vertrauen oder ähnliches (..) äh  
31 (..) und das schlägt sich dann in einer Reihe natürlich durch auf sämtliche einzelnen Politiker,  
32 sodass es nun sehr schwierig ist, äh eine Beurteilung vorzunehmen.(...) Des is, ob es einem  
33 gefällt oder nicht, auch in einer immer schneller werdenden Zeit, immer schnelllebiger  
34 werdenden Zeit durch die Medien neue (..) ehm (..) Medien überhaupt, neue  
35 Kommunikationswege, Email rasant revolutionär das Politikerdasein verändert. Ein Email ist  
36 relativ rasch geschrieben. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, wie ich in die Politik  
37 eingestiegen bin, da hat der Bürger sich mit einem Brief an die Klubs, an die Abgeordneten  
38 gewendet und in der Regel handschriftlich oder maschinschriftlich formuliert. Das Ganze waren  
39 ausformulierte Briefe, mehrseitige und vieles andere mehr. Dann ist das eingelaufen. Das  
40 Poststück ist behandelt worden und zwei, drei, vier Wochen, wenn man schnell war, hat der  
41 Bürger eine Antwort gehabt und war in der Regel auch damit zufrieden. (..) Ehm und heute in der  
42 Email-Zeit erwartet sich jeder innerhalb von wenigen Stunden eine Antwort. Wenn man zwei  
43 Tage auf eine Antwort, auf eine Mail wartet, gibts schon die Urgenzen, weil es schnell ist, 24  
44 Stunden, man muss nit zur Post gehen, man hat ka Überlegenszeit, jeder klimpert sofort ins  
45 Klavier. Und des is natürlich dann schon auch was anders und i bin schon oft, zum Beispiel in  
46 meiner Tätigkeit hab ich sehr stark versucht, (..) jedes Schreiben an mich und 90 Prozent sind  
47 bereits Emails (..) äh schnellst möglich auch qualitativ (..) ehm mit Aussagen zu beantworten, da  
48 braucht man auch schon einen Bürostab dazu, weil man kann nicht mehr alles selbst beantworten,

49 das geht nicht, sondern man muss das organisieren und das ist dann vielleicht auch eine Frage eh  
50 (..) der Qualitätssicherung, welche Schnelligkeit man hat, halbwegs fundiert (..) ein Anliegen von  
51 Bürgern oder auch Institutionen zu beantworten und insofern kann man das nicht so einfach  
52 beantworten mit (..) ehm Schlagworten, wie man das zum Beispiel als Vertreter eines  
53 Unternehmens beantworten könnte.

54  
55 I: Sie haben a gutes Stimulus-Wort geliefert. Es gibt keine Standards, keine Normen, wo i dos  
56 jetzt simpel messen kann das politische Anforderungsprofil. I bin Psychologe, da gibts Tests,  
57 andere Verfahren und Sie habn auch gut gnannt, im Unterbehen gibts an Zielwert, das ist der  
58 Umsatz, Gewinn, andere, da kennen Sie sich wahrscheinlich mehr aus. Jetzt will i auf ihr Person  
59 kommen. Sie habn für in zahlreichen Unternehmen gearbeitet, Bank, Seibersdorf und sin  
60 ausgewiesener Burschschafter. Wieweit, ehm um die Verbindung herzustellen, wieweit stellen  
61 Burschschaften auch a Art gewisser Selektionsprozess dar, wo eben gewisse  
62 Persönlichkeitstypen aussuchen?

63  
64 B1: Naja des is wieder überbewertet in der (..) heutigen Zeit, auch parteipolitisch motiviert. I sag  
65 jemand, (..) wird nicht Mandatar oder Abgeordneter einer politischen Partei, weil man  
66 Burschschafter ist, sondern trotzdem man Burschschafter ist. Das ist meines Erachtens auch  
67 kein Vorteil, (..) äh sondern eher schwieriger für jemand, der auch Burschschafter ist. Das, was  
68 natürlich viele Burschschafter haben, (..) ehm ist, dass sie eine vielleicht höhere  
69 Leidensfähigkeit haben wie Andere, vielleicht auch in der Sozialisierung, in der politischen  
70 Sozialisierung (..) ehm wesentlich früher dran sind, als Andere und daher (..), ehm sag ich einmal  
71 für den Beruf schon etwas gestählter sind als, als vergleichbare (..) Andere. Und man muss  
72 natürlich auch als Burschschafter ein parteipolitisches Sendungsbewusstsein haben und wenn  
73 sich ein Burschschafter entschließt in die Politik zu gehen, das machen nur die wenigsten auch,  
74 ja, dann äh ist er dort in der Regel auch durchaus ehm schon prädestiniert für den Beruf, eben  
75 durch die, wie ich schon gsagt hab, durch die Leidensfähigkeit, die man über Jahre an den Tag  
76 gelegt hat, jetzt Leidensfähigkeit im positiven Sinn, nämlich Belastbarkeit, äh  
77 Durchhaltevermögen, argumentative ehm Auseinandersetzungen zu führen, Sitzungen zu leiten  
78 und vieles andere mehr, das sind schon Vorteile und da hat man einen Mindeststandard, wenn  
79 man das so will, äh in der Kommuni, in der organisierten Kommunikation schon gelernt und das  
80 (..) kann ein Vorteil sein. Und wie gesagt, (..) ehm wird sehr oft überschätzt, weil dies ja nicht so

81 ist, dass man dort eine Fahrkarte hat, sondern (..) äh auch hier muss man täglich dann im  
82 parteipolitischen Betrieb und auch in der Auseinandersetzung mit der Bevölkerung sich jeden  
83 Tag wieder neu behaupten und wahrscheinlich sogar noch mehr behaupten, weil man mehr unter  
84 Beobachtung steht, ja. Und insofern is, (..) ehm würde ich als Resumee ziehen, meiner Erfahrung  
85 30 Jahre jetzt in der Politik (..) äh in verschiedensten Positionen äh ist es gar net amol ein Vorteil  
86 (..) äh (..) gegenüber (..) äh nicht Korporierten, die auch mehr sind, keine Frage. (..) Ah aber es is  
87 ein Vorteil, wenn man sich dazu entschließt in die Politik zu gehen, weil man Rüstzeug und  
88 Handwerkszeug schon mitnimmt.

89  
90 I: I versuch das jetzt zsammen zfassn, Sie habn einerseits, wen i dos so sogn darf, die  
91 Burschenschaften als Art Persönlichkeitstraining fast Personalentwicklungs-, (B1: Nojo (lacht)) i  
92 tuas a bissl übertrieb'n formulieren, aber Sie ham gsagt, man wird do gestählt fürs Leben, wenn  
93 mans übertriebener formuliert, man lernt Ausdauer, Disziplin und a a gewisse Fähigkeit sich  
94 einzuordnen (B1: Mhm) und jetzt gehts weiter, Sie ham die negative Seite beschrieb'n, der  
95 konditionierte Reflex: Der is rechts, Burschenschafter usw., (B1: Ja) das Spiel. Die Menschen  
96 interessiert aber heutzutage aus unserer Perspektive weder ob jemand rechts, links, Mitte, obs das  
97 Spektrum überhaupt gibt, waß i a nit, sondern was jemand an Leistung bringt. Und jetzt wieder  
98 der Bogen zruck zur Burschenschaft oder zur Leistung von rechts jetzt, wenn i es so einordnen  
99 darf: Wo is jetzt der Unterschied zu linken Parteien oder zu anderen Gruppierungen? Is da jetzt  
100 mehr Leistung dahinter, mehr, mehr Disziplin oder wo steckt do der qualitative Kern dahinter?

101  
102 B1: Des hot mit Parteien nix zu tun. Die Geschichte, die jetzt fast 200 Jahre (.) äh Burschenschaft  
103 zeichnet, der Burschenschafter zeigt ja, dass der Burschenschafter oder die Burschenschaft ja  
104 keine parteipolitische Organisation ist. Burschenschafter waren in der Vergangenheit und sind bis  
105 zur Gegenwart Parteigründer. I glaub nahezu jede Partei ist aufgrund von Gründungen aus  
106 Korporierten letztlich entstanden, ja, in Österreich is das etwas anders gesehen, (.) weil hier hat  
107 sich das insofern verengt; (..) nach Kreisky würde ich meinen, da wor in der Sozialdemokratie  
108 kein Platz mehr für äh, äh korporierte Studenten, bis do hin worn eine Unzahl von äh  
109 Korporierten auch in der Sozialdemokratie, weil parteipolitische Einstellung keine Einstellung  
110 der Burschenschafter ist. Äh (..) Und ebenso in der ÖVP und im christlich sozialen Bereich hat es  
111 sehr viele gegeben, bis hin zum Minister, Außenminister und verschiedenste Arten äh, von, von  
112 Positionen, die bekleidet wurden, hochrangigst. Bürgermeister der ÖVP hats auch alles gegeben.

113 (.)Teilweise ganz vereinzelt gibt's das heute noch, aber auch dort ist der Platz zunehmend enger  
114 geworden, weil diese Parteien den Korporierten an sich aus der nationalfreiheitlichen Bewegung  
115 (.) raus gedrängt haben. Daher hat sich in den letzten zwei, drei Jahrzehnten zunehmend  
116 herauskristallisiert, wenn man parteipolitisch tätig sein möchte als Korporierter, bleibt letztlich  
117 national freiheitlichen Korporationen im wesentlichen die FPÖ über. Aber wie gesagt, das ist eine  
118 Erscheinung der jüngeren Vergangenheit, das war früher nicht so und daher kann man das nicht  
119 parteipolitisch (...) stimmt diese Einordnung ganz einfach nicht, über die man ja auch trefflich  
120 diskutieren kann, weil sog i amol der Korporierte an sich hatte einen sozialen Ansatz, ja, äh is ja  
121 ka Selbstzweck Korporierter zu sein in der Regel, sondern das ist äh für das Volk, für die  
122 Bevölkerung, etwas zu tun, der Einsatz ja nicht für die eigene Karriere primär im Vordergrund  
123 steht, sondern primär im Vordergrund steht einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, was ja  
124 an sich ein äh würde mans einordnen ein linkes Phänomen ist. Deswegen ist ja die  
125 Sozialdemokratie sowohl in Deutschland als auch in Österreich, von äh Burschenschaffern  
126 gegründet worden äh und, und hat eigentlich eher, äh, in der äh (...) linken Rechtshälfte äh sein  
127 Spektrum gehabt und das hat sich, wie gesagt, in den letzten 30 Jahren, würde ich einmal sagen,  
128 fundamental verändert. Und das Spannende bei Korporationsstudenten, (..) i fass das a bißl weiter  
129 als nur Burschenschaffter ist , dass sie vielleicht gesellschaftspolitisch äh wertkonservativ sind,  
130 sozialpolitisch fortschrittlich, im olten Sinn progressiv, links, wenn man das so nennen möchte,  
131 diese Klammer äh letztlich äh dann das ausmacht und auch die freiheitliche Partei hat sich von  
132 der klassisch national-liberalen Partei dadurch weg bewegt, i sog auch immer wieder, der  
133 Niedergang der Sozialdemokratie in Österreich von 51 Prozent nunmehr auf glaub i rund 25  
134 Prozent hat auch damit zu tun, dass die Sozialdemokratie in Österreich enger geworden ist, nicht  
135 mehr für alle äh von allen Volkstümern her Platz lässt und damit natürlich nicht nur, aber auch  
136 kleiner geworden ist, genauso auch die Christlich-sozialen und die Freiheitlichen dadurch breiter  
137 geworden sind, ja und das ist, wär mal interessant auch wissenschaftlich aufzuarbeiten. Aber es  
138 ist sicherlich auch ein Kernpunkt, weil natürlich politisch denkende Menschen auch strahlen, und  
139 wenn man jetzt sagt, ok das klassisch nationale Lager, national liberale Lager hat vielleicht in  
140 Österreich noch vier Prozent, aber es strahlt ja auch, na, und früher hat sich das national liberale  
141 Lager in der Sozialdemokratie genauso wohl gefühlt, bei den Christlich-sozialen wie bei den  
142 Freiheitlichen hat sichs geteilt, heute verengt sich des und jetzt strahlt es nur mehr für eine Partei.  
143 Äh, aber nicht, weil sie es selbst gewählt haben, es gibt genug, die sozial-demokratisch an sich  
144 prädestiniert wären als Sozialdemokraten politisch tätig zu sein, aber es dort einfach nicht

145 können, ja und (.) weil man sie dort nicht will, ja und damit auch das ganze Umfeld letztlich nicht  
146 will und des ist ein interessantes Phänomen, das viel zu gering immer beleuchtet wird und äh (..) da ich ja in meiner weiteren Profession durchaus a bißl wissenschaftlich auch arbeiten werde,  
147 werde ich da versuchen auch einige historische oder zeithistorische der jüngeren Vergangenheit,  
148 des amal zu beleuchten, weils interessant ist.

150  
151 I: Naja, man lernt a einmal nicht, nie aus und b ham Sie jetzt gut erklärt, dass dieses simple  
152 Koordinatensystem, was oft von Politikwissenschaftlern dargestellt wird, gar nit so existent ist,  
153 Häupl war glab i amal Burschschafter wenn i (B1: Ja) Ja. und Sie haben a gutes Wort gesagt:  
154 Bandbreite in der Gesellschaft, sozialer Hintergrund, Menschen unterstützen und wir haben da  
155 aus unserer Wissenschaft das Wort Sozialkapital, wird natürlich oft mit Sozialdemokratie  
156 verbunden, aber wieweit, so wie Sie das gut dargestellt haben, um jetzt die Bandbreite der  
157 Gesellschaft auch abzubilden, die ja immer heterogener wird, wieweit stecken jetz, weil Sie ham  
158 ja auch a Medienplattform aufgebaut, ein soziales Netzwerk, unzensuriert.at, wieweit steckt  
159 Sozialkapital auch hinter dem, i will jetzt nit immer das Wort Burschschafter strapazieren, aber  
160 Menschen mit Werten verbunden, die des auch transportieren und was für die Gesellschaft  
161 beitragen wollen.

162  
163 B1: Naja groß. Das ist auf der einen Seite gibt's diese berühmte angebliche Politik- oder  
164 Politikerverdrossenheit, äh die nur zum Teil meines Erachtens nach so stimmt, auf der anderen  
165 Seite gibt es in (..) der gesamten Bevölkerung eine wahnsinnig große Sehnsucht sich äh zu  
166 orientieren, äh der eine machts im politischen Bereich, der andere im gesellschaftspolitischen  
167 Bereich, der dritte im Religiösen oder der vierte im esoterischen Bereich und versucht da äh sich  
168 äh anzulehnen, sich äh die Sinnfragen beantworten zu lassen, des Lebens oder hier Antworten zu  
169 suchen, das heißt die Menschen suchen, is meine Erfahrung, danach äh und das gibt natürlich  
170 neue Chancen und äh für, für viele äh in verschiedensten Bereichen, so auch die Politik und auch  
171 jemand, der nicht zur Wahl geht, hat ja nicht automatisch keine politische Meinung oder  
172 Einstellung, is ja auch eine, eine Dokumentation eines politischen Willens, äh und darf daher  
173 nicht so gering geschätzt werden, findet dort vielleicht kein Angebot oder hat halt vielleicht am  
174 Wahltag keine Zeit oder hat vergessen, sich eine Wahlkarte ausstellen zu lassen. Die wirklichen  
175 klassischen Nichtwähler, die sagen, ich wähle aus Überzeugung nicht, die haben ja auch schon  
176 wieder einen Wert, ja. Die gibt's auch, sind vielleicht auch nicht zufrieden zu stellen und

177 insofern, insofern äh ist es halt auch die Frage, die die Menschen sich beantworten, selber für  
178 sich, ja, wenn sie sich da entscheiden, äh wem schenke ich das Vertrauen insofern und zu was  
179 schenk ich ihm, (.) worauf vertrau ich. Ich vertraue ja jetzt primär nicht nur einer Einzelperson,  
180 das kann schon auch mitspielen, sondern ich will mein Vertrauen so hergeben, das ich sag, ich  
181 vertraue darauf, dass die die Werte, die mir wichtig sind, vertreten und dass sie diese auch nicht  
182 aufgeben. Das ham wir ja in weiten Bereichen, speziell in einer, das ist ja das Phänomen, wenns  
183 keine Richtungsentscheidungen gibt, äh dann nicht durch den Wähler, der trifft die  
184 Richtungsentscheidungen und dann durch das verhandelt, in der Regierungszusammensetzung,  
185 dann mehr oder weniger unterschiedliche Richtungen in eine Koalition gehen und dann wird alles  
186 schwammig, wird alles austauschbar bei diesen und dann stehen die Leut a nicht mehr dahinter,  
187 dann sagen die: „Denen vertrau ich nicht mehr, äh geh nimma mehr hin, wähl was anders, schau  
188 ma was Anderes an.“ Das ist ja alles, äh hängt ja schon damit zusammen, weil ma, wer seine  
189 Grundsätze verrät und scheinchenweise und permanent Kompromisse eingeht, die gegen die  
190 Seele äh der politischen Gesinnungsgemeinschaft geht, der hat auf Dauer nichts zu erben. Äh das  
191 Phänomen, das wir halt in Österreich durch diese ausgeprägte Kultur des äh Konsenses, früher  
192 hat mag sagt „große Koalition“, heut is des schon a kleine Koalition. Die kleine Koalition 1983  
193 hat mehr Prozent Stimmen-Anteil gehabt wie die heutige große Koalition, ja, die kleine Koalition  
194 von 2000 bis auch danach, bis 2007 hat mehr Stimmen gehabt als die jetzt sich anschickende  
195 große Koalition. Also da is ja was in Bewegung äh, wo a jeder schon langsam nachdenken muss,  
196 äh wie und was. Das ist ja auch das Phänomen der freiheitlichen Partei, die freiheitliche Partei ist  
197 ziemlich weit jetzt schon offen (..) ah in vielen Bereichen und hat daher durchaus die Flexibilität  
198 ohne Grundsätze verraten zu müssen, äh mit wesentlich mehr eine beständige Koalition zu  
199 machen, mit mehr Partnern als andere, die sich aneinander ketten. Äh insofern denk i amol, dass  
200 über kurz oder lang, und kurz ist eher ein zu sehender Weg, der gar nicht mehr an den  
201 Freiheitlichen vorbei führen kann.

202  
203 I: Sie haben gut abgeschlossen und jetzt zu meiner Endfrage: Seele und politische Sinnsuche,  
204 wenn i soweit fragen darf: Wie schaut Ihr Perspektive als Mensch, als Einzelperson aus? Wohin  
205 zieht Sie Ihre Seele und wo finden Sie jetzt dann, wenn i das fragen darf, Ihren Sinn in der  
206 Zukunft?

207  
208 B1: Ja von meiner grundsätzlichen Haltung ändert sich überhaupt nichts, äh außer dass ich mehr

209 Erfahrung hab als noch vor zehn, zwanzig oder fünf Jahren zum Beispiel. Äh und daher (..) geh  
210 ich jetzt in eine bewusst neue Phase, selbst gewählt, äh die da heißt Mandatspause, ich möchte  
211 mich aus verschiedensten Gründen und Überlegungen, (...) man könnte sagen, dass es egoistisch ja,  
212 ich möchte mich jetzt eine Zeitlang herausnehmen aus einem Betrieb, den ich 30 Jahre massiv  
213 erlebt habe, und wo ich in Wirklichkeit 30 Jahre lang äh mit mehr oder weniger Anfeindung,  
214 Hetze gegen mich usw. begegnet wurde. Ich hab Ecken und Kanten gezeigt und mir das auch nie  
215 gefallen lassen und das war auch nie einseitig, äh das gebe ich schon zu. Jetzt kommt einmal eine  
216 Phase der Einkehr, früher, früher wäre man vielleicht in Klausur gegangen, in ein Kloster oder sonst  
217 irgendwohin. Man überlegt sich das, weil ich eben für mich selber als 53-Jähriger jetzt, äh die  
218 nächsten Monate zumindestens, vielleicht werden es Jahre, vielleicht ist es auf Dauer, das kann ich  
219 heute noch gar nicht sagen, (...) äh überlegen werde, was ich in Zukunft noch (..) als politischer  
220 Mensch und auch parteipolitischer Mensch tun werde. Die Freiheit nehme ich mir, äh das auch zu  
221 machen, Es ist zum Teil auch eine Betretung, die nachvollziehbar einfach ist. Äh ich habe viele  
222 juristische äh (...) Themen abzuarbeiten, weil ich ja auch sehr oft angezeigt und geklagt wurde,  
223 dazu braucht man Zeit, ein Tag hat 24 Stunden, die muss ich mir nehmen, ja und in diesem  
224 Belang auch wiederum meine bürgerliche Existenz, ähm (..) die sehr gelitten hat in der letzten  
225 Zeit, diese wiederum aufzubauen, herzustellen als Unternehmer, äh als Berufstätiger braucht  
226 jetzt auch seine Zeit. Und der Tag hat 24 Stunden und (..) da wäre es unehrlich gewesen, daneben  
227 ein politisches Amt zu machen und den Leuten vorzugaukeln, ich stehe hundertprozentig zur  
228 Verfügung mit meiner Zeit und es in Wirklichkeit gar nicht mehr kann. Und ich wollte eigentlich nicht  
229 dieses Bild vermitteln, dass ich dann vielleicht noch eines, was mir noch nie einer vorgeworfen hat,  
230 dass ich äh ein Politiker bin, der das nebenbei betreibt, um sich da Geld zu verdienen und (..),  
231 sondern ich bin eigentlich bekannt dafür, dass ich fast rund um die Uhr arbeite fleißig und das war aus  
232 meiner Sicht nicht mehr gewährleistet, und daher wäre es unehrlich gewesen, zu kandidieren und  
233 ich will mir selber in den Spiegel schauen können. Äh daher auch diese Auszeit, äh die ich mir nehme,  
234 um zu schauen, wie kriegt man jetzt alles andere wieder hin und wenn das erledigt ist und ich Lust  
235 und Laune hab, dann beginne ich vielleicht wieder nachzudenken, äh was ich darüber hinaus  
236 noch mache, wobei ich ja nicht ganz verloren gehe, ich bin ja nach wie vor Bezirkspartei-Obmann des  
237 größten Wiener Gemeindebezirks. Äh das ist eine unbezahlte Funktion. Wir haben eine  
238 wunderbare Mannschaft bei mir im Bezirk, wo man mehr oder weniger Mediator auf der einen  
239 Seite, Organisator auf der anderen Seite ist, aber mit einem zeitlichen Level, das verkräftbar ist,  
240 (...) und ich werde auch im freiheitlichen Bildungsinstitut die eine oder andere Aufgabe

241 wahrnehmen, weil ich dort wissenschaftlicher Leiter bin, äh (..) und hier einiges im konzeptiven  
242 Bereich, nicht erste Reihe vorne, sondern vielleicht zweite oder dritte Reihe hinten an Konzepten,  
243 an Organisationsvorschlägen und vieles andere mehr, mitwirken werde. Also, ich habe primär, ist  
244 es eine Aufgabe, die hier unter Ausschluss der Öffentlichkeit passiert, wo man mehr denkt und zu  
245 Papier bringt und sich austauscht und auch vielleicht einen Think tank dort und da gründet, äh wo  
246 wir als Partei selber erkannt haben, da fehlt uns einiges, versuch ich halt einiges zu organisieren,  
247 aber wie gesagt, das ist nicht in der ersten Reihe und ist auch nicht so, dass das ein sechzig  
248 Stunden Job in der Woche ist und daher ist es auch machbar, dass ich das nebenbei, also diese  
249 beiden Politikfelder, wenn man so will, noch weiter betreibe und mich ansonsten um vieles  
250 andere kümmere.

## 6.1.2 Interview 2

Interview mit (Kürzel): Befragter 2 (B2)

Datum und Zeitraum des Interviews: 04.06.2012, von ca. 10.00h bis 10:30h

Dauer des Interviews: 15 Minuten 10 Sekunden

Ort des Interviews: Büro des Befragten in der Bundespartei zentrale der Österreichischen Volkspartei (Wien)

Transkribierter Ausschnitt: 15 Minuten und 10 Sekunden

1 I: Herr (B2), danke, dass Sie Zeit gehabt haben für dieses Interview, gerade a für die jüngere  
2 Generation. Und mit der Thematik, mit der ich beginnen will, im Rahmen dieser Studie, die wir  
3 vorhaben, ist die Fragestellung (.) oder der Zusammenhang zwischen Werten und Leistung. Wie  
4 hängt das zusammen? I sog das jetzt bewusst ohne Zusatzinformation, rein assoziativ: Werte und  
5 Leistung.

6  
7 B2: Naja, (..) ehm (..) an sich (..) gibt es Grundwerte, die leistungsorientiert sind, aber es gibt  
8 auch Grundwerte, die andere Schwer, die andere Schwerpunkte hobn. Also Grundwerte können  
9 (.) mit Leistung etwas zusammenhobn, (..) also beispielsweise alles, was Grundwerteorientierung  
10 der Christdemokratie oder des Liberalismus oder der Konservativen ist, hängt mit Leistung  
11 zusammen. Das Leistungsprinzip als Motor (.) gesellschaftlichen Fortschritts. In (.) anderen  
12 Wertesystemen, linksliberale, grüne, Sozialdemokraten (.) ist die Leistung (.) eine etwas  
13 gefürchtete, gefürchtete (.) Messgröße, weil man dort den Fokus eher richtet auf Hilfsbedürftige,  
14 sozial Schwache, ehm (..) die also nicht leisten können. Also da liegt schon ein Unterschied im  
15 Wertesystem. Die Einen sind positiv zur Leistung eingestellt, ich zum Beispiel, die Anderen sind  
16 eher negativ eingestellt und sind eher für Gerechtigkeit unter Anführungszeichen, das, was immer  
17 mit Gleichheit gleichgesetzt wird und das sehe ich wieder als Gleichmacherei.

18  
19 I: Sie ham perfekt definiert jetzan. Eigentlich durch Leistung - kan ma sogn - produziert oder  
20 generiert man auch Werte, wenn i das richtig, nicht nur monetäre oder greifbare, auch ideelle  
21 Werte. Und sie habn gut gschildert, die zwa Polaritäten: linksorientiert, soziale Sicherheit immer  
22 wichtig, rechtsorientiert, Grundwerte und nicht jeder ist gleich, wenn i das richtig verstandn hob.

23  
24 B2: Ähh (..) Soziale Sicherheit kann auch ein Grundwert sein. Aber in Wertsystemen, die letzten  
25 Endes (.) vom Marxismus inspiriert sind, (..) ist (..) eh schaut Leistung anders aus, wie in einem  
26 sozial-marktwirtschaftlich inspirierten Modell. (..) Ähh (..) Die, (..) die(..) Gleichhheit (.) ist auch  
27 eine Frage des Begriffs, (..) natürlich sind auch Ähh (.) Marktwirtschaftler für die Gleichheit vor  
28 dem Gesetz. Und natürlich ist man auch äh(..) der Meinung, dass (.) äh Gleichheit in den Rechten  
29 (.) ein Faktum sein muss. Aber es ist nicht Aufgabe des Staates oder der Gesellschaft, alle  
30 Menschen gleich zu machen, also die Schafe zu scheren, ob sie Wolle haben oder keine. Sondern  
31 es gibt Unterschiede bei den Menschen, der Eine ist (.) leistungsbereit und seines Glückes  
32 Schmied, versucht sich also zu verbessern im Rahmen der Gesetze und der Andere ist halt also

33 eher ein äh Konsumverszichter, ein Leistungsverzichter und kommt mit den Patersandalen und  
34 den Körndln aus. Also das ist (..) jedem sein, jede Lebensform hat ihre Berechtigung und das  
35 sollte man nicht (..) verteufeln.

36  
37 I: Jetzt mache ich den Sprung vom eher mehr Theoretische ins Praktische. Sie sind Nachkriegs-,  
38 Kriegsgeneration und hom durch Leistung Werte aufgebaut, den Wohlstand, den wir jetzan in  
39 Österreich habn. Wir haben jetzt a jüngere Generation, politische Landschaft, die sich holt  
40 umschaut – Piraten - und die oft diesen Zusammenhang, den sie gut gschildert ham, zwischen  
41 Leistung und sich selber Werte schaffen, nit richtig wahrnehmen können. Wie kann jetzt jemand  
42 aus der älteren Generation oder was kann der an jüngeren Menschen wie mir mitgeben, dass der  
43 diesen Zusammenhang amol versteht, selbst Leistung bringt, sich dadurch auch was (..) leisten  
44 kann und a Wertsystem damit für sich amol konstruieren kann.

45  
46 B2: Also Grundwerte sind ja (..) axiomatisch. Das heißt man kann sie nicht beweisen. man kann  
47 sie nur beurteilen und anhand der eigenen praktischen Erfahrungen (..) äh sich dafür zu  
48 entscheiden oder dagegen zu entscheiden. Und wir wissen ja aus vielen (..) Verlaufsgeschichten,  
49 dass die Familie da eine ganz große Rolle spielt. Also viele junge Menschen definieren sich (...)  
50 im Gegensatz zu ihren Eltern. Freiheit, Emanzipation, (..) ehm flügge werden etc., (..) und  
51 wiederum andere lassen sich in ihren Grundhaltungen sehr stark (..) sozusagen von der Familie,  
52 von dem, was in der Familie, der Großfamilie (..) äh (..) im weiteren Umfeld, (..) äh als  
53 Wertsystem gelebt wird, beeinflussen. Wobei natürlich eine große Rolle, wie in allen diesen  
54 Fragen, das persönliche Beispiel (..) hat. Ehm (..) Sehr viele junge Leute, die an ihren Eltern  
55 sehen, dass Lippenbekenntnisse mit der Praxis nicht übereinstimmen, wenden sich ab, werden  
56 Gegner. So sieht man also wie (..) Enkel von großen Sozialdemokraten auf amol starke Rechte  
57 werden und man sieht, wie Kinder von Christdemokraten auf amol äh (..) linke äh (..) Veränderer  
58 werden. Das hängt damit zusammen, dass offenkundig die Werteweitergabe in der Familie nicht  
59 funktioniert hat. Eine große Rolle bei der Wertevermittlung und bei der Vermittlung von  
60 Einstellungen hobn natürlich die Großeltern. In funktionierenden Familien, heute ist es so, dass  
61 wir bei 70% der Erwerbsquote der Frauen sind, das heißt also äh Frauen, die äh noch im  
62 erwerbsfähigen Alter sind, arbeiten fast alle außerhalb der Familie (..) und sind daher auf die  
63 Unterstützung der nicht mehr im Erwerbsleben äh (..) stehenden Eltern, die es meistens noch in  
64 relativer Frische gibt, (..) angewiesen. Das heißt die (..) ehm sehr viele Enkelkinder verbringen

65 viel Zeit bei den Großeltern oder mit den Großeltern und von dort funktioniert die Weitergabe der  
66 Grundwerte eigentlich relativ gut. Das ist auch eine große Aufgabe: das intergenerative Lernen.  
67 Das heißt die Großeltern lernen von ihren Enkeln, wie sie den PC bedienen und (..) äh was „Strg.  
68 Z“ für segensreiche Wirkungen haben kann (..) und die Enkel wiederum lernen von den  
69 Großeltern: Üb immer Treu und Redlichkeit bis an dein kühles Grab und weiche keinen  
70 Fingerbreit vom rechten Wege ab! Und des is.. (..) äh, äh.. (..) ältere Menschen sind da sehr, sehr  
71 strikt, sehr überzeugt und geben diese Dinge auch weiter.

72  
73 I: Kompliment, Sie haben eigentlich meinen gesamten Fragenkonstrukt in einer, ähm in einem  
74 Modell gut beantwortet, das Modell der Prägung durch, in der Psychologie lernst das, Lernen am  
75 Modell, das heißt i hob die Großmutter oder den Großvater als Wertevorbild, der Jüngere bringt  
76 ihm auch was bei, führt ihn an an PC, an a iPad oder so heran und wir habn da a  
77 Wechselwirkung. Jetzt der Sprung hin zu der Studie direkt: Wieweit sehen Sie Möglichkeiten,  
78 dass durch über die Werte, die die ältere Generation, die Großeltern sag mas konkret, den  
79 Jüngeren, den Enkeln mitgebn auch a politischer Transfer in der Wertewahrnehmung  
80 wahrnimmt, oder ist das eher zuweit hergeholt?

81  
82 B2: Also äh das häufigste (.) Prägungsmuster politischen Verhaltens (.) ist die Familie. Weil, es  
83 sei denn, man kommt aus verschiedensten Umständen in eine Frontstellung zur Familie, äh ich  
84 denke aber, aus meiner Lebenserfahrung heraus, äh dass das nit mehr wie (...) 20 Prozent der  
85 jungen Leute sind, die sich also mit Grauen von ihren Eltern und Großeltern abwenden und  
86 aufbrechen zu neuen Ufern, was ein völlig legitimes Entwicklungsmodell ist. Und es sind nicht  
87 die Schlechtesten, die hier sehr bewusst sich von (.) eingefahrenen Mustern äh ihrer Familie  
88 abwenden. Aber 80 Prozent (.) sind also sehr stark geprägt, äh, das hamma immer schon so  
89 gmacht und da simma weiter dabei- Das sind ja (...) die Grundlebensweisheiten, es kommt nichts  
90 Besseres nach. (..) Das ist (..)das prägt stark. Also ich bin überzeugt, dass sehr viel von (..)   
91 Werteinstellungen der Enkel von den Großeltern ehm (..) bestimmt (.) ist. Ich glaube auch das  
92 beispielsweise die Frage der Religiosität sehr stark von den Großeltern bestimmt ist. Die Eltern  
93 haben oft wenig Zeit für diese Dinge, die Großeltern (.) haben das (.) und haben da auch eine  
94 ganz spezifische Aufgabe, weil (..) eh die Religionen machens einem ja nicht immer leicht und da  
95 können also die Großeltern aus ihrer Lebenserfahrung schon vieles weitergebn.

96

97 I: Sehr gut, dann komm ich zu meiner Abschlussfrage. Das heißt, so wie Sie das geschildert ham,  
98 obs jetzt Genetik is oder Sozialisation. Die ältere Generation, i hob mir vor kurzem eine Phönix-  
99 Reportage angeschaut zu Dr. Konrad Adenauer, der sehr substanzielle Persönlichkeit war, sogar  
100 für mich als Jungen, a wenn ich nicht alle Werte begreifen kann, aber er hat viel geleitet, geleistet  
101 Das heißt diese Qualität und die Persönlichkeit vererbt sich auch an die jüngere Generation  
102 weiter, weil jetz ham wir dos Problem, soweit erlaub ich mir dos zu sogn, über alle Parteien  
103 verschiedene Qualitäten, ganz höflich formuliert, an Politikern zu haben. Das heißt, das wird sich  
104 nach ihrer Hypothese wieder in a, in irgndwas Besseres, in mehr Substanz, in mehr Werte, in  
105 mehr Greifbarkeit für die Menschen weiterhin entwickeln, wenn ich das richtig verstanden hab.

106  
107 B2: Das gibt, geht immer auf und ab. Also es gibt immer die Grundwerteorientierung (.) und es  
108 gibt immer wieder die reine Technokratie, das, das reine, notwendige Tun. Und gerade im  
109 Zeichen der europäischen Integration ist also die ideologische Trennschärfe wesentlich geringer  
110 geworden, (..) denn die europäische Union ist, hat eine ideologische Entscheidung getroffen: da  
111 gibt's keine Planwirtschaft, da gibt's keine Staatsverwaltungswirtschaft und da gibt's keine  
112 Verstaatlichung, da gibt's keine Wirtschaftsdemokratie im Sinne, dass also eine (.) Mehr-,  
113 Minderheitsentscheidung über wirtschaftliches Verhalten herbeigeführt wird, sondern die  
114 Europäische Union ist eine Gemeinschaft der sozialen Marktwirtschaft mit den vier Freiheiten  
115 und das engt natürlich die, de, den Winkel, den möglichen Winkel äh (.) Breite einer  
116 ideologischen Diskussion auf der Staatsebene sehr stark ein. Also das sind (..) ehm (.) heute in  
117 Österreich zum Beispiel über Verstaatlichung diskutieren zu wollen, (..) ehm ist ein sinnloses  
118 Unterfangen, solange man EU-Mitglied ist, ehm, um nur ein Beispiel zu nennen. Und das führt äh  
119 dann schon zu einer Endideologisierung, weil viele wichtige Entscheidungen eigentlich mit dem  
120 Beitritt, Beitritt zur Union (.) ein für allemal geregelt sind. Und äh daher im Augenblick befinden  
121 wir uns in diesem, in einer solchen Phase, wo schon stark der Eindruck entsteht, dass die Bürger  
122 (..) über kleine Fragen vielleicht entscheiden können, die größeren Fragen sind alle schon  
123 entschieden. Und da kann man nur mehr weitermachen, so wie es weiter geht. Und ehm es wird  
124 aber wieder eine andere Phase kommen, wo man wieder die Grundwerte stärker in den  
125 Vordergrund stellen wird. Meine Lebenserfahrung ist eben, dass auf ein Auf und ein Ab ist.

126  
127 I: Eine wirklich noch abschließende Frage: Welchen Tipp als erfahrener Mensch geben Sie der  
128 jüngeren Generation, wie mir oder noch Jüngeren, jetz eben grad in dem Rahmen EU-Thematik,

129 scheinbar unsichere Zukunft. Welchen Tipp würden Sie an jüngeren Menschen wie mir da gebn?  
130

131 B2: Alle Möglichkeiten nützen, die die europäische Union bietet, äh die europäische Union bietet  
132 Dinge, die in meiner Jugend ein absoluter, eine Utopie waren. I kann mi erinnern, wie ich als  
133 Sechzehnjähriger auf die Insel Guernsey gehen wollte, um Tomaten zu pflücken, wo man 1  
134 Pfund pro Stunde bekommen hat. Des war damals schon das Non plus Ultra des Möglichen, mit  
135 Visum und Gesundheitszeugnis und so weiter, kaum möglich, heute gibt's also die Freiheit in  
136 ganz Europa arbeiten zu können, in ganz Europa studieren zu können, die Möglichkeiten  
137 auszunützen, an anderen Universitäten, in anderen Wirtschaftsbetrieben, auch als, als  
138 Auszubildender, net grad als Lehrling, aber schon als Gesell, Facharbeiter kann man weit in  
139 Europa herumkommen und ich würd diese Chancen also alle maximal nutzen, und mich von den  
140 Dingen, die sich da gonz oben abspielen äh Zukunft des Euro und wie immer, würd ich mich nicht  
141 weiter aufhalten lassen.

142

143 I: Verstehe. (B2), danke für Ihre kostbare Zeit und danke für das Interview.

144

145 B2:                    Gerne                    geschehen,                    Herr                    Doktor.

### 6.1.3 Interview 3

Interview mit (Kürzel): Befragter 3 (B3)

Datum und Zeitraum des Interviews: 23.04.2014, von ca. 11.00h bis 11:45h

Dauer des Interviews: 14 Minuten 06 Sekunden

Ort des Interviews: Büro des Befragten in der Gewerkschaft der Privatangestellten (Wien)

Transkribierter Ausschnitt: 14 Minuten und 06 Sekunden

1 I: (B3) erstens danke, dass Sie Zeit haben für ein Interview. Und könnten Sie mir eingangs ein  
2 bissl was, über sich selber erzählen, ihre Person, ihre Entwicklungsgeschichte.

3  
4 B3: Ja, (.) Mein Name ist (B3), bin jetzt äh dreißig Jahre alt und (.) komme aus Wien, aus dem  
5 22. Bezirk in Wien, aus an typischen Arbeitermilieu, also mein Vater ist gelernter Kellner und  
6 mei Mutter gelernte zahnärztliche Assistentin und ehm bin auch so sozialisiert worden, bin im  
7 Gemeindebau in Wien ehm großgeworden und bis zu meinem dreizehnten, vierzehnten  
8 Lebensjahr. Und (.) dann simma umgezogen, aber auch im 22., (..) hab über die Schule zum  
9 ersten Mal Kontakt auch mit der Politik (.) bekommen, in der Rolle des Unterstufensprecher,  
10 Schulsprecher, (..) also (..) wichtige Fragen wie Klopapier an der Schule, i glaub das ist bis heute  
11 immer wieder a Thema, aber auch Straßenbahnhaltestellen und Infrastruktur im, im weiteren  
12 Sinne, hab relativ rasch dann auch gelernt über diese Aufgabe, dass ehm verschiedene  
13 Herausforderungen oder auch Themen nicht nur im Schrebergarten Schule lösbar sind, sondern  
14 dass es da um a Ganzes geht, nämlich um Bildungsfragen, Finanzierungsfragen, strukturelle  
15 Fragen, gesellschaftliche Fragen (..) und bin dann immer mehr politisch interessiert worden, hab  
16 dann auch Kontakt über die Gewerk(..) oder zur Gewerkschaft, auch zur Sozialdemokratie  
17 bekommen, hab mi dort eingebracht (..) und (..) durfte dann in der Gewerkschaft der  
18 Privatangestellten auch tätig werden, (..) ehm darf seit 2000 und 10 auch in Wien  
19 Landtagsabgeordneter und Gemeinderat sein und dort vor allem als Jugend- und  
20 Lehrlingssprecher der SPÖ arbeiten.

21  
22 I: Sie haben sich gut beschrieben, Sie sind aus der Basis herausgewaschen, 22. Is glaub i  
23 Donaustadt, richtig? (B3: Ja, richtig) und hobn den Gemeindebau erlebt, auch die Schule. Wie  
24 haben Sie die Prägung jetzt erfahren? Ist das von ihrem Elternhaus kommen oder eher in der  
25 Schule, dass Sie sagen, die Sozialdemokratie ist mei Richtung. Man hätte ja theoretisch a sagn  
26 können ÖVP, FPÖ, wie is es in die Richtung hin gegangen?

27  
28 B3: Naja, i hab schon erlebt ehm auch in meiner Klasse, in meinem Umfeld, dass (..) auch  
29 Bildungschancen bis zu einem gewissen Grad abhängig waren von den finanziellen  
30 Möglichkeiten der Eltern, beginnt bei einfachen Dingen, wie Schulschikurse (..), wo scho man  
31 mkitkriegt hat, dass pfuh da is schwierig, auch finanziell (.) ehm bis hin zu Nachhilfe und andere  
32 Dinge, wo, wo i eben für mich wahrgenommen hab, und auch dieses subjektive Empfinden einer

33 Ungerechtigkeit, ja. Und hab dann dacht, no guat des kanns eigentlich auch nicht sein und ehm  
34 (..) bin dann immer mehr auch politisch interessiert worden, hab mich auch mit, mit der Thematik  
35 auseinander gesetzt, (..) dass (..) i gern hätt, dass alle unabhängig der Herkunft gleiche Chance  
36 kriegen. Und das war dann für mi am ehesten die Sozialdemokratie, bin aber sicher auch geprägt  
37 worden durch die Großeltern, die selber immer Arbeiter waren. Die gsagt haben: Wir Arbeiter  
38 kennen eigentlich nur rot wöhl'n, was (B3 lacht) a interessante Aussage war. Aber natürlich hab i  
39 des jetzt nit anfoch nur so glaubt, sondern auch das hinterfragen muss. Und das hab ich dann  
40 gemacht und bin dann auch zur Erkenntnis kommen, dass die Sozialdemokratie mit ihren Werten  
41 nach Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität (..) am ehesten auch meinem Wertemuster  
42 entspricht und hab mi dann dafür bewusst und aktiv entschieden.

43

44 I: Wenn ich das so interpretieren darf, war das eine emotionale Prägung?

45

46 B3: Im, im ersten Schritt, ja.

47

48 I: Wie weit, weil Sie das gschildert ham, Hintergrund, Herkunft, Aufwachsen im Gemeindebau,  
49 wie weit ehm spielt da soziale Kompetenz eine Rolle, wenn i interagier mit Migranten, mit  
50 eigenen Wienern, da is es a ziemlicher Melting point in so an Gemeindebau. Wie weit brauch ich  
51 da soziale Kompetenz?

52

53 B3: Naja, zum einen denk i, dass soziale Kompetenz überall unglaublich wichtig is, (..) aber (..) gerade auch dort, wo ma in, in einer Wohngemeinschaft oder in einer Gemeinschaft lebt, wo  
54 unglaublich viele Menschen sind, (..) ehm gehts schon auch darum, zu verstehen, äh (..) ein  
55 respektvoller Umgang is wesentlich (..) für das Funktionieren, aber auch das wechselseitige  
56 Rücksichtnehmen. So kann ich mich zum Beispiel erinnern, ehm immer wieder auch, wenn ma  
57 bei Tanten, also i komm ja überhaupt aus einer Familie, wo die meisten im Gemeindebau gwohnt  
58 ham, ehm Fußball spielen dürf ma nit, weil da pumper ma und die darunter fühlen sich dadurch  
59 gestört. (I: Verstehe, ja.) Ja, jetzt hab i ja selber lang Fußball gspielt und mach das immer noch  
60 gern und das hat uns als Kind immer unglaublich weh tan (..) und (..) das eine oder andere Mal  
61 hammas vielleicht auch gmacht, obwohl es verboten war. Aber ham dann auch gelernt, o.k. des  
62 ist anfoch etwas, das geht net, ja da muss man Rücksicht nehmen und (..) ehm dann glaub ich,  
63 schon auch dadurch und durch andere Dinge, also das man schaut, dass der Gang oder der  
64

65 Stiegenaufgang sauber is, dass ma die Türen wiederum schließt (..) ehm (..) auch ein bis zu einem  
66 gewissen Grad soziales Verhalten gelernt und auch entwickelt, damit dieses große Ganze,  
67 Gemeindebau funktionieren kann. Das, das glaub i war für mei persönliche Entwicklung schon  
68 wichtig.

69  
70 I: Sie ham ganz am Anfang gut geschildert, ihnen war wichtig die Chancengleichheit beim  
71 Aufstieg in der Bildung, was dann natürlich im Job weiterhin a (..) a wesentliche Rolle spielt.  
72 Sozialkompetenz hamma ghobt, Solidarität darf i damit amol verbinden (B3: Mhm) und dann  
73 Sozialkapital. Wie kann ma, weil Sie die Erfahrungen im Gemeindebau gschildert ham, da  
74 pumperts. Heitzutag pumperts ja auf vielen Gebieten, wirtschaftlich, Jobchancen für die Jugend  
75 und a für die ältere Generation. Wie kann man dieses Wissen, wie man fair miteinander umgeht  
76 und das Sozialkapital fördert, wie kann man das jetz nutzen, um die Gesellschaft zu verbessern?  
77 Um das jetzt nit zu breit, aber das is die Ziellinie. Wie kann i schaun, dass auch de, de ich kenne,  
78 meine Freind oder andere auch Chancen kriegn?

79  
80 B3: Ja, also ich glaub, ehm (..) Für a Gesellschaft insgesamt ist die Kernfrage: (.) Wohin wolln  
81 wir uns entwickeln und wie gemma miteinander um? Das heißt ehm, gehts darum eine  
82 Gesellschaft in den Werten so zu gestalten, dass ehm Chancengleichheit gegeben is, dass auch  
83 ehm (..) möglichst alle Menschen die Chance bekommen, ihre Träume in der Arbeitswelt, die ja  
84 wesentlich ist ehm (..) als Ausgangsposition für die Lebensqualität der Menschen ehm (..) auch  
85 umsetzen und verwirklichen können und gelingt es dann letztlich auch ein selbstbestimmtes  
86 glückliches Leben in Würde damit zu ermöglichen. Und meines Erachtens nach, hat jeder  
87 Mensch Fähigkeiten und Talente ehm (..) die vielleicht nicht immer subjektiv gleich erkannt  
88 werden, aber die gegeben sind und somit ja auch ein gewisses Sozialkapital darstellen. Und die  
89 Herausforderung ist es, es zu schaffen, dass möglichst alle ihre Fähigkeiten und Talente  
90 erkennen, (I: Mhm) Stärken stärken, Schwächen schwächen und somit die Gesellschaft  
91 bereichern ehm und letztlich auch zu einem Funktionieren ehm (..) beitragen können. Und daher  
92 auch der Anspruch von Chancengleichheit, damit nicht nur jene, die besonders viel Geld ham  
93 oder wo die Eltern besonders gut gebildet sind und somit auch mehr Möglichkeiten haben, das  
94 Kind individuell zu unterstützen, die Chance bekommen, das Leben zu führen, wie sie sich das  
95 vorstellen, sondern auch so (..) Arbeiterkinder wie ich eines bin, die, die Chance bekommen, auch  
96 Träume zu verwirklichen. Nachdem i offen gstanden Atheist bin und davon ausgeh, man lebt nur

97 einmal, (I: Mhm) sollte scho das Recht darauf sein, dass möglichst alle a glückliches Leben  
98 führen.

99  
100 I: Das is a gute Analyse. Des haßt, es geht eigentlich um Menschenbildung, weil i da die ÖBB  
101 sig. Mei Großvoter war bei der ÖBB, auch sozialdemokratisch geprägt. Wie können wir heute  
102 dieses breite Modell und das ist jetzt die Abschlussfrage, weil Sie sind jetzt im Wettbewerb zu,  
103 sag mas jetzt ganz simpel amal, sehr stark momentan FPÖ. Wie kann ich mich da unterscheiden?  
104 Einen Input noch von mir, als Psychologen haben wir die Faktoren Persönlichkeit, i sag, wie  
105 stabil bin i, wie wirk i drüber, dann Sozialkompetenz in dem Fall, wo i sag, wie kann ich andere  
106 Menschen gwinnen, das hat ja manchmal a Partei besser oder die Personen sind besser oder  
107 schlechter drauf und zum Schluss, weil ma jetzt die Hypo grad segn, Problemlösungskompetenz  
108 oder unter Führungszeichen Intelligenz. Was ist jetzt aus ihrer Sicht wichtig, um sich vom  
109 Mitbewerber abzuheben und zu sagen, meine Linie is de, die euch hilft.

110  
111 B3: Ja, (..) is (.) a sehr komplexe Frage. Ehm werde aber versuchen, (...) möglichst präzise zu  
112 antworten. Ich glaub, (..) wichtig ist zum Einen, dass Parteien oder Politiker (..) ehm als solches  
113 (..) einerseits klar vermitteln und kommunizieren, (..) warum haben sie etwas getan, was haben  
114 sie getan, (...) weil ehm natürlich immer wieder der Vorwurf an die Politik, und ihr machts  
115 Versprechen, die ihr dann nicht haltet. Daher ist es also wichtig, im täglichen Tun zu vermitteln,  
116 warum tut man das und was tut man. Ja? Um somit auch den individuellen Nutzen und den  
117 gesellschaftlichen Mehrwert dann mit mir zu kommunizieren. Das heißt zu sagen, wir reden nicht  
118 nur, sondern wir tun, und dann gleichzeitig aber auch mit zu kommunizieren in einem nächsten  
119 Schritt, wohin wolln wir gehn, also welche Ziele verfolgen wir, welche auch (..) Utopieentwürfe  
120 (.) hat eine politische Bewegung. Ahm (..) Der Alfred Dallinger hat einmal formuliert: Nur wer  
121 den Mut hat zu träumen, hat die Kraft zu kämpfen. I denk mir, es ist wichtig, damit die Menschen  
122 ein Stück des Weges mit uns gehen, ihnen auch zu sagen, wohin der Weg geht, also  
123 Zielsetzungen formulieren, Visionen, Utopien, (I: Mhm) ehm Die man auch klar formulieren  
124 muss oder die, die man auch klar damit benennt, zu sagen, ja, wir werden nicht jedes Ziel gleich  
125 (.) erreichen, aber es geht einmal im Großen zu sagen, des wäre unser Ziel, und Schritt für Schritt  
126 wollen wir uns mit dieser und jener punktuellen Maßnahme dem nähern. Also (.) Erfolge (.) auf  
127 der einen Seite, Ziele auf der anderen Seite der selben politischen Medaille. Und dann ist die  
128 Frage, wie gelingt es (.) auch gegenüber der FPÖ oder anderen politischen Mitbewerbern ehm

129 eine Unterscheidbarkeit klar zu vermitteln, auch in, auf der Sachebene und auf der emotionalen  
130 Ebene. Ich glaub, dass Wahlentscheidungen beide Ebenen bedienen müssen. Sozusagen auf der  
131 intellektuellen, auf der, der Ratio, aber auch in der Emotion, Das heißt, ehm zum Einen ein klarer  
132 Unterschied zu einer FPÖ beispielsweise wäre, dass die FPÖ kein Interesse daran hat, Lösungen  
133 zu finden, Stichwort ehm Integration und Zusammenleben, sondern sicher einzig (.) von diesem  
134 Thema leben. Ich hab noch niemanden gehört, der mir sagt, ich wähle die FPÖ, weil das  
135 Gesundheitsprogramm so toll ist, oder sie so große Ideen und Vorschläge haben für mehr  
136 Arbeitsplätze, eine gute Arbeit und eine Arbeit, von der man mit dem Einkommen auskommt,  
137 eine Arbeit, wo man sich selbst verwirklichen kann, da käme kein einziger Vorschlag. Das  
138 Einzige, was ich immer höre, ist Ausländer, Ausländer, Ausländer. So nach dem Motto: Kommt  
139 die U-Bahn zu spät, wors a Ausländer. Steigt man in einen Hundedreck, wors a der Ausländer.  
140 Also es is ja sozusagen immer dasselbe. Daher: Probleme erkennen, auch (..) klar mit zu  
141 formulieren, wir leben net am Mond, wir sehen auch, wo ehm Herausforderungen unserer Zeit  
142 gegeben sind, und wos Unzufriedenheit, wos vielleicht auch Probleme im, im persönlichen  
143 Zusammenleben gibt, wolln aber uns nit damit begnügen, zu sagen, jo olles is furchtbar, sondern  
144 auch ganz konkrete Lösungen zu entwickeln. Und (.) das (.) sachlich erklärt aber gleichzeitig  
145 auch ehm mit der Emotion, zu sagen, wir wolln gemeinsam für dich Chancengleichheit  
146 verwirklichen. Wir wolln gemeinsam mit dir, net nur das Bestehende verteidigen, sondern auch  
147 Verbesserungen erwirken und das authentisch und glaubwürdig durch Personen, Inhalt und  
148 Kommunikation gebündelt, des is glaub i die große Herausforderungen ah Herausforderung. Und  
149 dem muss ma sich stellen. Also zusammenfassend (.) Erfolge, Ziele (.) gleichzeitig auf der  
150 Kommunikationsebene sachlich zu sagen ehm, wie wollen wir dorthin kommen? Wie können wir  
151 Probleme lösen? Aber auch die emotionale Ebene zu bedienen ehm mit Authenzität, mit dem  
152 unglaublichen Willen, die Gesellschaft zu verbessern, nicht zu verwalten, sondern zu gestalten  
153 und mit der Solidarität ehm aner Gesellschaft mit ehm dem, dem klaren Ziel aner gleichen,  
154 gerechten, solidarischen Gesellschaft dorthin zu arbeiten. Und da muss ma unterschiedliche  
155 Kanäle bedienen, ob das is a Disco, genauso wie a Lehrwerkstatt, a Werkstatt, a Betrieb, (.) a  
156 Park, wurscht, ja?. Politik muss greifbar sein, muss vor ehm Ort sein und auch immer die Brücke  
157 schlagen zwischen der individuellen Situation und äh dem politischen Handeln. Das heißt, nicht  
158 nur auf einer Ebene. Wir tun, weil wir tun, sondern warum tun wir das und wos bringt es den  
159 einzelnen Menschen, so schwierig das auch is.

160



## 6.1.4 Interview 4

Interview mit (Kürzel): Befragter 4 (B4)

Datum und Zeitraum des Interviews: 23.01.2014, von ca. 10.00h bis 10:30h

Dauer des Interviews: 12 Minuten 47 Sekunden

Ort des Interviews: Büro des Befragten im Parlamentsgebäude (Wien)

Transkribierter Ausschnitt: 12 Minuten und 47 Sekunden

1 I: (B4), erstens einmal Danke für Ihre Zeit, die sicher jetzt immer begrenzter und kleiner wird (.)  
2 (B4: Mhm) Sie hams geschafft mit einer neuen Bewegung in den Nationalrat einzuziehen, sind  
3 vorher, wenn ich das vorwegnehmen darf, von einer anderen politischen Seite gekommen und hams  
4 sich (.) emanzipiert. Darf ich das so sagen?

5  
6 B4: Ja, ich war Wirtschaftsbund-Mitglied, außerordentliches, das heißt ich war jetzt nie in einer  
7 Partei Mitglied, sondern (.) im Wirtschaftsbund als Unternehmer (I: Mhm) Ehm außerordentlich  
8 heißt es führt nicht automatisch zu einer Parteimitgliedschaft. Das war mal wichtig (.) damals  
9 auch (..) Aber Ja ich kenne die ÖVP sehr gut, also insofern (..) hob ich auch eine Zurechnung (..),  
10 eine politische Heimat gehabt, ja wenn man so will. Ob ich hob auch schon grün gewählt, liberal.  
11 Das ist ganz lustig, weil eh ich war ja 2000 beim [...] parlamentarischer Mitarbeiter und wir  
12 haben uns nicht gekannt vorher. Und ich bin zum Vorstellungsgespräch gekommen und wollte  
13 eigentlich absagen und die hams gesagt, komm trotzdem, naja komm ich halt und hab dann gesagt,  
14 naja aber ich bin kein ÖVP-Wähler, ehm (.) net immer, durchaus manchmal, im Land auch schon  
15 gewesen und auch auf Bundesebene, aber die letzten zwei Mal hmm. Hat er gesagt: Das macht  
16 nix. (.) Ich will Sie. Des hat mich beeindruckt gehabt, die Offenheit.

17  
18 I: Na, der Mag. [...] oder Dr. ist ja ka, kein, kein, kein (.), wie soll ich sagen unsubstanzieller  
19 Politiker. Er hat Erfahrung, er hat Intelligenz und hat anscheinend a Intuition gehabt zu sagen, do  
20 hob ich a Person mit Potential und hat Sie genommen. Wie ist dann bei Ihnen der Switch  
21 gekommen, zu sagen, naja, ÖVP ist nicht wirklich meine Heimat, ich bau selber was auf.

22  
23 B4: Oh, das ist ein langer Prozess Also ich hab immer gewusst, dass ich in der Politik sein werde.  
24 Das hab ich zum Beispiel meiner Frau, wir sind jetzt bald acht Jahre verheiratet (...), Ähh Sie  
25 berichtet, ich könnte mich nicht erinnern, sie hat gesagt, ich hab ihr das vor der Hochzeit schon  
26 gesagt. Für mich wars immer klar, ich werde in der Politik sein. Gleichzeitig war mir wichtig  
27 hinzuspüren, wann der Zeitpunkt reif ist. Des hat viele Dimensionen, wann der Zeitpunkt ah (.)  
28 für reif empfunden wird. Zum Beispiel wollte ich nie abhängig sein, von der Politik, also ich hätt  
29 auch Angebote gehabt(..) ehm (..) vor und nach der Gründung ja, also nach der Gründung das hier  
30 abzublasen und dafür was Anderes im politischen Bereich zu machen, aber da fühl ich mich  
31 grundsätzlich falsch verstanden in meinem Anliegen, wenn da solche Angebote kommen. Und  
32 auch vorher war mir es einfach wichtig, unabhängig zu sein. Deswegen hab ich mich entschlossen,

33 damals vor, vor zwölf Jahren, dass ich Unternehmer (..) bleibe auch, also ich war  
34 parlamentarischer Mitarbeiter und selbständig. Und dann kamen große Aufträge von [...] damals  
35 und dann hamma gsagt, ah dann gemma in a GmbH, dann steig ich aus, aus im Politischen. [...]  
36 hat damals gsagt, na ich würd dich gerne behalten, du bist doch so ein (.)  
37 Organisationsentwickler, Teamentwickler, hilf du mir im Wirtschaftsbund. Und so kam es zu  
38 einer engen Kooperation über viele Jahre im Wirtschaftsbund. (..) Ehm war einer unserer größten  
39 Kunden über Jahre in unserer GmbH. (...) So auch einfach die, die enge Vernetzung mit, mit  
40 Teilen der ÖVP. Ich hab auch einmal öffentlich den [...] kritisiert bei der Veranstaltung 2001,  
41 kann mich erinnern. Ich wollte, ich hab ihm ein Patchwork-Kapperl überreicht und hab gsagt,  
42 dass regieren können, hams jetzt bewiesen, ich find das toll, aber ich bin (...) Vertreter einer  
43 Patchwork-Generation. Unsere Erwerbsbiographien sind bunt, unsere Lebensentwürfe sind bunt  
44 und ich bitte, dass sie auch Anwalt dieser bunten Lebensentwürfe werden und überreiche ihnen  
45 das Kapperl. Darauf ereilte mich ein Bannstrahl der Partei, weil der, sein Stab hat das nit lustig  
46 gefunden. Also da gabs viele Erlebnisse, die für mich auch ehm (...) irgendwie gezeigt haben, in  
47 dieser Partei wäre wohl kein Platz für mich. Ich hab ja dann auch ein-, zweimal aufgezeigt (..) und hab zum Beispiel angeboten, dass ich die Politische Akademie übernehme, hätte dafür auch  
48 mein Unternehmen aufgegeben (..), aber (..) ich glaub die ÖVP is so gstrickt, dass sie Irritation,  
49 Irritation nicht verarbeiten kann, im Moment, von außen kommende Irritation. Die sind so  
50 überfordert mit sich selbst, mit den neun Landeshauptleuten da, oder neun Landesfürsten,  
51 innerparteilichen Fürsten (..) ehm (..) und mit den sechs Bünden, dass die sagen: Aahh, pain in  
52 the ass. Bitte nicht noch mehr Irritation, übersehen aber eines - das gilt auch für die SPÖ: Die (.)  
53 die Irritation ist die Mutter der Innovation. Und es ist die Aufgabe der Führungspersonlichkeit die  
54 Innovation immer wieder zu ermöglichen. Das heißt aber, dass ich die Irritation immer wieder  
55 einlade, sonst wirts keine Innovation geben, also keine Erneuerung geben. Und noch eines ist  
56 wichtig, die (..) Innovation entsteht immer (..) in der Peripherie der Systeme, fast immer, und  
57 nicht im Zentrum. Und es ist meine Aufgabe als Chef, auch hier bei NEOS, immer wieder einen  
58 sorgfältigen Blick darauf zu haben, (.) ehm (.) habe ich genügend Irritation eingeladen, (..) um  
59 (..) den organisationalen (...) Fit auch zu schaffen. Also das ist, wenn man so will (..) ehm der  
60 darwinistische Fit einer Organisation. Ich muss die Integrationsleistung auf die Höhe der Zeit  
61 schaffen. Wenn ich diese Integrationsleistung nicht schaffe, dann verwirke ich den Anspruch auf  
62 (.) eine Volkspartei, nicht ÖVP, sondern im politologischen Sinne eine Volkspartei sowie SPÖ  
63 und ÖVP ist immer eine soziale Integrationsveranstaltung. Ich schaffe es, Anliegen, Interessen  
64

65 aus mehreren Bevölkerungsschichten (..) zu kanalisieren, zu integrieren und das Gesamte auf  
66 Höhe der Zeit abzubilden. (..) Und das schaffen die Zwei nicht mehr und deswegen sind sie seit  
67 vier Jahrzehnten in einer Abwärtsbewegung.

68  
69 I: (B4), meine Abschlussfrage: (..) Ehm, Sie haben gut die prägenden Ereignisse innerhalb der  
70 ÖVP geschildert, wo halt einfach a Systempartei (.) mit manchen Persönlichkeiten oder  
71 Persönlichkeitstypen nicht richtig kann. Sie sind Vorarlberger, (B4: Mhm) wenn i das richtig hab,  
72 sind ja auch in einer Form Freigeist a, (B4 lacht) in einem Netzwerk zwischen Schweiz und  
73 Deutschland drin, das heißt auch eine andere Entwicklungskultur, weil sie ja BMW erwähnt  
74 haben, welche und das ist die absolute Abschlussfrage, jetzt hamma die Arbeitslosenthematik  
75 grad a bei die Jungen. Sie hams geschafft, ein Risiko einzugehen und ham die Partei auf den  
76 Boden gebracht. Welche Eigenschaften, wir Psychologen ham do amol Persönlichkeit, wost sogst  
77 is wichtig, Intelligenz und Sozialkompetenz. Als Profi, ders auf den Boden gebracht hat, welche  
78 Eigenschaft brauchst du als junger Mensch, dann später natürlich auch als Wirtschaftler, um ein  
79 Projekt voranzubringen oder jetzt als Junger gesehn bei an Job ehm effektiv zu bewerb'n, wenn i  
80 jetzt Lehrling bin, i will a a Zukunft ham. Sie hams im Großen geschafft, was empfehlen sie da?  
81 welche Dimension oder welcher Dimensionskomplex ist da wichtig?

82  
83 B4: Mmmh (...) I glaub es gibt keine Patentrezepte, es ist hoch individuell (..) mmhh (..) was  
84 sicherlich hilfreich ist, so über dem Orakel von Delphi gabs eine Überschrift: Erkenne dich  
85 selbst. Das find i ganz lustig, na, dass eigentlich ein, ein antiker Ort, der besucht wurde, damals  
86 (..) um ähh Prophezeiungen über die Zukunft mit nachhause zu nehmen, dich empfängt mit der  
87 Ansage: Erkenne dich selbst. Was ja so irgendwie äh prima vista das Gegenteil von einer  
88 Prophezeiung ist, die ja gleichsam von extern dich ereilt und dann sagen de dir: Erkenne dich  
89 selbst! Ich hab das ja auch in meinen Büchern immer wieder verarbeitet. Ich glaube, dass da sehr  
90 viel Weisheit drinsteckt. Äh Ich würd jungen Menschen immer sagen: Folge deinem Herzen, weil  
91 das, was du gerne machst ehm (..) verrät ein Stück weit auch (.) ehm den Pfad ehm, was du gut  
92 machen wirst. Weil die zwei Dinge sind unzertrennbar. Das was du gut machst, wirst du  
93 wahrscheinlich auch gerne machen. In der Regel, gibt immer Ausnahmen (..). Aristoteles hat  
94 gsagt, (..) die (..) Berufung, deine persönliche Berufung und ich glaub an diese (.) dieses Konzept  
95 der Berufung, ja das eh ich will das jetzt nicht esoterisch überhöhen, ja das wird sicherlich  
96 mancherorts mir unterstellt, aber ich glaube, dass in jedem von uns natürlich äh (..) ein

97 Wesenskern schlummert. Idealerweise ist das Leben (.) eine Reise zu mir selbst. Also jeder  
98 Schritt, den ich meinem Wesenskern näher komme, macht mich ein Stück weit (..) ehm (..) einen  
99 zufriedeneren Mensch, einen glücklicheren. Jeden Schritt, den ich meinem Wesenskern mich  
100 entferne, wird mich ein Stück weit entfremden von mir selbst, mich in den Zynismus führen,  
101 möglicherweise (..) ins Burnout oder in andere Sackgassen. (..) Aristoteles hat gesagt, die  
102 Berufung liegt dort, (..) wo die (...) die (..) deine Talente sich mit den Bedürfnissen der Zeit  
103 treffen. Und das finde ich ein schönes Bild, net? Also wenn du sagts, erkenne dich selbst, heißt  
104 das natürlich auch zu erkennen, wo (.), wo sind meine Talente, wo schlummern meine  
105 Leidenschaften, was ist die Melodie meines Lebens? Also das ist so das, das (.) schamanische  
106 Bild beispielsweise, aber auch das japanische Zen hat ähnliche Bilder. Ehm viele  
107 Geistestraktionen äh (..) in vielen (.) Kulturen haben ähnliche Bilder hier zu sagen: (..) Was ist  
108 (..) die Melodie deines Lebens? Und auch die Sterbeforschung sagt ja, dass das, wenn so ein paar  
109 Fragen bleiben am Rest deines Lebens, eine ist offensichtlich: (..) Hab ich (..) genügend Liebe  
110 bekommen? hab ich genügend Liebe gegeben? Und eine zweite zentrale Frage ist, hab ich (.)  
111 mein Lied gesungen (..) oder hab ich das übersehen im, im, im Trubel der Zeit. Ich glaub, wir  
112 leben in einer Zeit, wo wir (..) mehr Ablenkung haben, denn je. Wir leben in einer unendlichen  
113 Reizüberflutung. Natürlich is hier die Chance auch groß (..), die Melodie des eigenen Lebens  
114 nicht zu hören. Und das würd i einem jungen Menschen mitgebn: Kultiviere (.) ein Stück weit  
115 auch dein Sensorium gegenüber dir selbst. War für mich auch selbst ein weiter Weg. I hab ganz  
116 viel tolle Sachen mitkriegt, hab eine sehr glückliche Kindheit ghabt, (.) eine sehr stürmische  
117 Jugend, aber hab auch viele Dinge für mich selber ausmachen müssen, so wie Sie, so wie andere  
118 (..), zum Beispiel einen Bezug zu meinem Körper zu finden. Ich komme, I bin ein  
119 Bergbauernbub, im Allemannischen, Vorarlbergerischen, da war der Körper ein reines  
120 Instrument. (I: Zum orbeiten jo) I man, wenn, bevor er nit (.) bevor er nit (..) äh Schmerzen hatte,  
121 hast du nit gearbeitet. Also, das war ein Arbeitsausweis, (.) dass du wirklich körperlichen,  
122 physischen Schmerz hattest. So, jetzt transferier das amal, wenn du diesen Milieuwechsel machst  
123 zu einem Kopfarbeiter, (I: Mhm) Da musst ja zuerst amal mit, ja. Und dabei nicht zugrunde  
124 gehen, ja, weil natürlich da, für einen Kopfarbeiter der physische Schmerz auch einsetzt, aber viel  
125 später, möglicherweise zu einem Zeitpunkt, wo manches schon zu spät ist. Also jeder hat sein  
126 Packerl, (I: Mhm) jeder hat seinen Rucksack und den muss ma immer wieder anschauen und sagn:  
127 Was hab i da drin? Was taugt ma? Was will ich mitnehmen? Was will ich kultivieren? (.) Was  
128 loss i da? Erkenne dich selbst,(..) kenne den Ruf deines Herzens und (.) und dann ist

129 Willenskraft, Entschlossenheit wichtig, aber auch Empathie, Einfühlungsvermögen,  
130 Ambiguitätstoleranz, also auch die Fähigkeit auch Ambivalenzen zu ertragen, ist in unserer  
131 Gesellschaft extrem wichtig. Resonanzfähigkeit ist wichtig, also die Fähigkeit leise frühe Signale  
132 zu erkennen. Ehm ich halte aber für die Kern (.) Disziplin hier die Frage der Identität. Also an  
133 dem ehm (..) entscheidet sich stark.

134

135 I: Ja (B4), erstens nochmal danke für die Zeit, die (.) treffende Analyse, wo ma auch von  
136 psychologischer Seite nix dazu, hinzufügen muss und mir gefällt, dass die Melodie des Lebens  
137 oder die Sinfonie des Lebens, wo ma schaut, wie weit überlagern sich die eigenen Fähigkeiten  
138 mit den Anforderungen und wenn dann die Zeit noch passt, bei ihnen hat die Zeit gepasst, (B4  
139 lacht) gibt's den Interaktionseffekt und man kommt weiter. Is natürlich a harter Kampf. Danke  
140 (B4).

141

142 B4: Danke Ihnen

## 6.2 Abstract

Die vorliegende Masterarbeit stellt eine qualitative Untersuchung des politischen Spektrums in Österreich dar und zielt auf die gegenwärtige Praxis der Positionierung im politischen Diskurs. Dafür wurden vier Repräsentanten österreichischer Parlamentsparteien mittels Tiefeninterviews befragt und anhand der Objektiven Hermeneutik nach Oevermann ausgewertet. Dieser Methodenkombination wurde die titelgebende Bezeichnung „Polit-Profiling“ gegeben, da die Analyse des politischen Spektrums über das Auffinden politischer Profile in den Interaktionstexten durchgeführt wird. Im Theorieteil werden nach einem einleitenden historischen Abriss unterschiedliche Zeit- und Gesellschaftsdiagnosen mit Fokus auf die politische Soziologie behandelt, um die Rahmenbedingungen für die Positionierungspraxis aus verschiedenen paradigmatischen Blickwinkeln darzulegen. In deren Zentrum stehen vor allem Theorien, welche sich mit dem viel konstatierten Phänomen der „Entpolitisierung der Politik“ befassen. Durch die hermeneutische Interpretation der Interaktionstexte können vier Strukturhypothesen extrahiert werden, welche als Manifestationen dieses vielschichtigen Phänomens auf die Positionierungspraxis der Befragten erheblichen Einfluss ausüben. Diese lassen sich unter den Begriffen „Personalisierung“ bzw. „Moralisierung (der Politik)“, „Verengung (des Meinungskorridors)“ und „Verflachung (des Diskurses)“ subsumieren und lassen auf einen Wandel des Politischen an sich, weg vom antagonistischen Wettstreit traditionell fundierter Weltanschauungen, hin zu einer konsensuellen diskursiven Ordnung im Rahmen einer Meta-Ideologie schließen, welche auf der Ebene des kollektiven Leitunterbewusstseins operiert, und somit nicht Gegenstand der politischen Auseinandersetzung sein kann. Die dadurch entstehenden Einschränkungen des politischen Spektrums schlagen sich in den durchgeführten Interviews in den vier extrahierten Strukturmerkmalen nieder.

